



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

Die Transition zur Demokratie und ihre Auswirkungen
auf die Außenpolitik im Frankreich der frühen Dritten
Republik (1870-1885)

verfasst von / submitted by

Maximilian Neuhauser, BA BSc (WU) BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2020 / Vienna, 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 190 313 299

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UF Geschichte, Sozialkunde,
Polit.Bildg. UF Psychologie und Philosophie

Betreut von / Supervisor

Univ.-Prof. Mag. Dr. Thomas Hellmuth

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung.....	1
2.	Ein demokratiethoretisch fundierter Zugang zur Außenpolitik	3
2.1	Der Mehrwert einer demokratiethoretischen Perspektive auf die Außenpolitik	6
2.2	Die Dritte Republik als Forschungsobjekt.....	10
2.3	Die Außenpolitik aus einer demokratiethoretischen Perspektive	12
2.3.1	Der Demokratiebegriff	13
2.3.2	Die Demokratie und die ihr inhärenten Zielkonflikte.....	14
2.3.3	Input- und outputorientierte Theorien	15
2.3.4	Transitorische Demokratiethorien	17
2.4	Die Wesenszüge der Außenpolitik im demokratischen System	20
2.5	Ein demokratiethoretischer Zugang zur Außenpolitik	22
2.5.1	Außenpolitik und Repräsentation	23
2.5.2	Von der Repräsentation zur Responsivität:.....	26
3.	Die demokratische Transition in Frankreich zwischen 1870 und 1885.....	30
3.1	Die Vorbedingungen der Demokratisierung	31
3.2	Die politischen Akteure der Transition.....	37
3.3.1	Das legitimistische Lager	38
3.3.2	Die Republikaner	39
3.3.3	Die Orléanisten	41
3.3.4	Die Bonapartisten.....	42
3.4	Frankreichs Weg in die republikanische Dominanz	42
3.4.1	1870-1873: Die konservative Republik.....	42
3.4.2	1873-1877: Der Kampf um die Institutionen während der „Ordre Moral“	44
3.4.3	1877-1885: Die Konsolidierung unter republikanischer Dominanz	46
3.5	Der demokratische Wettbewerb in seiner qualitativen Dimension.....	46
3.6	Der politische Modus Vivendi der Dritten Republik.....	49
4.	Die Französische Außenpolitik im Lichte der politischen Transition.....	51
4.1	Die Leitmotive der französischen Außenpolitik	52
4.2	Die Außenpolitik der konservativen Republik (1870-1873)	53
4.3	Die Außenpolitik der Ordre Moral (1873-1877)	57
4.4	Die Außenpolitik unter der republikanischen Dominanz (1877-1885)	60
4.5	Die Demokratisierung der außenpolitischen Institutionen.....	72

4.5.1	Die Demokratisierung und der Quai d'Orsay	72
4.5.2	Die Rolle der demokratischen Institutionen	75
4.6	Die Außenpolitik und die öffentliche Meinung:	78
4.6.1	Politischer Protest als Ausdruck der öffentlichen Meinung.....	80
4.6.2	Die Rolle der Zeitungen	81
4.6.3	Die temporale Dimension der öffentlichen Meinung	83
4.6.4	Die Tonkin-Affäre.....	84
5.	Conclusio	86
6.	Literaturverzeichnis	89
7.	Abstract	96

1. Einleitung

„Denn die Außenpolitik erfordert nahezu keine der Eigenschaften, die der Demokratie eigen sind, dagegen verlangt sie die Entfaltung von fast lauter solchen, die ihr abgehen. Die Demokratie begünstigt die Zunahme der staatlichen Mittel im Inneren; sie verbreitet Wohlstand, entwickelt staatsbürgerliche Gesinnung; sie stärkt in den verschiedenen Gesellschaftsklassen die Achtung vor dem Gesetz; lauter Dinge, die auf die Stellung eines Volkes einem anderen gegenüber nur von mittelbarem Einfluss sind. Aber die Demokratie kann nur mit Mühe die Einzelheiten eines großen Unternehmens in Einklang bringen, an einem Plan festhalten und ihn dann hartnäckig durch alle Fährnisse hindurch fortführen. Sie ist kaum imstande, Maßnahmen im Geheimen auszuarbeiten und deren Ergebnis geduldig abzuwarten. Über solche Vorzüge verfügt weit eher ein einzelner Mann oder eine Aristokratie.“¹

(Alexis de Tocqueville)

Im Rahmen dieser Diplomarbeit wird erforscht, wie sich Einführung und Etablierung eines demokratischen politischen Systems in der Außenpolitik der frühen Dritten Republik Frankreichs manifestiert haben, wobei die Untersuchungsperiode von der Ausrufung der Republik im September 1870 bis zum Sturz der Regierung Jules Ferrys im März 1885 reichen wird. Dabei werden Modelle aus dem Feld der Demokratietheorien als analytischer Leitfaden dienen, die eine systematische Erfassung der Auswirkungen der politischen Veränderungen ermöglichen sollen.

Gleich die Dritte Republik in den ersten Jahren nach 1870 in gewisser Weise noch einem Provisorium, kam es ab der Mitte des Jahrzehnts zu einer institutionalisierten Festigung des politischen Systems, welche von einer zunehmenden Dominanz der republikanisch gesinnten Kräfte begleitet wurde. Diese fand vor allem ab 1879 in Versuchen seinen Ausdruck, die außenpolitischen Institutionen zu republikanisieren. Die Nachricht von militärischen Fehlschläge in Tonkin setzten 1885 der Regierungszeit Jules Ferrys, der treibenden Kraft hinter der französischen Kolonialpolitik in der ersten Hälfte der 1880er Jahre, ein jähes Ende. Gleichzeitig kann ab Mitte der 1880er Jahre von einer Konsolidierung der republikanischen Herrschaft und auch des Demokratisierungs-Prozesses gesprochen werden.

¹ Manfred G. Schmidt, *Demokratietheorien- Eine Einführung* (Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2010), 121.

Als einzige der fünf europäischen Großmächte wies Frankreich in der Periode des Hochimperialismus eine republikanische Staatsform auf. Im Kern des politischen Systems stand dabei das universelle Männerwahlrecht, das von einer beträchtlichen Mehrheit der Berechtigten auch genutzt wurde. Dadurch wurde auch die Außenpolitik den demokratischen Institutionen und Abläufen unterworfen. Wie weitreichend dieser Einfluss war, ist eine der Kernfragen dieser Analyse. Dabei treffen zwei Gegensätze aufeinander. Während die Außenpolitik gemeinhin als elitäres, von der Exekutive dominiertes Politikfeld gilt, war das Parlament in Frankreich während der Dritten Republik mit einer sehr großen Machtfülle ausgestattet. Diese Parlamentsdominanz schlug sich in einer großen Zahl von Regierungswechseln und der damit einhergehenden politischen Volatilität nieder. Als Leitfrage der Untersuchung könnte man also, in verdichteter Form, formulieren: Welche Gestalt hat die gemeinhin von der Exekutive dominierte Außenpolitik in einer politisch volatilen republikanischen Großmacht, deren politisches System in der geschichtswissenschaftlichen Rezeption als „absoluter Parlamentarismus“ klassifiziert wird?²

Die Arbeit folgt einem mehrstufigen Aufbau: Im ersten Teil steht die Entwicklung eines demokratiethoretisch fundierten Analyseschemas im Vordergrund, das darauf abzielt, eine Transition zur Demokratie im Feld der Außenpolitik in systematischer Art und Weise fassbar machen zu können. Dabei wird zunächst der Mehrwert eines solchen Zugangs in Abgrenzung zum Realismus als dominanter Theorie der internationalen Beziehungen erläutert und zum Untersuchungsobjekt der Dritten Republik in Bezug gesetzt. An diese Überlegungen anknüpfend werden die Erkenntnisse aus Demokratie- und Demokratisierungstheorien auf das Politikfeld der Außenpolitik übertragen. Als analytische Richtschnur sollen dabei insbesondere die Begriffe Repräsentation und Responsivität dienen, anhand derer sich der demokratische Charakter eines Staates erfassen lässt. Zwar weist die Außenpolitik Spezifika auf, die sie von den meisten inneren Politikfeldern abheben, sie ist allerdings dennoch in den allgemeinen Rahmen demokratiepolitischer Abläufe eingebettet. Im zweiten Teil der Fallstudie soll daher der Transition-Prozess während der Frühphase der Dritten Republik nachgezeichnet werden und dabei insbesondere auf die Kriterien des politischen Wettbewerbs und der Partizipation, Schlüsselemente im Demokratiekonzept von Robert Dahl, untersucht werden. Dies soll es gleichzeitig ermöglichen, die im dritten Teil aufs Tapet gebrachten, außenpolitik-spezifischen Themen und Ereignisse in den historischen Kontext zu setzen. Im dritten Teil wird die Entwicklung der französischen Außenpolitik während der Untersuchungsperiode im Lichte der

² Vgl. Jean Garrigues and Éric Anceau, *Histoire du parlement: de 1789 à nos jours* (Paris: Colin, 2007), 264f.

politischen Transformation betrachtet. Dabei soll unter anderem die Demokratisierung der Institutionen zur Sprache kommen: Abschließend wird, wiederum basierend auf dem im ersten Teil der Arbeit entwickelten theoretischen Framework, die Rolle der öffentlichen Meinung im Feld der Außenpolitik adressiert. Dabei liegt der Fokus auf der Periode zwischen 1879 und 1885, in der sich die politische Dominanz der Republikaner als Proponenten einer parlamentarischen Massendemokratie verfestigte.

2. Ein demokratietheoretisch fundierter Zugang zur Außenpolitik

In der klassischen Politik- und Verlaufsgeschichtsschreibung nimmt die Außenpolitik seit jeher eine überaus prominente Rolle ein. Vor allem seit dem 20. Jahrhundert wurden Versuche unternommen, die Herangehensweise an außenpolitische Fragestellungen zu systematisieren sowie abstrakte Theorien und Untersuchungsmethoden zu entwickeln. Dabei sind in Geschichts- und Politikwissenschaften mehrere dominante Forschungsströmungen entstanden, die sich im Hinblick auf ihre konzeptuellen und oft auch epistemologischen Präsumtionen fundamental voneinander unterscheiden. Eine besonders bedeutende Rolle nimmt die im deutschsprachigen Raum zumeist im Feld der Politikwissenschaften verortete Disziplin der „Internationalen Beziehungen“ ein, die die Außenpolitik von Staaten und die Interaktionen untereinander auf ein theoretisches Fundament zu stellen versucht.

Innerhalb der „Internationalen Beziehungen“ haben sich ebenfalls mehrere bedeutende Forschungsstränge herausgebildet, wobei der Realismus die wohl bekannteste Denkrichtung repräsentiert. Realistische Theorien der internationalen Beziehungen basieren auf der Grundannahme, dass Staaten im internationalen System vor allem am eigenen Überleben (defensiver Realismus) bzw. am Machtgewinn (offensiver Realismus) interessiert sind.³ Die Dimension der Sicherheit ist also gegenüber allen anderen außenpolitischen Erwägungen prioritär, da sie eine „Conditio sine qua non“ nicht nur der außenpolitischen Handlungsfähigkeit des Staates, sondern überhaupt seiner gesamten Existenz ist. Realistische Ansätze der politischen Analyse lassen sich bis zu Thukydides zurückverfolgen, die Begründung einer modernen realistischen Theorie der „Internationalen Beziehungen“ wird jedoch zumeist mit dem deutschstämmigen US-Amerikaner Hans Morgenthau in Zusammenhang gebracht,

³ Vgl. Andreas Wilhelm, *Außenpolitik- Grundlagen, Strukturen und Prozesse* (München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, 2006), 52.

welcher mit seinem Werk „Politics among Nations“ den Realismus in seiner wissenschaftlichen Ausrichtung entscheidend geprägt hat.⁴ Realistische Theorien weisen ein hohes Abstraktionsniveau auf, es dominiert ein auf globale Machtstrukturen ausgerichteter Blick. Innerstaatliche Vorgänge und Gegebenheiten, die sich nicht unmittelbar in einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen den Staaten manifestieren, werden weitgehend ausgeblendet. Realistische TheoretikerInnen treten mit dem Anspruch auf, in ihren Analysen weitgehend frei von Werturteilen zu sein, die sich auf weltanschauliche Affinitäten zurückführen lassen. Gleich, ob es sich bei einem Staat um eine faschistische Diktatur oder eine pluralistische Demokratie handelt, er wird im Prinzip als rational kalkulierender, macht- bzw. sicherheitspolitischer „Nutzenmaximierer“ konzeptualisiert, auch wenn sich die jeweiligen Zielsetzungen unterscheiden können.⁵ Dem Realismus der internationalen Beziehungen wird von modernen BeobachterInnen gerne eine sehr pessimistische Grundfärbung attestiert. Sowohl in seinen durch historische Verwerfungen geprägten Entstehungsumständen als auch in Teilen seiner inhaltlichen Ausrichtung weist die realistische Theorie gewisse Parallelen zur politischen Theorie von Thomas Hobbes auf. Als Folge der fast uneingeschränkten staatlichen Souveränität und dem Fehlen einer übergeordneten Gewalt befinden sich die Staaten im internationalen System in einer Situation unsicherer Konkurrenz, die dem von Hobbes postulierten Urzustand unter den Individuen ähnelt. Dieser Zustand wurde von Kenneth Waltz als „Anarchismus der Staatenwelt“ apostrophiert und nimmt vor allem für den in den späten 1970er Jahren begründeten Neorealismus eine analytische Schlüsselfunktion ein.⁶

Ihre größte praktische Wirkungsmacht entfalteten realistische Analysen im 20. Jahrhundert im Kontext des Kalten Krieges; sie wurden aber auch ex-post auf die Periode des späten 19. Jahrhunderts angewandt, welche im Rahmen dieser Untersuchungen im Mittelpunkt stehen wird. John Mearsheimer zufolge lassen sich etwa die Bündnispolitik der europäischen Staaten im späten 19. und 20. Jahrhundert sowie der Ausbruch des Ersten Weltkrieges am treffsichersten durch die am europäischen Kontinent vorherrschenden Machtkonstellationen erklären.⁷ Dass Frankreich mit Russland und dem kolonialen Rivalen Großbritannien im frühen 20. Jahrhundert eine Allianz gegen das Deutsche Reich schmieden konnte, war also weniger auf die erratische Außenpolitik der deutschen Führung rund um Kaiser Wilhelm als auf den

⁴ Vgl. Jürgen Hartmann, *Internationale Beziehungen* (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009), 22ff.

⁵ Vgl. Gunther Hellmann, Wolfgang Wagner and Rainer Baumann, *Deutsche Außenpolitik- Eine Einführung* (Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2014), 63.

⁶ Vgl. Hartmann, *Internationale Beziehungen*, 30.

⁷ Vgl. Hellmann, Wagner and Baumann, *Deutsche Außenpolitik*, 65-76.

Machtzuwachs des Deutschen Reiches in seiner Gesamtheit und seine Auswirkungen auf die Strukturen im internationalen System zurückzuführen. Mearsheimer macht diesen Machtzuwachs anhand von Zahlen zur Kohle- und Stahlproduktion sowie zum Energieverbrauch fest, anhand derer sich das militärische Potential eines Staates bemessen lässt.⁸

Der auf sehr starke Abstraktion abzielende realistische Analyseansatz hat in seiner selbst auferlegten Schnörkellosigkeit Vorzüge, war aber gerade deshalb auch starker Kritik ausgesetzt. Die Konzentration auf Produktionsstatistiken und Strukturen im internationalen System ist zunächst einmal eine eindeutige Absage an jene, die den hochgradig kontingenten Charakter historischer Ereignisse und Entwicklungen betonen. Als Antagonist zum Realismus werden gemeinhin die liberalen Theorien der internationalen Beziehungen angesehen, die ein sehr heterogenes Feld von Ansätzen umfassen. Als einende Klammer kann der normative Anspruch bezeichnet werden, eine friedliche internationale Ordnung zu verwirklichen. Diese friedliche internationale Ordnung soll unter anderem durch die Förderung ökonomischer Interdependenzen sowie den Aufbau machtvoller internationaler Institutionen ermöglicht werden.⁹ In besonders scharfem Kontrast zum realistischen Denken steht aber die mit den liberalen Theorien der „Internationalen Beziehungen“ in Verbindung stehende These vom demokratischen Frieden, die die Staatsform zum außenpolitischen Schlüsselfaktor schlechthin macht. Die These vom demokratischen Frieden hat eine lange geistesgeschichtliche Tradition, war aber auch stets umstritten.¹⁰ Schon Platon hatte geschrieben, dass Demokratien zu einer kriegerischen, selbstzerstörerischen Außenpolitik neigen würden, wobei der griechische Philosoph allerdings die Direktdemokratie des klassischen Altertums und nicht die moderne repräsentative Demokratie im Auge hatte.¹¹ Inzwischen erlaubt die globale Verbreitung der Demokratie die Durchführung aussagekräftiger empirischer Untersuchungen zu dieser Kontroverse. Dabei offenbart sich, dass etablierte Demokratien bis dato tatsächlich nur sehr selten Krieg gegeneinander geführt haben.¹² Zwar lässt sich aus den numerischen Verhältnissen allein noch nicht auf einen unverrückbaren kausalen Zusammenhang zwischen einer demokratischen Staatsform und einer zumindest gegenüber anderen Demokratien

⁸ Vgl. ebd., 66f.

⁹ Vgl. Andreas Hasenclever, „Liberalismus in den Internationalen Beziehungen,“ in *Handbuch Internationale Beziehungen*, ed. Frank Sauer and Carlo Masala (Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2017), 75-106.

¹⁰ Vgl. Gert Krell and Peter Schlotter, „Weltordnungskonzepte in den Internationalen Beziehungen,“ in *Handbuch Internationale Beziehungen*, ed. Frank Sauer and Carlo Masala (Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2017), 27f.

¹¹ Vgl. Schmidt, *Demokratietheorien- Eine Einführung*, 40.

¹² Vgl. Hasenclever, „Liberalismus in den Internationalen Beziehungen,“ 79f.

pazifistischen Außenpolitik schließen – als einschränkende Faktoren wirken dabei einige weitere Korrelationen wie die zwischen einer demokratischen Verfassung und dem Stand der ökonomischen Entwicklung. Nichts desto trotz kann die geringe Bereitschaft demokratischer Staaten, gegeneinander Krieg zu führen, als ein Indiz dafür gewertet werden, dass die politische Verfassung eines Staates substantielle Auswirkungen auf dessen Außenpolitik hat.

Von den vor allem durch US-amerikanische Politikwissenschaftler geprägten Ansätzen der „Internationalen Beziehungen“ abgesehen haben auch VertreterInnen der Geschichtswissenschaften ganzheitliche Analysen zur internationalen Politik vorgenommen. Exemplarisch sei hier auf den französischen Historiker Pierre Renouvin verwiesen, dessen forschersches Oeuvre unter anderem das zum Klassiker avancierte Einführungswerk „Introduction à l’histoire des relations internationales“ beinhaltet.¹³ Als Historiker scheint Renouvin in geringerem Maße an universell gültigen, schematischen Schlüssen interessiert zu sein als viele seiner KollegInnen aus dem Metier der Politikwissenschaft. Doch auch Renouvin wählt einen eher groben Maßstab, um die Geschehnisse der Weltpolitik zu untersuchen: So rücken bei ihm die „Forces profondes“ in den Mittelpunkt, also die langfristig wirksamen Einflussfaktoren, die die Außenpolitik von Staaten sowie die internationale Politik prägen, wozu er etwa die naturräumlichen Gegebenheiten oder die demographischen Entwicklungen zählt.¹⁴ Besonders in Frankreich übte Renouvins Zugang großen Einfluss auf die geschichtswissenschaftliche Forschung zur Außenpolitik aus.¹⁵

2.1 Der Mehrwert einer demokratietheoretischen Perspektive auf die Außenpolitik

Wie Dankwart Rustow in seinem später noch etwas eingehender thematisierten Text „Transitions to Democracy: Toward a Dynamic Model“ angemerkt hat, existiert in Teilen der Politik- Geschichts- und Kulturwissenschaften eine Geringschätzungen der (innen-) politischen Auseinandersetzung gegenüber als fundamentaler erachteten Einflussgrößen meist sozialer, ökonomischer oder allgemein-struktureller Natur.¹⁶ Dies trifft nicht nur auf den Realismus als

¹³ Pierre Renouvin and Jean-Baptiste, Duroselle, *Introduction à l’histoire des relations internationales* (Paris: Pocket, 2007)

¹⁴ Vgl. ebd., 6-66.

¹⁵ Vgl. Pierre Guillen, „Opinion publique et politique étrangère en France 1871-1914. Orientaton des études menées en France depuis 1945,“ *Opinion publique et politique extérieure en Europe. I. 1870-1915. Actes du Colloque de Rome (13-16 février 1980)* (Rome: École Française de Rome, 1981). 49-62.

¹⁶ Vgl. Dankwart A. Rustow, „Transitions to Democracy: Toward a Dynamic Model,“ in *Transitions to Democracy*, ed. Lisa Anderson (New York: Columbia University Press, 1999), 19f.

eine der einflussreichsten Theorien zur internationalen Politik zu, sondern beispielsweise auch auf marxistische Strömungen, in denen der Staat primär als „Überbau“ der ökonomischen Basis gedacht wird. Der analytische Wert eines solchen Zugangs kann naturgemäß je nach Zahl und Gestalt der Untersuchungsobjekte und des jeweiligen Erkenntnisinteresses differieren. Im Hinblick auf dynamische soziale Systeme droht dieser abstrakte Ansatz jedoch oft zu kurz zu greifen. Dass die frühe Dritte Republik ein solches System verkörpert, ist eines der grundlegenden Postulate dieser Untersuchung.

In einer Demokratie wird ein großer Teil jener Entscheidungen, welche die Regeln des Zusammenlebens im Inneren sowie die Beziehungen des Staates nach außen berühren, durch gewählte RepräsentantInnen oder durch von gewählten RepräsentantInnen bestellte VertreterInnen getroffen. Dieser Gedanke mag auf den ersten Blick banal erscheinen, rückt aber, wenn er konsequent auf seine Implikationen untersucht wird, schnell in Kontrast zum realistischen Denken von Morgenthau oder Mearsheimer. Selbst wenn man vereinfachend annimmt, dass Gruppen von AkteurInnen innerhalb eines Staates völlig zweckrational handeln, bleiben in der Regel innerstaatliche Interessensgegensätze bestehen, die ihren Ausdruck in politischen Konflikten finden. Diese Konflikte werden in funktionierenden Demokratien innerhalb eines institutionalisierten Rahmens ausgetragen, wobei die realen politischen Machtverhältnisse Schwankungen unterliegen und Kompromisse geschlossen werden können. So kann die reale Außenpolitik eines Staates also auch als Versuch gedeutet werden, eine Aggregation oder Selektion von zueinander oftmals im Widerspruch stehenden Interessen unterschiedlicher politischer Akteure zu verwirklichen. Einem solchen Ansatz folgend würde man die Außenpolitik eines Staates nicht primär an den Strukturen des internationalen Systems (Neo-Realismus) oder an in der Longue Durée wirksamen Einflussgrößen (Renouvin) bemessen, sondern an konkreten, politischen Auseinandersetzungen in der unmittelbaren Vergangenheit und Gegenwart. Eine solche Auseinandersetzung ist nicht notwendigerweise an eine demokratische Verfassung gebunden – auch in autoritären Systemen buhlen Einflussgruppen mit unterschiedlichen Interessen darum, dass eine Politik in ihrem Sinne durchgeführt wird. In demokratischen Systemen ist die politische Auseinandersetzung zwischen konkurrierenden Gruppen jedoch nicht nur Beiwerk, sondern systemische Essenz. Nicht ohne Grund wird ein auf dem Wege von freien Wahlen zustande gekommener Machtwechsel von PolitikwissenschaftlerInnen gemeinhin als das „Minimalkriterium der Demokratie“ klassifiziert.¹⁷ Dass ein Regierungswechsel infolge von demokratischen Wahlen

¹⁷ Vgl. Richard Saage, *Demokratietheorien: historischer Prozess, theoretische Entwicklung, soziotechnische Bedingungen; eine Einführung* (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005), 29.

zu einer Neuorientierung der Außenpolitik führen kann, ließ sich in der Weltpolitik während der letzten Jahrzehnte immer wieder beobachten, wobei der Schwenk der Trump-Administration in Fragen wie dem Iran-Deal oder der Israel-Politik ein rezentes und auch sehr prägnantes Beispiel darstellt.

Das Ziel dieser Fallstudie ist es, den Einfluss von Demokratisierung auf die französische Außenpolitik der frühen Dritten Republik greifbar zu machen. Das Miteinbeziehen von Einflussfaktoren und Akteuren auf substaatlicher Ebene erhöht zweifellos die Komplexität der Analyse, was allerdings im Rahmen einer historisch fundierten Untersuchung, die auf einen Staat und den Zeitraum von eineinhalb Jahrzehnte beschränkt ist, nicht als Nachteil zu bewerten ist. Das pluralistische, kurzweilige und mitunter auch volatile Wesen der Demokratie soll daher auch in einer Studie zur Außenpolitik Berücksichtigung finden. Infolge eines Demokratisierungsprozesses ändert sich, wie Kari Palonen herausgearbeitet hat, der politische Zeithorizont merklich. Die Präferenzen des Elektorats sind nicht statisch, sondern besitzen eine dynamische, in hohem Maße temporale Dimension.¹⁸ Dies können PolitikerInnen für sich nutzen, indem sie ihr Handeln an die den zeitlichen Umständen geschuldeten Erfordernisse anpassen. Beispielsweise kann es aus taktischen Gründen opportun sein, mit dem Beschluss bestimmter Gesetze zuzuwarten, um dann am Ende einer Legislaturperiode mit populären Maßnahmen aufwarten zu können – „Nur in Terminen denkt der wahre Politiker“, hat Max Weber prägnant formuliert.¹⁹ Für Palonen besitzt auch die Dyade des Für-und Wider, das heißt, der kurzweilige Austausch von Argumenten in parlamentarischen Debatten, eine bedeutende temporale Komponente, die die Demokratie von anderen Staatsformen abhebt.²⁰ Mit der institutionalisierten Pluralität geht also ein nahezu stetiger politischer Diskurs einher, der auf weite Teile der Gesellschaft ausstrahlt. Dieser Gedanke wird im Verlauf der Ausführung zur Responsivität noch eine gewichtige Rolle spielen.

Den Eigenheiten demokratischer Systeme große Bedeutung für die Außenpolitik zuzugestehen bedeutet im Umkehrschluss jedoch nicht, dass strategische Interessen oder auch die Strukturiertheit des internationalen Systems keinen Einfluss auf das Agieren des französischen Staates gehabt haben. Wie in einem der folgenden Abschnitte veranschaulicht werden soll, weist die Außenpolitik auf allen Ebenen der politischen Trias Spezifika auf, die ihr auch in

¹⁸ Vgl. Kari Palonen, „Political Times and the Rhetoric of Democratization,” in *The Ashgate research companion to the politics of democratization in Europe: concepts and histories*, ed. Kari Palonen (Farnham: Ashgate, 2008), 151ff.

¹⁹ Vgl. ebd., 161.

²⁰ Vgl. ebd., 155.

demokratischen Systemen eine Sonderstellung einräumen. Es bedarf also zunächst einer genaueren Eingrenzung dessen, woran sich ein Prozess der Demokratisierung im Feld der Außenpolitik tatsächlich festmachen lässt. Um einen ganzheitlichen Blick zu erlangen und epistemologischen Fallstricken zu entgehen, ist es unabdinglich, langfristige Trends, internationale Machtkonstellationen und im demokratischen Diskurs wenig präsente strategische Interessen zu berücksichtigen. Außenpolitik nahezu vollständig unter das Primat der öffentlichen Meinung zu stellen oder vielleicht überhaupt als einen reinen Bottom-up-Prozess zu denken würde in dieser Hinsicht wohl ebenso zu kurz greifen wie eine völlige Ignoranz gegenüber den innerstaatlichen Vorgängen.

Zweifelsohne lassen sich einige Facetten des außenpolitischen Agierens Frankreichs vor dem Ersten Weltkrieg gut aus einer klassisch-realistischen Perspektive erklären. Die Tatsache, dass das republikanische Frankreich mit Russland, geradezu der Archetyp einer repressiven Autokratie, paktierte, legt den Schluss nahe, dass realistische Interessen zumindest in der Sicherheitspolitik klaren Vorrang gegenüber ideologischen Affinitäten hatten. Dieses gegen das Deutsche Reich gerichtete Zweckbündnis mit einem weltanschaulich völlig divergenten Staat war auch keineswegs das erste seiner Art. Schon im 17. Jahrhundert war der katholische Kardinal Richelieu bereit gewesen, sich mit protestantischen Schweden und muslimischen Türken zu verbünden, um die Machtstellung der Habsburger zu schwächen, weshalb ihn der dem Realismus zugeneigte Henry Kissinger als den Begründer der außenpolitischen „Raison d’État“ bezeichnete.²¹ Auch die in sehr wechselhaften Allianzen geführten Kabinettskriege des 18. Jahrhunderts können als Musterbeispiele für opportunistisches Agieren von Staaten im Sinne des Realismus gedeutet werden. Bestimmte historische Umstände und Untersuchungsobjekte vorausgesetzt, kann ein von der Innenpolitik weitgehend entkoppeltes Analyseframework also seinen Zweck geradezu bravourös erfüllen.

Einen Staatsmann, der die Außenpolitik seines Heimatstaates im Stile von Richelieu oder Bismarck über Jahrzehnte hinweg nach eigenem strategischem Ermessen lenken konnte, sucht man in der Dritten Republik jedoch vergeblich. Manchen Politikern wie Jules Ferry gelang es, in relativ kurzer Zeit bedeutende außenpolitische Weichenstellungen in die Wege zu leiten – andere wie etwa Georges Clemenceau blieben über Jahrzehnte hinweg politisch an vorderster Front aktiv. Gerade die Laufbahnen der beiden großen Republikaner zeigen allerdings, welchen Einschränkungen selbst die einflussreichsten Einzelakteure in einem demokratischen „Korsett“ unterliegen. Ferry prägte die Ausrichtung der französischen Außenpolitik in den 1880er Jahren

²¹ Vgl. Henry Kissinger, *Diplomacy* (New York: Simon & Schuster, 1994), 58.

als Minister und Ministerpräsident entscheidend mit, musste als Regierungschef aber zweimal infolge außenpolitischer Kontroversen zurücktreten. Der für Ferrys Sturz mitverantwortliche Clemenceau wiederum hatte im Laufe seiner sich über ein halbes Jahrhundert erstreckenden politischen Karriere vergleichsweise selten Regierungsfunktionen inne und war in seiner entschiedenen Opposition gegen die koloniale Expansion insgesamt nicht allzu erfolgreich.

Die Abhängigkeit der Außenpolitik von den Launen des demokratischen Wettbewerbes lässt sich gut mit dem von Robert Putnam entwickelten Modell des „Zwei-Ebenen-Spiels“ erfassen.²² Während der Staatsmann im klassischen realistischen Denken weitgehend frei von innenpolitischen und ideologischen Zwängen agieren kann, müssen Regierungsmitglieder in Demokratien neben dem internationalen Umfeld auch noch die Vorgänge im eigenen Land im Auge behalten, um ihre eigene Position nicht zu gefährden. Dabei sind sie zumeist anderen politischen Institutionen wie dem Parlament, aber auch Interessenverbänden sowie der öffentlichen Meinung Rechenschaft schuldig. Dieses Orientieren an den Präferenzen der Bevölkerung entspricht zwar dem Grundgedanken eines demokratischen Systems, von einem von äußeren Entwicklungen geleiteten strategischen Agieren im Sinne des Realismus ist dieser Zugang jedoch grundverschieden.

2.2 Die Dritte Republik als Forschungsobjekt

Was das Frankreich der 1870er und 1880er Jahre als Analyseobjekt interessant macht, ist die zeitliche und räumliche Exponiertheit, die ihr als einziger Republik unter den fünf europäischen Großmächten während der Hochphase des Imperialismus eigen ist. Gemeinsam mit den USA und der Schweiz nahm Frankreich zumindest in den ersten Jahrzehnten der Dritten Republik eine politische Avantgarde-Rolle ein, auch wenn man von einer entwickelten Demokratie im modernen Sinne noch weit entfernt war, nicht zuletzt ob der Tatsache, dass Frauen fast jegliche politische Mitbestimmung verwehrt blieb. Der Ausschluss der Frauen vom Wahlrecht über die gesamte Periode der Dritten Republik erscheint umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass Frankreich ab Mitte der 1870er Jahre von Republikanern regiert wurde, die sich in der Regel progressiven Idealen verpflichtet sahen. Doch gerade in jenen Kreisen existierte die heute vielen wohl paradox anmutende Furcht, dass durch das Frauenwahlrecht konservative politische Kräfte gestärkt werden würden. Tatsächlich war diese Befürchtung auch nicht gänzlich aus der Luft gegriffen: In vielen französischen Regionen war der Gang zur Kirche

²² Vgl. Wilhelm, *Außenpolitik*, 226ff.

um die Wende zum 20. Jahrhundert eine eindeutig weibliche Domäne, was den Republikanern, die danach trachteten, den politischen Einfluss des Klerus möglichst klein zu halten, nicht verborgen blieb.²³

In Anbetracht der frappierenden Geschlechter-Ungerechtigkeit muss das Frankreich der Dritten Republik zweifelsohne als eine exklusive und damit auch defekte Demokratie im Sinne der Typologie von Wolfgang Merkel klassifiziert werden.²⁴ Während anderen Formen defekter Demokratien jedoch ein Hang zum Autoritarismus innewohnt, trat dieser Makel in der Dritten Republik kaum auf. Tatsächlich dominiert in der kritischen Rezeption der Dritten Republik zumeist das Bild von äußerst volatilen, mitunter auch ins Chaotische abdriftenden Zuständen, die von mehreren großen Skandalen und Affären (Orden-Affäre, Panamaskandal, Boulangismus, Dreyfus-Affäre, etc.) begleitet wurden und eine gesamtgesellschaftliche Stagnation zu Folge hatten.²⁵ Eine Scheindemokratie unter einer charismatischen Herrscherfigur konnte während der Dritten Republik allerdings nie errichtet werden.

Während das Frankreich der Ersten Republik nach der Revolution ein politischer Paria unter den europäischen Mächten war, bewegten sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch die anderen großen Monarchien mit Ausnahme Russlands merklich in Richtung eines inklusiveren politischen Gemeinwesens. Nichts desto trotz war das republikanische Frankreich bis zum Ende des Ersten Weltkrieg wohl auch die „demokratischste“ unter den fünf europäischen Großmächten. Anders als in Großbritannien und Österreich-Ungarn räumte das französische Wahlrecht dem Angehörigen einer niedrigen sozialen Schicht schon in den 1870er Jahren dasselbe Stimmgewicht ein wie einem reichen Grundbesitzer. Und im Gegensatz zum Deutschen Reich hatte das allgemeine Wahlrecht in Frankreich auch keine chimärischen Züge, da es weder durch althergebrachte institutionelle Regelungen im Stile des Preußischen Dreiklassenwahlrechts noch durch die Dominanz einer dem Kaiserhaus hörigen Exekutive eingeschränkt wurde.²⁶ Während die politische Diskriminierung nach dem Geschlecht also die gesamte Dritte Republik überdauerte, kam es im politischen Prozess schon früh zu einer Nivellierung der Klassengegensätze und zur Entstehung einer Massengesellschaft. Jene Mechanismen, die den Wettbewerb in einer Demokratie kennzeichnen, prägten auch das

²³ Vgl. Charles Sowerwine, *France since 1870: culture, politics and society* (London: Palgrave Macmillan, 2018), 43.

²⁴ Vgl. Wolfgang Merkel, „Eingebettete und defekte Demokratien,“ in *Zeitgenössische Demokratietheorie: Band 2: Empirische Demokratietheorien*, ed. Oliver W. Lembcke, Claudia Ritzi, and Gary S. Schaal (Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2016), 470.

²⁵ Vgl. Philip Nord, „The Third Republic,“ in *The French Republic: history, values, debates*, ed. Edward Berenson, Vincent Duclert, and Christophe Prochasson (Ithaca: Cornell University Press, 2011), 45.

²⁶ Vgl. Saage, *Demokratietheorien*, 190.

politische Leben der Dritten Republik, wenn auch mit den der räumlichen und temporalen Exponiertheit geschuldeten Spezifika. Alleine das demokratische Minimalkriterium regelmäßiger durch Wahl herbeigeführter Regierungswechsel brachte in diesem Zusammenhang weitreichende Implikationen für die Außenpolitik mit sich. Im Falle der Dritten Republik kamen solche Regierungswechsel aufgrund der hohen politischen Volatilität auch in sehr großer Zahl vor. Keines der 52 verschiedenen Kabinette, die bis 1914 gebildet wurden, blieb daher mehr als drei Jahre im Amt.²⁷ Ob dies als ein Indikator für einen sehr hohen Grad an demokratischer Responsivität gewertet werden kann oder vielleicht sogar den Einfluss demokratisch nicht direkt legitimierter Institutionen gestärkt hat, wird eine der Kernfragen dieser Fallstudie darstellen.

2.3 Die Außenpolitik aus einer demokratietheoretischen Perspektive

Um Gehalt und Wirkungen der Demokratisierung auf die Außenpolitik Frankreichs in ihren Kernelementen auf strukturierte Art und Weise erfassen zu können, ist eine theoretische Fundierung äußerst dienlich. Dabei können Erkenntnisse aus dem großen Feld der Demokratie- und Demokratisierungstheorien helfen, die grundlegenden Entwicklungen systematisch herauszuarbeiten. Im Regelfall haben Demokratietheorien den Anspruch, das Phänomen der Demokratie in ihrer Gesamtheit zu erfassen – wie sich also ein Demokratisierungsprozess im politischen Teilbereich der Außenpolitik konzeptualisieren lässt, wird in weiterer Folge thematisiert werden.

So wie die Theorien zur Außenpolitik vereint auch das Feld der Demokratietheorien eine große Zahl von mitunter sehr stark divergierenden Ansätzen auf sich. Als grobe Gliederungsform hat sich die Einteilung in normative und empirische Demokratietheorien etabliert. Normative Demokratietheorien zielen auf die Beschreibung eines Soll-Zustandes ab – es handelt sich also oftmals um Schriften aus dem großen Feld der politischen Philosophie, in denen die AutorInnen eine ideale oder zumindest bessere Staatsverfassung zu begründen beabsichtigen. Manche jener Schriften, die heute der normativen Demokratietheorie zugerechnet werden, zählen zu den Klassikern der Geistesgeschichte und haben auch außerhalb der akademischen Sphäre eine enorme Wirkungsmacht entfalten können. John Lockes „Two Treatises of Government“ haben die moderne liberale Demokratie mit ihrer hohen Wertschätzung für die individuellen

²⁷ Vgl. Günther Haensch, „Der französische Staat von der Großen Revolution bis 1958,“ in *Frankreich: Politik, Gesellschaft, Wirtschaft*, ed. Günther Haensch, and Hans J. Tümmers (München: Beck, 1998), 56.

Abwehrrechte und das Eigentum ebenso mitgeprägt wie Montesquieus Konzept der drei Staatsgewalten. Im französischen Diskurs des 19. Jahrhunderts wirkten insbesondere die Ideen von nationalen Denkern wie Rousseau oder auch dem Abbé Sieyès nach, deren Gedanken in den Revolutionsjahren intensiv thematisiert wurde.²⁸

Die Forschung aus dem Feld der empirischen Demokratietheorien will politische Systeme anhand ihrer Policy-, Politics - oder Polity-Merkmale beschreiben und häufig auch bewerten. Auch die medial präsenten Demokratieindizes wie jener der Organisation „Freedom House“ können also den empirischen Demokratietheorien zugerechnet werden. Für Fallstudien zu Entwicklungen in bestimmten Staaten wird ebenfalls oft auf Instrumente aus den empirischen Demokratietheorien zurückgegriffen. Es gilt allerdings zu bedenken, dass auch empirische Zugänge mit klassifizierendem Charakter nicht ohne normative Annahmen auskommen: Der normativen Schlüsselfrage, was eine (gute) Demokratie ausmacht, kann man also auch im Feld der empirischen Demokratietheorie nicht enttrinnen.

2.3.1 Der Demokratiebegriff

Wie schon der deutsche Politikwissenschaftler Fritz Scharpf angemerkt hat, ist das Wort „Demokratie“ so positiv konnotiert wie nur wenige andere. Indessen ist allerdings die Frage, worum es sich bei der Demokratie eigentlich in ihrer Essenz handelt, hoch umstritten.²⁹ So haben auch Regime, die man nach dem heute in Wissenschafts- und Alltagssprache vorherrschenden Begriffsverständnis keinesfalls als demokratisch klassifizieren würde, dieses Label für sich beansprucht und es sogar in den Staatsnamen integriert – Beispiele dafür sind die DDR sowie die Demokratische Volksrepublik Korea, einer der autoritärsten Staaten der Welt. Im 18. Jahrhundert war der Demokratiebegriff noch tendenziell negativ besetzt, wobei er sich zumeist auf die direkte Herrschaftsausübung des Volkes im Sinne der von Aristoteles und Platon gering geschätzten attischen Demokratie und nicht auf die heute dominanten repräsentativen demokratischen Herrschaftsformen bezog.

Dies änderte sich im ausgehenden 18. sowie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts merklich. Der französische Historiker und Politiker Francois Guizot (1787-1874) bemerkte schon in den 1830er Jahren: *„Die Herrschaft des Wortes Demokratie ist bereits so groß, dass keine Regierung, keine Partei überleben zu können wagt, ohne dieses Wort auf ihre Fahnen zu*

²⁸ Vgl. Saage, *Demokratietheorien*, 92-100.

²⁹ Vgl. Arno Waschkuhn, *Demokratietheorien: Politiktheoretische und ideengeschichtliche Grundzüge* (München: R. Oldenbourg Verlag, 1998), 8.

schreiben.³⁰ Obgleich Staaten mit demokratischer Verfassung Mitte des 19. Jahrhunderts noch eine kleine Minderheit waren, wurde die Demokratie von vielen versierten Beobachtern als Staatsform der Zukunft erachtet. Diese Einschätzung findet sich bei Alexis de Tocqueville (1805-1859) und seinen Schilderungen zur Demokratie in Amerika ebenso wieder wie bei Guizot, der einer Hinwendung zur Massendemokratie als Orléanist jedoch mit Skepsis begegnete.³¹ Die Ausführungen von Guizot und Tocqueville belegen, dass die Idee einer (Massen-)Demokratie als möglicher Staatsverfassung in Frankreich in den Jahrzehnten nach Revolution und Restauration weiterhin sehr präsent war. Der eng mit der Idee des universellen Wahlrechts verbundene Siegeszug des Republikanismus in den 1870er Jahren kam zwar, in Anbetracht der unmittelbaren historischen Umstände, etwas überraschend, aber alles andere als aus dem Nichts. Auch wenn Guizots Verdikt zur Wertlosigkeit des Demokratiebegriffes überschießend anmuten mag, bedarf es doch einer genauen Abgrenzung dessen, was den Begriff in seiner Essenz ausmacht und an welchen demokratiethoretischen Konzepten und Kernmerkmalen man sich im Rahmen einer analytischen Auseinandersetzung zu orientieren gedenkt. Zwar haben sich manche der Kontroversen, die rund um die Frage demokratischer Mitbestimmung existieren, in den vergangenen Jahrzehnten in Luft aufgelöst – in diesem Zusammenhang kann noch einmal auf die Einführung des Frauenwahlrechts verwiesen werden. Nichts desto trotz ist auch in den Wissenschaften kein klarer Konsens darüber auszumachen, was eine Demokratie in ihren idealen Wesenszügen ausmacht. Es handelt sich bei ihr also immer noch um ein „essentially contested concept“.³²

2.3.2 Die Demokratie und die ihr inhärenten Zielkonflikte

Eine Begründung für den umkämpften normativen Charakter der Demokratie hat Fritz Scharpf geliefert. Scharpf zufolge sind der Demokratie mehrere Dichotomien inhärent, die den Charakter von Zielkonflikten annehmen können.³³ Er benennt dabei mehrere Spannungsfelder, unter anderem jenes zwischen demokratischer Gleichheit und bürgerlicher Freiheit, das schon von Alexis de Tocqueville eingehend thematisiert wurde.³⁴ Dazu kommen die Konflikte zwischen Identität und Repräsentation sowie zwischen dem Mehrheitsprinzip und dem gewaltenteilenden Rechtsstaat. Ebenso ist umstritten, ob das Wesen der Demokratie vor allem

³⁰ Saage, *Demokratiethorien*, 144.

³¹ Vgl. ebd., 144.

³² Vgl. Laurence Whitehead, *Democratization: theory and experience* (Oxford: Oxford University Press, 2002), 7.

³³ Vgl. Waschkuhn, *Demokratiethorien: Politiktheoretische und ideengeschichtliche Grundzüge*, 10.

³⁴ Vgl. Schmidt, *Demokratiethorien- Eine Einführung*, 113-131.

in der universellen Partizipation oder vielmehr im Wettbewerb zwischen konkurrierenden Eliten liegt.³⁵ Während manche ein „Mehr an Demokratie“ vor allem mit der Ausweitung der Mitbestimmung des Elektorats durch Mehrheitsentscheidungen in direkten Volksabstimmungen in Verbindung setzen, betonen andere die Wichtigkeit der rechtsstaatlichen Dimension. Auch in anderen Grundsatzfragen existieren nur schwer auflösbare normative Kontroversen. So würden etwa die Anhänger pluralistischer Theorien wie jener von Ernst Fraenkel den Einfluss von Interessensgruppen als integralen Bestandteil einer funktionierenden Demokratie bewerten.³⁶ Andere befürchten, dass gerade dadurch mächtige, organisierte Interessen gegenüber der breiten Masse der Bevölkerung privilegiert werden würden, was gesellschaftliche Disparitäten verstärken könnte. Die politischen Verhältnisse in den USA, die Fraenkels Modell als Vorbild gedient haben, werden von den Gegnern seiner pluralistischen Demokratietheorie als Negativum gedeutet. Benjamin Barber hat im Zusammenhang mit seinem Konzept der „Strong Democracy“ überhaupt für eine Ausweitung der Demokratie auf möglichst viele Lebensbereiche plädiert.³⁷ Entschiedenem Widerspruch erntete er dabei unter anderem von Wilhelm Hennis, der die Demokratie auf ihre Rolle als politische Herrschaftsform beschränkt sehen möchte. Der Schutz der Grundrechte wird ihm zufolge durch die Abtrennung der privaten Sphäre vom Politischen sowie durch die Gewaltenteilung sichergestellt.³⁸ Kurzum: Was eine gute Demokratie tatsächlich ausmacht, ist umstritten wie eh und je. Für eine Fallstudie zur Dritten Republik ist die Suche nach einem den Maßstäben der Moderne entsprechenden Ideal zur Abgrenzung des Demokratiebegriffs von nachrangiger Bedeutung. Das heißt nicht, dass auf eine trennscharfe Eingrenzung des Demokratiebegriffs verzichtet werden könnte, es müssen dabei allerdings sowohl historische Umstände als auch die Spezifika der Außenpolitik mitberücksichtigt werden.

2.3.3 Input- und outputorientierte Theorien

Die Frage, inwieweit man Status und Qualität der Demokratie in einem Staat anhand normativer Kriterien bewerten kann und soll, ist ebenfalls eine Kontroverse im Feld der Demokratietheorien. Dabei hat sich eine Unterscheidung in Input- und Output-orientierte Zugänge herausgebildet. Inputorientierte Zugänge beschränken sich darauf, die Demokratie

³⁵ Vgl. Waschkuhn, *Demokratietheorien: Politiktheoretische und ideengeschichtliche Grundzüge*, 10.

³⁶ Vgl. Leonie Holthaus and Thomas Noetzel, „Demokratischer Pluralismus versus despotische Herrschaft,“ in *Zeitgenössische Demokratietheorie: Band 1: Normative Demokratietheorien*, ed. Oliver W. Lembcke, Claudia Ritzi and Gary S. Schaal (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2012), 42.

³⁷ Vgl. Waschkuhn, *Demokratietheorien: Politiktheoretische und ideengeschichtliche Grundzüge*, 102ff.

³⁸ Vgl. ebd., 108ff.

anhand von prozeduralen Kriterien zu erfassen. Wenn sich also ein Parlament und eine Regierung in der Folge eines demokratischen Prozederes wie einer freien und gleichen Wahl konstituieren, handelt es sich bei einem politischen System um eine Demokratie, ganz gleich, welche materiellen Resultate die Politik hervorbringt. Output-orientierte Theorien wiederum legen den Fokus auf die Ergebnisse des politischen Prozesses. Dieser Output muss dabei nicht unbedingt anhand von unmittelbar-politischen Materien wie der Qualität von Gesetzesbeschlüssen bemessen werden, sondern kann beispielsweise auch an der sozioökonomischen Gesamtsituation in einem Land festgemacht werden. Performanz-basierte Zugänge dieser Art setzen oft ein bestimmtes Niveau an ökonomischer Prosperität voraus. In diesem Fall sind sie auch wenig geeignet, um die politischen Entwicklungen in ärmeren Staaten unter die Lupe zu nehmen.³⁹ Dasselbe Problem tritt in logischer Konsequenz auch im Zusammenhang mit historischen Studien auf, da man hier fast immer mit Staaten konfrontiert ist, die ein niedrigeres ökonomisches Entwicklungsniveau aufweisen.

Eine der einflussreichsten Input-orientierten Demokratietheorien ist jene des österreich-US-amerikanischen Ökonomen Joseph Schumpeter, die dieser in seinem Spätwerk „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ dargelegt hat. Schumpeters Theorie basiert auf einem minimal-prozeduralen Ansatz, der die teleologische Ebene völlig ausspart.⁴⁰ Der Schlüsselfaktor im Schumpeter'schen Demokratiekonzept sind die Wahlen, die als Feedback-Mechanismus wirken. Im Zuge von freien Wahlen kann ein Wechsel der Parlamentsmehrheit bzw. der Regierung erwirkt werden, weshalb es aus Sicht der herrschenden Elite naturgemäß ratsam ist, sich an den Präferenzen der Bevölkerung zu orientieren. Von der Wahl der herrschenden Elite abgesehen, haben die BürgerInnen jedoch kaum Möglichkeiten, auf den politischen Prozess Einfluss zu nehmen. Die Gestaltung der Politik obliegt in diesem Modell also praktisch ausschließlich der gewählten Führung, weshalb Schumpeters Theorie auch zu den „elitären Demokratietheorien“ gezählt wird. Ob es sich bei einem Staat um eine Demokratie handelt, ist von den materiellen Outputs des politischen Systems unabhängig. Larry Diamond hat Joseph Schumpeters Konzept in seinem Analyseschema unter der Rubrik der „dünnen Demokratietheorien“ eingeordnet, also unter Demokratiekonzepten, die mit wenigen Annahmen auskommen und einen weniger ambitionierten normativen Anspruch aufweisen. Diese dünnen Demokratietheorien konzentrieren sich vor allem auf die Wahlen als entscheidendes demokratisches Kriterium, weshalb sie auch unter dem Begriff der „elektoralen

³⁹ Vgl. Whitehead, *Democratization*, 14.

⁴⁰ Vgl. ebd., 10.

Demokratien“ zusammengefasst werden können.⁴¹ Diamond selbst vertritt einen liberalen Begriff, der neben den von Schumpeter postulierten Wahlen als Grundvoraussetzung der Demokratie noch einige weitere Dimensionen umfasst. Dazu zählen etwa ein funktionierender Rechtsstaat, bürgerliche Freiheiten, gesellschaftlicher Pluralismus sowie die „*Abwesenheit von Entscheidungsbereichen für (...) nicht legitimierte Akteure.*“⁴² Es handelt sich also bei Diamonds Ansatz gemäß seiner eigenen Typologie um ein „dickes Demokratiekonzept“. Eine intermediäre Position zwischen Schumpeter und Diamond nimmt die bereits kurz adressierte Demokratietheorie des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Robert Dahl ein, die dieser unter anderem in seinem breit rezipierten Werk „Polyarchy“ (1971) skizziert hat.⁴³ Unter „Polyarchie“ versteht Dahl eine reale Herrschaftsform, die im Wesentlichen der modernen, liberalen Demokratie gleicht. Der Begriff der Demokratie selbst dient Dahl zur Denotation eines noch unerreichten Ideals.⁴⁴ In späteren Texten hat Dahl diese Unterscheidung etwas aufgeweicht und auch von „polyarchischen Demokratien“ gesprochen.⁴⁵ Dahl zufolge lässt sich das polyarchische/demokratische Wesen eines politischen Systems zunächst einmal anhand von zwei Hauptkriterien ausmachen. Dies ist zum einen der politische Wettbewerb, den Dahl als „*the opportunity to oppose and vote out the highest officials in the government*“ definiert hat.⁴⁶ Zum Wettbewerb gesellt sich noch die Partizipation als zweites Schlüsselkriterium: Als grundsätzliche Voraussetzung gilt dabei, dass ein großer Anteil der Erwachsenen sowohl über Bürgerrechte als auch über die Möglichkeit zu wählen verfügt.⁴⁷ Dahl hat zusätzlich noch eine Reihe weiterer Kriterien definiert, die dabei helfen sollen, die demokratische Gestalt eines Gemeinwesens zu bewerten. Im Geiste des „*lex parsimoniae*“ erscheint es allerdings sinnvoll, sich in der historischen Analyse zunächst auf die beiden Hauptkriterien zu beschränken.

2.3.4 Transitorische Demokratietheorien

Während normative Demokratietheorien auf die Definition der Kernmerkmale des Begriffs abzielen oder dessen ideale inhaltliche Natur zu begründen versuchen, beschreiben transitorische Theorien den Weg zur Demokratie, das heißt den Prozess der Demokratisierung.

⁴¹ Vgl. Edeltraut Roller, „Konzeptualisierung von Demokratie. Robert Dahl, Larry Diamond und gängige Demokratiemessungen,“ in *Zeitgenössische Demokratietheorie: Band 2: Empirische Demokratietheorien*, ed. Oliver W. Lembcke, Claudia Ritzi, and Gary S. Schaal (Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2016), 349ff.

⁴² Ebd., 349ff.

⁴³ Robert A. Dahl, *Polyarchy: participation and opposition* (New Haven: Yale University Press, 1971).

⁴⁴ Vgl. Schmidt, *Demokratietheorien- Eine Einführung*, 212f.

⁴⁵ Vgl. Roller, „Konzeptualisierung von Demokratie,“ 342f.

⁴⁶ Vgl. ebd., 344.

⁴⁷ Vgl. ebd., 344.

Unter dem Begriff der Transition wird in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung der Übergang von einem autokratischen zu einem demokratischen System verstanden, während sich die Transformation auf Systemwechsel im Allgemeinen bezieht.⁴⁸ Die Transitionsforschung hat in den vergangenen Jahrzehnten einen starken Aufschwung erlebt, wobei der Siegeszug der Demokratie in Südeuropa, Lateinamerika, Ostasien sowie in Zentral- und Osteuropa als Katalysator fungiert hat. Als besonders wirkmächtig hat sich das Konzept der Demokratisierungswellen von Samuel Huntington entpuppt. Huntington zufolge kam es während dreier historischer Zeitabschnitte zu einer signifikanten Häufung von Transitionen, wodurch die Zahl demokratisch verfasster Staaten jeweils deutlich anstieg. Die erste große Demokratisierungswelle erstreckte sich über einen Zeitraum von fast einem Jahrhundert bis hinein in die Zwischenkriegszeit. Als Ausgangspunkt wählt Huntington das Jahr 1828, in dem die US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen zum ersten Mal die von ihm definierten demokratischen Kriterien (unter anderem mehr als 50 Prozent Wahlberechtigte unter der männlichen Bevölkerung) erfüllt haben.⁴⁹ Die zweite Demokratisierungswelle setzte nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein, während der Beginn der dritten Welle mit der Nelkenrevolution in Portugal 1974 in Verbindung gebracht wird. Zu dieser dritten Demokratisierungswelle werden auch die Systemwechsel nach dem Zerfall von Warschauer Pakt und Sowjetunion gezählt. Neben den drei Demokratisierungswellen werden in der Literatur auch zwei große Gegenwellen benannt. Die erste fand in den 20er und 30er Jahren vor allem in Europa statt, während sich die zweite in den 60er Jahren primär in Lateinamerika sowie in ehemaligen Kolonien in Afrika und Asien ereignete.⁵⁰

In den Studien zur Vergleichenden Demokratisierung nimmt das Frankreich der 1870er nur eine sehr untergeordnete Position ein.⁵¹ Ein Grund könnte darin liegen, dass sich Frankreich ob seiner eingangs erwähnten räumlichen und zeitlichen Exponiertheit analytisch nur schwer in ein Schema einfügen lässt, das verallgemeinerbaren Ableitungen dienlich ist. Auch versprechen die Schlussfolgerungen, die sich aus dem französischen Beispiel für heutige politische EntscheidungsträgerInnen ziehen lassen, aufgrund der zeitlichen Distanz weniger ergiebig zu sein als Analysen zur dritten Demokratisierungswelle, deren Nachwirkungen in vielen Teilen

⁴⁸ Vgl. Wolfgang Merkel and Peter Thiery, "Systemwechsel," in *Vergleichende Regierungslehre- Eine Einführung*, ed. Hans-Joachim Lauth, (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010), 187.

⁴⁹ Vgl. Gert Pickel, "Transitorische Demokratietheorie," in *Zeitgenössische Demokratietheorie: Band 2: Empirische Demokratietheorien*, ed. Oliver W. Lembcke, Claudia Ritzi and Gary S. Schaal (Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2016), 434.

⁵⁰ Vgl. ebd., 435.

⁵¹ Vgl. Stephen E. Hanson, *Post-Imperial Democracies: Ideology and Party Formation in Third Republic France, Weimar Germany, and Post-Soviet Russia* (Cambridge: Cambridge University Press, 2010), 87.

der Welt (z.B. in Osteuropa) noch unmittelbar erfahrbar sind. In diesem Zusammenhang könnten auch die disziplinären Grenzen zwischen Geschichts- und Politikwissenschaften eine Rolle spielen: Während die Transformationsforschung als politikwissenschaftliche Disziplin zumeist das 20. und 21. Jahrhundert im Blick hat, bleibt die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Dritten Republik zum überwiegenden Teil eine Domäne der französischen HistorikerInnen.

In den Transitionsstudien steht v.a. die Frage im Mittelpunkt, welche Umstände den Anstoß zu einer Demokratisierung geben. Dabei haben sich mehrere konkurrierende Paradigmen als dominante Erklärungsmodelle etabliert. Eine prominente Rolle nehmen dabei die Modernisierungstheorien ein, zu denen etwa Konzepte von Talcott Parsons und Seymour Martin Lipset gezählt werden.⁵² Nach Lipset ist das ökonomische Entwicklungsniveau eines Staates der wichtigste Faktor, von dem eine Transition zu einer Demokratie abhängt. Infolge des wirtschaftlichen Modernisierungsprozesses verringern sich althergebrachte gesellschaftliche Disparitäten, wodurch in breiten Bevölkerungsschichten sowohl das Bedürfnis nach als auch die Fähigkeit zur Partizipation (durch Bildung, etc.) gesteigert wird und sich aufseiten der Elite die Bereitschaft zur Machtteilung erhöht.⁵³ Die Stärke von Lipsets Modernisierungstheorie liegt eher darin, auf einer globalen Ebene Ausgangsbedingungen für die Demokratisierung in Staaten zu identifizieren. Für historische Fallstudien zu Einzelstaaten bietet sich ein multidimensionaler Zugang an, der auch die handelnden Akteure und die kontingente Beschaffenheit politischer Entwicklungen miteinbezieht. Nicht zuletzt aufgrund der Vielzahl von unterschiedlichen Pfaden zur Demokratie sind auch viele Wissenschaftler aus dem Metier der Transitions-Studien sehr vorsichtig darin, allgemeine Postulate aufzustellen und betonen die Abhängigkeit von nationalen Spezifika. Laut Huntington verläuft die Demokratisierung *„in Wellen, nicht ungebrochen, sondern mit Gegenbewegungen, nicht immer nach dem gleichen Muster, sondern ganz unterschiedlich und nicht aufgrund der gleichen Gründe, sondern aufgrund von komplexen und wechselnden Ursachen.“*⁵⁴ Die Kontroverse zwischen den unterschiedlichen Paradigmen der Transitions- und Transformationsforschung kann hier nicht erschöpfend behandelt werden – im Mittelpunkt dieser Fallstudie steht schließlich nicht die Frage nach den Ursachen der Demokratisierung Frankreichs, sondern wie diese mit der Außenpolitik in Zusammenhang steht. Nichts desto trotz ist eine eingehendere

⁵² Vgl. Raj Kollmorgen, „Modernisierungstheoretische Ansätze,“ in *Handbuch Transformationsforschung*, ed. Raj Kollmorgen, Wolfgang Merkel, and Hans-Jürgen Wagerner (Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2015), 77-88.

⁵³ Vgl. ebd., 77ff.

⁵⁴ Pickel, „Transitorische Demokratietheorie,“ 428.

Betrachtung der französischen Transition zur Demokratie sinnvoll, um die Genese der Dritten Republik samt ihren politischen Institutionen und der relevanten Akteure zu verstehen.

2.4 Die Wesenszüge der Außenpolitik im demokratischen System

Die in der Einleitung wiedergegebene Einschätzung der Außenpolitik als zu komplex für die Demokratie durch den als sehr nuancierten Denker bekannten Alexis de Tocqueville mag vielen BeobachterInnen als antidemokratisch erscheinen. Heute würden manche an dieser Stelle wohl erwidern, dass auch die Wirtschaftspolitik oder diverse andere Materien den Horizont der meisten BürgerInnen deutlich übersteigen. Der Anspruch in einem modernen demokratischen System müsse also ohnehin bescheidener sein, nämlich ein Feedback-System zu schaffen, das Partizipation ermöglicht, grobe Richtungsentscheidungen hervorbringt und eklatanten Fehlentwicklungen vorbeugt. Tatsächlich weist die Außenpolitik im Vergleich zu den meisten anderen Politikfeldern viele Eigenheiten auf, die im Rahmen einer demokratiethoretisch fundierten Analyse Berücksichtigung finden müssen. Charakteristisch für die Außenpolitik ist im Regelfall eine Dominanz der Exekutive, während die Legislative eine im Vergleich zu vielen innenpolitischen Materien weniger bedeutende Rolle einnimmt. Dieses Primat der Exekutive ist zu einem erheblichen Teil auf die spezifischen praktischen Anforderungen zurückzuführen, die der Außenpolitik inhärent sind. Während die Rechtsschöpfung durch die Legislative auf die Schaffung allgemein bindender Regelungen im eigenen Staat abzielt, findet Außenpolitik in Interaktion mit anderen souveränen Staaten statt. Demgemäß ist das Handeln oft fallbezogen und unterliegt zeitlichen Einschränkungen sowie externen Zwängen: „*The essence of foreign policy is negotiation rather than legislation (...)*.“⁵⁵

Besonders gut lässt sich die Dominanz der Exekutive in präsidentiellen Systemen beobachten, in denen sich die Regierung nicht aus dem Parlament heraus konstituiert, sondern in einem zweiten, von den Parlamentswahlen unabhängigen Urnengang bestimmt wird. Das wohl prominenteste Beispiel sind die Vereinigten Staaten von Amerika, wo der Präsident in Materien der Außen- und Sicherheitspolitik sehr weitreichende Befugnisse genießt. Nichts desto trotz ist der politische Aktionsraum für die US-amerikanische Regierung in außenpolitischen Belangen nicht unbegrenzt. Dies hat sich unter anderem nach dem Ende des Ersten Weltkrieg gezeigt, als ein isolationistisch dominierter Kongress dem von Präsident Wilson gewünschten Beitritt zum von ihm selbst initiierten Völkerbund eine Absage erteilte. Anders als in vielen präsidentiellen

⁵⁵ Peter G. Richards, *Parliament and foreign affairs* (Toronto: University of Toronto Press, 1967), 13.

Systemen wie den USA gibt es in parlamentarischen Regierungssystemen wie dem deutschen schon systembedingt eine sehr enge Verschränkung zwischen der Regierung und der sie stützenden Parlamentsmehrheit. Doch auch hier würden wohl viele die Tatsache, dass aufgrund der Exekutivdominanz Parlament und Opposition zumeist nicht in hohem Maße in die Entscheidungsprozesse eingebunden sind, als demokratisches Defizit bewerten.

Als semipräsidentielles System stellt das Frankreich der Fünften Republik eine Mischform aus präsidentiellem und parlamentarischem Regierungssystem dar, in dem der Präsident ebenfalls eine sehr starke Position in außenpolitischen Angelegenheiten genießt. Diese institutionelle Ordnung wurde in den frühen 1960er Jahren unter anderem deshalb geschaffen, um die als polarisierend und lähmend empfundenen Parteiengegensätze zu entschärfen, die die Vierte Republik im Zuge der Entwicklungen in Algerien in eine schwere Krise gestürzt hatten.⁵⁶ Gleichzeitig versuchte Präsident Charles de Gaulle sein beträchtliches außenpolitisches Pouvoir in der Frühphase der Fünften Republik dazu zu nutzen, den Status von Frankreich als Weltmacht zu festigen bzw. wiederzuerlangen. Dies fand unter anderem in Initiativen zur Erlangung einer Führungsrolle in der Nato sowie der Schaffung einer eigenen Nuklearstreitmacht seinen Ausdruck.⁵⁷ Am Beispiel einer Nuklearstreitmacht lässt sich auch ein weiterer, ebenfalls schon von Tocqueville adressierter Grund festmachen, warum außenpolitisches Agieren nur eingeschränkt den traditionellen Spielregeln in einem demokratischen System folgt: In Diplomatie und Sicherheitspolitik kann Diskretion ein Wert von kaum zu unterschätzender Bedeutung sein. Dies zieht wiederum ein interessantes Paradoxon nach sich, nämlich, dass gerade manche der wichtigsten außenpolitischen Weichenstellungen nie oder nur mit erheblicher Verspätung an die demokratische Öffentlichkeit gelangen. Dies trifft nicht nur auf hochsensible militärische Aktivitäten wie den Aufbau einer Nuklearstreitmacht zu, sondern mitunter auch auf die Bündnispolitik.

Auch anderen großen Wegbereitern der Demokratietheorie neben Alexis de Tocqueville sind die spezifischen Charakteristika der Außenpolitik nicht verborgen geblieben. John Locke etwa hat deshalb für außen- und sicherheitspolitische Angelegenheiten neben der exekutiven und der legislativen noch die föderative Gewalt als Begriff eingeführt. Diese muss, in Ermangelung von universell anwendbaren Gesetzen, durch kompetente Entscheidungsträger verkörpert werden: *„Im Falle der föderativen Gewalt sind nicht Gesetze die Richtschnur, sondern Klugheit und*

⁵⁶ Vgl. Saage, *Demokratietheorien*, 16.

⁵⁷ Wichard Woyke, „Frankreich,“ in *Handbuch der Außenpolitik- von Afghanistan bis Zypern*, ed. Jürgen Bellers, Thorsten Benner, and Ines Gerke (München: R. Oldenbourg Verlag, 2001), 81f.

*Handeln nach bestem Wissen und Können.*⁵⁸ Dabei dürfen sich die politischen Entscheidungsträger bei Locke sogar über Gesetze hinwegsetzen, was modernen Vorstellungen zuwiderläuft.⁵⁹ Personell ist die föderative Gewalt allerdings auch bei Locke keine unabhängige Entität, sondern in der Regel bei der Exekutive angesiedelt.⁶⁰

Die Dominanz der Exekutive in der Außenpolitik lebt bis heute fort, hat sich allerdings Beobachtern zufolge in den letzten Jahrzehnten abgeschwächt. Die Gründe dafür sind vielfältig. So hat der moderne Multilateralismus die hervorgehobene Position der Exekutive aufgeweicht, da viele völkerrechtliche Verträge und Abkommen durch Parlamente bestätigt oder in nationales Recht gegossen werden müssen. Neben den großen internationalen Organisationen üben zudem auch nichtstaatliche Akteure einen immer größeren Einfluss in der internationalen Politik aus. Schließlich haben auch die Globalisierung und nicht zuletzt die kommunikationstechnischen Innovationen der letzten eineinhalb Jahrhunderte dazu geführt, dass sich das Verhältnis der demokratischen Öffentlichkeit zur Außenpolitik verändert hat. Von den ersten Kriegsfotographien im Krim-Krieg bis zum Internet und den sozialen Netzwerken hat sich gewissermaßen eine Demokratisierung der Informationsbereitstellung ereignet. Während die Möglichkeiten zur Übermittlung von Nachrichten über große Distanzen in der Hochphase der kolonialen Expansion im späten 19. Jahrhundert beschränkt waren und vergleichsweise einfach durch staatliche Akteure gesteuert werden konnte, stehen heute eine Vielzahl von Kanälen zur Verfügung, die selbst von BürgerInnen genutzt werden können, die weder eine staatliche Funktion ausüben noch der journalistischen Profession angehören. Die plastische und damit auch sehr breitenwirksame Informationsbereitstellung über Medien wie das Fernsehen hat ebenfalls dazu beigetragen, dass sich auch eine starke Exekutive intensiv mit der öffentlichen Meinung auseinandersetzen muss.⁶¹

2.5 Ein demokratiethoretischer Zugang zur Außenpolitik

Wie gestaltet sich nun ein Demokratisierungsprozess in einem Teilbereich der Politik, der, wie schon die Urväter der Demokratietheorien angemerkt haben, eigene Gesetzmäßigkeiten aufweist? Im Allgemeinen lassen die Dominanz der Exekutive und der hohe Grad der

⁵⁸ Schmidt, *Demokratietheorien- Eine Einführung*, 61.

⁵⁹ Vgl. Richards, *Parliament and foreign affairs*, 16f.

⁶⁰ Vgl. Schmidt, *Demokratietheorien- Eine Einführung*, 61.

⁶¹ Vgl. Theodore C. Sorensen, "Foreign Policy in a Presidential Democracy," *Political Science Quarterly* 109, no. 3 (July 1994): 525-527.

Professionalisierung nicht erwarten, dass BürgerInnen in substantiellem Ausmaß direkt an außenpolitischen Entscheidungen teilhaben können. Wenn man also unterschiedliche Politikfelder anhand des Partizipationsgrades breiterer Bevölkerungsschichten einordnen müsste, würde man Außen- und Sicherheitspolitik in der Regel als eine der im landläufigen Sinne weniger stark Demokratisierungs-fähigen Bereiche klassifizieren, schon allein ob der Tatsache, dass außenpolitisches Handeln in Interaktion mit anderen Staaten erfolgt. All dies legt den Schluss nahe, dass die Außenpolitik im Vergleich zu anderen Politikbereichen einen eher elitären und wenig partizipationsfreudigen Charakter aufweist. Ein auf einen Demokratisierungsprozess angewendetes Analyseschema muss dieser Eigenheit Rechnung tragen, um zu präzisen Ergebnissen zu gelangen. Im nächsten Abschnitt wird daher ein theoretischer Leitfaden für die Analyse abgesteckt werden, basierend auf den Aspekten der Repräsentation und der Responsivität.

2.5.1 Außenpolitik und Repräsentation

Zunächst ist noch einmal festzuhalten, dass die Außenpolitik zwar besondere Wesensmerkmale aufweist, sie aber selbstverständlich in den allgemeinen demokratiepolitischen Prozess eingebettet ist. Eine Demokratisierung der Außenpolitik spielt sich also gewissermaßen auf zwei Ebenen ab: Zum einen ist sie Teil der allgemeinen Transition, zum anderen kann sie sich auch in den ihr eigenen Institutionen und im Hinblick auf genuin-außenpolitische Inhalte vollziehen. Diesem Doppelcharakter des außenpolitischen Demokratisierungsprozesses soll dann auch in den beiden Teilen zur Entwicklung im Frankreich der Dritten Republik Rechnung getragen werden. So wird der an die theoretischen Überlegungen anschließende Abschnitt die während der ersten Jahrzehnte der Dritten Republik stattfindende Demokratisierung in ihrer Gesamtheit beleuchten, um anschließend die Außenpolitik selbst in mehreren Facetten genauer unter die Lupe zu nehmen. Diese zweistufige Vorgehensweise soll es auch gleichzeitig ermöglichen, die außenpolitischen Entwicklungen, die im dritten Teil der Fallstudie im Mittelpunkt stehen werden, in den historischen Kontext zu setzen.

Wenn man die Außenpolitik genau unter die Lupe nimmt, stellt sich die Frage, welche Institutionen und Strukturen innerhalb des politischen Gesamtsystems für die Außenpolitik relevant sind und auf welche dies nicht oder nur kaum zutrifft. In diesem Zusammenhang kann wiederum auf die basale Einteilung in politische Inputs und Outputs zurückgegriffen werden, die bereits im Abschnitt zu den Demokratisierungstheorien genauer thematisiert wurde. Bei modernen demokratischen Systemen handelt es sich um repräsentative Demokratien, d.h., die

Herrschaftsausübung erfolgt nur in Ausnahmefällen direkt durch das Volk, gemeinhin aber durch vom Volk demokratisch legitimierte RepräsentantInnen. Diese Repräsentation wird durch Wahlen sichergestellt, wobei die Exekutive entweder, wie in Präsidialsystemen üblich, direkt gewählt wird oder indirekt durch Unterstützung oder zumindest Duldung einer aus Wahlen hervorgegangenen Parlamentsmehrheit gebildet wird. Der Außenminister bzw. die Außenministerin als oberste Instanz in seinem Feld ist Teil dieser Exekutive und damit auch in den allgemeinen politischen Wettbewerb eingebunden. Im Hinblick auf die Herstellung der Repräsentation sind also die allgemeinen Vorgänge im demokratischen System und die Außenpolitik-spezifischen in der Regel deckungsgleich. Auf der Output-Ebene des politischen Systems gestaltet sich die Situation anders. Grundsätzlich ist es möglich, die Ergebnisse legislativen und exekutiven Handelns aus verschiedenen Politikbereichen getrennt voneinander zu erfassen: Es könnten also unterschiedliche Parameter, von der wirtschaftlichen Performance bis zur Pressefreiheit, identifiziert werden, um den Output in verschiedenen Politikfeldern zu messen. Diese können dann wieder zu einem Gesamttaggregat vereinigt werden, wie es beispielsweise im Rahmen von einigen Demokratieindizes geschieht. Die Auswirkungen der Outputs aus anderen Politikfeldern auf die Außenpolitik sind oft, sofern es sie überhaupt gibt, nur mittelbarer Natur. Insofern macht es in Bezug auf die allgemeine Dimension der Demokratisierung zunächst einmal Sinn, ein auf die Analyse der Außenpolitik abzielendes Modell auf inputorientierte bzw. prozedurale Theorien als Leitfaden zu beschränken.

Hier erscheinen die von Diamond als dünn bzw. intermediär bezeichneten Demokratisierungstheorien als adäquates Instrument zur Analyse, da sich mit ihnen die Herstellung der Repräsentation sehr gut greifen lässt. Robert Dahls Zwei-Faktoren-Modell kann in seiner Konzentration auf die prozedurale Dimension eine systematische Erfassung der grundsätzlichen Abläufe innerhalb eines demokratischen Systems ermöglichen. Prinzipiell wäre aber auch die elektorale Demokratietheorie von Joseph Schumpeter geeignet, als demokratietheoretischer Wegweiser zu fungieren, nicht zuletzt deswegen, weil sie große Ähnlichkeiten zu Dahls Modell aufweist. So ist neben dem Wettbewerb auch die zweite Dimension Dahls, die der Partizipation, de facto bei Schumpeter vorhanden, wenngleich sie dort nur implizit Eingang ins Modell gefunden hat.⁶² Das rechtsstaatliche Element, Kernkriterium zur Bewertung moderner Demokratien, ist im Bereich der Außenpolitik ob der Dominanz der Exekutive und der Orientierung nach außen vergleichsweise wenig bedeutend. Das von Diamond selbst propagierte dicke Theoriekonzept der liberalen Demokratie erscheint

⁶² Vgl. Roller, "Konzeptualisierung von Demokratie," 349.

aus analytischer Sicht für das Feld der Außenpolitik daher etwas überladen, auch wenn sich die allgemeine Demokratiequalität in entwickelten, kontemporären politischen Systemen mit seiner Hilfe gut erfassen lässt. Ebenfalls für eine Beschränkung auf prozedurale Ansätze spricht, dass damit das bereits angesprochene Dilemma bei der Suche geeigneter normativer Kriterien für Output-orientierte Bewertungen umgangen wird. In Bezug auf etwaige sozioökonomische Kriterien wäre dabei der niedrige Stand der wirtschaftlichen Entwicklung hinderlich, den Frankreich in den 1870er Jahren trotz der beginnenden Industrialisierung aufwies. Noch schwerer wiegen allerdings die völlig konträren Welt- und Wertebilder, die das Denken jener Epoche geprägt haben. Diese brachten Begleiterscheinungen mit sich, die mit den gängigen moralischen Vorstellungen der Gegenwart nicht vereinbar sind: Zum Ausschluss der weiblichen Bevölkerungshälfte von der politischen Partizipation kommen im Feld der Außenpolitik als „Schandflecke“ jener Epoche auch die mannigfaltigen Begleiterscheinungen der kolonialen Expansion hinzu, welche vielerorts mit brutalen Repressalien und der völligen Entrechtung der lokalen Bevölkerung einherging. Das politische Handeln der 1870er und 1880er Jahre an den heute dominanten Menschenrechtsidealen messen zu wollen, wäre ob der großen Diskrepanz zwischen dem Sein des 19. und dem Sollen des 21. Jahrhunderts nicht besonders ergiebig. Für die Analyse des Demokratisierungsprozesses der 1870er- und 1880er Jahre ist es also gehaltvoller, einen historisch fundierten Zugang zu wählen, der zeitlichen und räumlichen Umgebungsvariablen Rechnung trägt. Schließlich und endlich wird der Prozess der Demokratisierung in der frühen Dritten Republik anhand seiner im Zweiten Kaiserreich gelegten Ausgangsbasis bemessen, nicht anhand von modernen normativen Kriterien.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren: In demokratischen Systemen ist die Außenpolitik in den allgemeinen elektoralen Prozess eingebunden, dem Dreh- und Angelpunkt der repräsentativen Demokratie der Moderne. Im Hinblick auf die Außenpolitik in demokratischen Systemen legen also die Exekutivdominanz auf institutioneller Ebene sowie die Anforderungen des historischen Kontextes zunächst einmal eine Beschränkung auf dünne bzw. intermediäre Demokratiekonzepte nahe, die die prozedurale Dimension in den Mittelpunkt rücken. Für die Beschreibung des allgemeinen Demokratisierungsprozesses im zweiten Teil lassen sich daher in Anlehnung an Robert Dahls Modell zwei analytische Leitfragen formulieren: Wie gestaltet sich der politische Wettbewerb und wer partizipiert an den demokratischen Praktiken? Anhand dieser beiden Indikatoren lässt sich bemessen, ob eine auf dem Grundsatz der demokratischen Repräsentation beruhende Teilhabe der Bevölkerung im politischen Gesamtsystem überhaupt gegeben ist und wie diese auf den politischen Prozess rückwirkt.

2.5.2 Von der Repräsentation zur Responsivität:

Die dünnen bzw. intermediären demokratietheoretischen Konzepten eigene Fokussierung auf die Wahlen als Kernmerkmal demokratischer Repräsentation kann sehr zweckdienlich darin sein, den Demokratisierungsgrad eines Staates in der historischen Rückschau oder auch im internationalen Vergleich zu erfassen. Die damit verbundene Konzentration auf die Dimensionen von Polity und Politics allein wäre allerdings im Zusammenhang mit einer auf ein spezifisches Politikfeld bezogenen Analyse analytisch nicht besonders ergiebig. Um die direkt mit der Außenpolitik in Verbindung stehenden Auswirkungen der Demokratisierung unter die Lupe nehmen zu können, werden im Zuge der Untersuchung also neben dem elektoralen Wettbewerb und der Partizipation zwei weitere Elemente ins Blickfeld gerückt: Dies ist zum einen die Art und Weise, wie die Demokratisierung in die außenpolitischen Institutionen ausgestrahlt hat – man könnte in diesem Zusammenhang von einer bereichsspezifischen Repräsentation sprechen. Zum anderen ist dies die Responsivität als Schlüsselaspekt des politischen Diskurses.

Um die Bedeutung der Responsivität in demokratischen Systemen zu erfassen, ist es zunächst sinnvoll, die Mängel einer rein prozedural verstandenen Form der demokratischen Repräsentation aufzugreifen. Robert Dahl selbst hat die Repräsentation als „the sorry substitute for the real thing“ bezeichnet, im Wissen, dass an dieser in der politischen Praxis dennoch fast kein Weg vorbei führt.⁶³ Auch wenn die repräsentative Demokratie im modernen Flächenstaat zum Inbegriff der Demokratie selbst wurde, sind auch mit ihr unterschiedliche Problematiken verknüpft, etwa die Wahrung der Interessen des Volkes durch die handelnden politischen Akteure. Ähnlich wie in wirtschaftlichen Unternehmen existiert auch in der Politik ein Prinzipal-Agenten-Konflikt, wobei der Prinzipal vom Wahlvolk, der Agent von Regierung und Parlament verkörpert wird. Wie Polke bemerkt, kann sich der Prinzipal nie gänzlich sicher sein, ob der Agent tatsächlich seine Interessen vertreten wird.⁶⁴ Ein auf prozeduraler Ebene funktionierender politischer Wettbewerb in Gestalt von regelmäßigen, freien und gleichen Wahlen garantiert noch nicht automatisch, dass die Präferenzen der Bevölkerung in unterschiedlichen Sachfragen tatsächlich Berücksichtigung finden. An dieser Stelle kommt also neben dem Begriff der Repräsentation auch jener der Responsivität ins Spiel, den Holtman im politischen Kontext als „*Offenheit gegenüber gesellschaftlichen Bedürfnissen, verbunden mit*

⁶³ Vgl. Oliver Lembcke, „Theorie demokratischer Repräsentationen,“ in *Zeitgenössische Demokratietheorie: Band 2: Empirische Demokratietheorie*, ed. Oliver Lembcke, Claudia Ritzi, and Gary S. Schaal (Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2016), 23.

⁶⁴ Vgl. Lembcke, „Theorie demokratischer Repräsentationen,“ 39f.

der Bereitschaft zur Problemlösung im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Konsenses, auf dem Wege der Rückkopplung der Regierenden an die Interessen der Regierten“ definiert.⁶⁵ Ein hoher Grad an Responsivität bedeutet also, dass die Entscheidungspositionen einnehmenden politischen AkteurInnen sich in ihrem Handeln an den Präferenzen der Bevölkerung orientieren. Als Voraussetzung für Responsivität im demokratischen Wettbewerb können die vier von Bartoli aufgestellten Kriterien herangezogen werden. So müssen Wahlen zunächst einmal frei und fair sein (contestability) und die Abwählbarkeit von KandidatInnen prinzipiell gewährleisten (vulnerability). Gleichzeitig müssen die WählerInnen aber auch bereit sein, ihre Präferenzen zu ändern (availability). Um dies zu gewährleisten, ist auch eine programmatische Unterscheidbarkeit auf Seiten der Parteien oder der Kandidaten vonnöten (decidability).⁶⁶

In regelmäßigen Abstand stattfindende freie Wahlen dienen in demokratischen Systemen also zum einen der Herstellung demokratischer Repräsentation. Zugleich sind sie als Feedback-Mechanismus eine der Grundvoraussetzungen für demokratische Responsivität. Die Konzentration auf die Wahlen als „Hochamt der Demokratie“, die auch den prozeduralen Demokratietheorien eigen ist, sollte aber nicht darüber hinwegtauschen, dass die politische Auseinandersetzung in demokratischen Systemen de facto kontinuierlich erfolgt. Das Phänomen der demokratischen Öffentlichkeit, in der die mehr oder weniger umfangreiche Beschäftigung mit der Tagespolitik für weite Teile der Bevölkerung zum Alltag gehört, ist einer der Grundpfeiler der Politik der Moderne. Dieser Rahmen ist es auch, in dem die meisten der inhaltsbezogenen politischen Debatten stattfinden: „*The means of politics proper is undoubtedly speech.*“⁶⁷ Stetiger politischer Wettbewerb untereinander und sich verändernde Rahmenbedingungen zwingen die handelnden Akteure dazu, ihre eigenen Haltungen immer wieder zu rechtfertigen oder gegebenenfalls auch zu revidieren. Zudem sind Parteien in der politischen Praxis keine abgeschlossenen Entitäten, sondern selbst in der Gesellschaft verankert, auch wenn das Ausmaß dieser Verankerung in der breiten Bevölkerung je nach Parteityp (Honoratiorenpartei, Massenpartei) stark differieren kann. Die Betrachtung des politischen Diskurses ermöglicht es auch, einzelne Policy-Felder gezielt in den Blick zu nehmen und damit inhaltliche Teilbereiche genauer untersuchen zu können. Für den Untersuchungszeitraum des 19. Jahrhunderts ist dies umso bedeutender, weil damals noch keine

⁶⁵ Everhard Holtmann, *Politik-Lexikon* (München: Oldenbourg, 2000), 606.

⁶⁶ Vgl. Frank. Decker, „Das demokratische System als Parteiensystem,“ in *Zeitgenössische Demokratietheorie: Band 2: Empirische Demokratietheorien*, ed. Oliver W. Lembcke, Claudia Ritzi, and Gary S. Schaal (Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2016), 72.

⁶⁷ Palonen, Kari, ed., *The Ashgate research companion to the politics of democratization in Europe* (Farnham: Ashgate, 2008), 4.

eingehenden empirischen Untersuchungen zu Wahlmotiven und Werthaltungen vorgenommen wurden. Welche Bedeutung außenpolitische Positionen von Parteien und Kandidaten für ihre Wähler hatten, lässt sich empirisch also nicht anhand von Nachwahlbefragungen und Panelstudien ablesen, sondern muss anhand anderer Kriterien herausgearbeitet werden.

Neben den institutionellen Eigenheiten, die der Außenpolitik eine spezielle Rolle in der Demokratie zuweisen, stellt sich also auch die Frage, inwieweit außenpolitische Themenstellungen in der allgemeinen politischen Debatte Einzug halten. Es könnte dabei auch zur Einschränkung kommen, dass die inhaltlichen Auseinandersetzungen in als bedeutender wahrgenommenen Politikfeldern jene zur Außenpolitik überlagern. Dadurch würde auch die Responsivität im Hinblick auf außenpolitische Programme oder Ereignisse der internationalen Politik beeinträchtigt. Die Bewertung des außenpolitischen Handelns durch den demokratischen Souverän würde sich de facto nicht in Wahlergebnissen und damit in der Repräsentation widerspiegeln, weil Haltung und Performance der politischen Akteure in anderen Fragen sehr viel stärker gewichtet werden. Dies würde wiederum im Umkehrschluss bedeuten, dass der öffentlichen Meinung zu außenpolitischen Fragen keine große Bedeutung beigemessen werden müsste.

Prinzipiell ist kein Politikfeld vor diesem Schicksal gefeit. Und tatsächlich lassen sich gerade in der politikgeschichtlichen Rückschau viele Indizien finden, die für eine klare Priorisierung mancher Themen und Konflikte über andere sprechen. Das traditionelle europäische Parteiensystem hat sich primär um sozioökonomische und weltanschauliche Gegensätze entsponnen, wobei laut Untersuchungen von Arend Lijphart vor allem die Klassenzugehörigkeit konstitutiv für die politischen Affiliationen war.⁶⁸ In vielen europäischen Staaten kam es in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur Entstehung zweier großer politischer Lager, einem sozialistischen und einem konservativen. Ersteres vertrat vor allem die Interessen der wachsenden und gut organisierten Arbeiterschaft, während konservative Parteien sowohl bürgerliche als auch bäuerlich-ländliche Schichten ansprechen konnten. Die außenpolitischen Haltungen von Parteien hingegen spielten in der Herausbildung der großen Parteienfamilien zumeist nur eine nachgeordnete Rolle. Eine gewisse Ausnahme stellen aus dem rechten Spektrum stammende Parteien oder politische Bewegungen dar, die ein irredentistisches oder revanchistisches Gedankengut ins Zentrum ihrer politischen

⁶⁸ Vgl. Jürgen Winkler, "Parteien und Parteiensysteme," in *Vergleichende Regierungslehre: Eine Einführung*, ed. Hans-Joachim Lauth (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010), 229f.

Bestrebungen gerückt haben. Dies trifft neben den bekanntesten Beispielen aus dem Deutschen Reich der Zwischenkriegszeit auch auf Strömungen in Italien und auch auf den französischen Boulangismus der zweiten Hälfte der 1880er Jahre zu. So war es gerade ein aggressiver, nach außen gerichteter Nationalismus, der neben dem virulenten Antisemitismus zum Hauptmerkmal von rechtsextremen Parteien jener Periode wurde.

Im Grunde genommen kann aber postuliert werden: Je höher ein Politikfeld in der gesellschaftlichen Prioritätenordnung rangiert, desto geringer sollte unter normalen Umständen das Problem der Überlagerung durch andere Themen ausgeprägt sein. Gerade für die Periode des ausgehenden 19. Jahrhunderts lassen sich mehrere Einflussfaktoren ausfindig machen, die ein solches Zurücktreten der Außenpolitik in der politischen Präferenzordnung des Elektorats weniger wahrscheinlich machen, als es etwa gegenwärtig in einem Staat wie Österreich der Fall ist. Dies ist zum Teil auf den in fast allen politischen Lagern ausgeprägten Nationalismus sowie auf den imperialistischen Zeitgeist zurückzuführen. Die Führungen der imperialen Großmächte, die in fast allen Teilen der Welt militärisch aktiv waren, hatten außenpolitische Entscheidungen von einer immensen Tragweite zu treffen, insbesondere in sicherheitspolitischen Belangen. Auch liegt es in der Natur einer kolonialen Expansionspolitik, dass die Grenzen zwischen Außenpolitik und Innenpolitik verschwimmen und bisweilen überhaupt nur mehr sehr schwer auszumachen sind. Vorkommisse in Tausenden von Kilometern entfernten Weltregionen werden somit zu Fragen von nationaler Relevanz. Neben der kolonialen Expansion fand auch das historische „Trauma“ des Verlustes von Elsass-Lothringen Eingang die öffentliche Debatte Frankreichs. Im Verlauf der ersten Jahrzehnte der Dritten Republik wurde das Thema im politischen Diskurs teils bewusst mit Verschwiegenheit bedacht, um erneuten Auseinandersetzungen mit Deutschland vorzubeugen. Hiervon zeugt etwa Léon Gambettas berühmt gewordener Ausspruch „Nicht sprechen, niemals vergessen.“⁶⁹

Wie Bartoli ausführt, ist die politische Responsivität auch von den Strukturen des Parteiensystems abhängig. In dieser Hinsicht weist das Frankreich der Dritten Republik interessante Eigenheiten auf, die im folgenden Teil als Kernmerkmal des politischen Wettbewerbs noch eingehender erläutert werden. Allgemein lässt sich konstatieren, dass das französische Parteiensystem in den ersten Jahrzehnten der Dritten Republik noch im Entstehen begriffen war und dabei große Veränderungen durchlebte. Eine über Jahrzehnte andauernde Zweiteilung der Wählerschaft in einen christdemokratischen und einen sozialdemokratischen

⁶⁹ Georg Kreis, *Frankreichs republikanische Großmachtpolitik 1870-1914: Innenansicht einer Außenpolitik* (Mainz: Zabern, 2007), 41.

Block existierte in Frankreich nicht. Für die Wähler gab es, zumindest in ihrer Gesamtheit, bei Vorliegen von Dissens mit den politischen Entscheidungsträgern Ausweichmöglichkeiten, teils innerhalb des ideologischen Lagers, teils außerhalb. Das bedeutet nicht, dass jene Cleavages, die von Lipset/Rokkan als konstitutiv für die westlichen Parteiensysteme definiert wurden, (Zentrum vs. Peripherie, Staat vs. Kirche, Land vs. Stadt, Arbeit vs. Kapital) in Frankreich politisch keine Rolle gespielt haben.⁷⁰ In manchen Streitfragen wie etwa rund um die Rolle der Kirche im Staat wurden diese sogar sehr markant sichtbar. Eine durch große Volksparteien verkörperte Dominanz der Klassenfrage im politischen System lässt sich aber für die frühe Dritte Republik nicht ausmachen. Die Struktur der politischen Lager, die nach der Ausrufung der Dritten Republik um die Vormachtstellung rangen, war in den ersten eineinhalb Jahrzehnten noch in hohem Maße durch die historischen Konflikte des vorangegangenen Jahrhunderts bestimmt.

3. Die demokratische Transition in Frankreich zwischen 1870 und 1885

Im folgenden Abschnitt soll der Prozess der politischen Transition in Frankreich während der ersten knapp eineinhalb Jahrzehnten nach dem Ende des Second Empires in den Blick genommen werden. Im Feld der Demokratisierungsforschung haben mehrere Phasenmodelle Verbreitung gefunden, mit deren Hilfe der demokratische Übergang in einem Staat strukturiert greifbar gemacht werden kann. Wolfgang Merkel etwa unterscheidet im Groben zwischen drei Transformationsphasen, den Niedergang des autokratischen Systems, die Phase der Demokratisierung sowie jene der Konsolidierung.⁷¹ Als Schwelle des Übergangs von der Autokratie- zur Demokratiephase gilt dabei, dass die Herrschaft der alten Elite durch eine nach demokratischen Spielregeln operierende abgelöst wird. Die anschließende Demokratisierungsphase ist jener „*Abschnitt innerhalb eines Systemwechsels, in dem die neuen demokratischen Institutionen etabliert werden.*“⁷² Abgeschlossen wird sie mit der Verabschiedung einer Verfassung, was in Frankreich der Dritten Republik im Jahr 1875 der Fall war. Die Konsolidierungsphase ist durch eine mehrstufige Entwicklung gekennzeichnet,

⁷⁰ Vgl. Rüdiger Schmitt-Beck, "Seymour M. Lipset/Stein Rokkan (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York/London 1967," in *Schlüsselwerke der Politikwissenschaft*, ed. Steffen Kailitz (Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften, 2007), 252.

⁷¹ Vgl. Merkel and Thiery, "Systemwechsel," 199-205.

⁷² Ebd., 201.

die von der Etablierung der zentralen Verfassungsinstitutionen über die Herausbildung intermediärer Strukturen und die Einbindung informeller Akteure bis hin zur Ausbildung einer „Civic Culture“ im Sinne von Almond/Verba reicht.⁷³ Dankwart Rustow wiederum unterscheidet in seinem dynamischen Modell der Transition zwischen vier Phasen. Dies sind die „Background Conditions“, die „Preparatory Phase“, die „Decision Phase“ sowie die „Habituation Phase“ als Periode der Konsolidierung. Als unabdingliche „Background Condition“ wird dabei das Vorhandensein eines Gefühls der nationalen Einheit klassifiziert, während die anderen drei Phasen in groben Zügen jenen von Merkels Modell entsprechen.⁷⁴

Die Anwendung von Phasenmodellen auf reale historische Entwicklungen lässt für gewöhnlich einen beträchtlichen Interpretationsspielraum. Je nachdem, wie bestimmte Faktoren gewichtet werden, können dabei divergierende Periodisierungen entstehen. So wird selbst die eigentliche Begründung der Dritten Republik in der französischen Historiographie an sehr unterschiedlichen Zeitpunkten ausgemacht: Die Spanne reicht dabei vom Ende des Second Empires 1870 bis zur Verabschiedung der weitreichenden liberalen Reformen unter der Regierung Ferrys im Jahr 1884.⁷⁵ Tatsächlich war das politische System Frankreichs in jenen knapp 15 Jahren noch sehr großen Transformationen unterworfen, um dann später einen deutlich trägeren Charakter anzunehmen. Es erscheint daher sinnvoll, den Zeitraum vom September 1870 bis in die Mitte der 1880er Jahre als Periode der demokratischen Transition zu definieren. Die Politisierung der französischen Gesellschaft lässt sich dabei sehr gut als Resultat jener breiten gesellschaftlichen Entwicklungen erklären, die im Anschluss an die Revolution von statten gegangen sind. In Anlehnung an Dankwart Rustows Modell wird daher der Auseinandersetzung mit den Vorbedingungen der Demokratisierung der 1870er Jahre eine gewichtige Rolle zukommen, wobei die Analyse nicht auf ein Gefühl der nationalen Einheit als alleinige Vorbedingung beschränkt bleiben soll. Dies soll dabei helfen, den Charakter des politischen Wettbewerbs in der frühen Dritten Republik zu erfassen.

3.1 Die Vorbedingungen der Demokratisierung

Für die Zeitperiode zwischen 1789 und 1870 lässt sich das historische Kuriosum ausmachen, dass Frankreich gleich zwei Mal dieselbe Abfolge von Herrschaftsformen durchlief: Dabei

⁷³ Vgl. ebd., 203ff.

⁷⁴ Vgl. Rustow, *Transitions to Democracy*, 25-35.

⁷⁵ Vgl. Sudhir Hazareesingh, *From Subject to Citizen: the Second Empire and the Emergence of Modern French Democracy* (Princeton: Princeton University Press, 2014), 313.

wurde die absolutistische Herrschaft der Bourbonen (Ludwig XVI/ Karl X) zunächst von einer konstitutionellen Monarchie (1791-1792/ 1830-1848) abgelöst. Daran anschließend folgte jeweils ein Systemwechsel zur Republik (1792 und 1848), um schließlich in einer bonapartistischen Einzelherrschaft (1799-1814, 1852-1870) zu münden, welche dann in einem Krieg gegen andere europäische Mächte ein jähes Ende fand. Dieser Zyklus inspirierte Karl Marx zu seinem berühmten, auf Louis-Napoleons Machtergreifung bezogenes Diktum, dass sich geschichtliche Ereignisse zwei Mal ereignen würden – beim ersten Mal als Tragödie, beim zweiten Mal als Farce.⁷⁶ Während sich die Demokratisierung in vielen Ländern Nord- und Westeuropas als langwieriger Prozess vollzog, in dem das Herrscherhaus und die mächtigen Institutionen schrittweise Macht an die Bevölkerung delegierten, durchlebte Frankreich zwischen 1789 und 1870 also eine Aneinanderreihung von unterschiedlichen Herrschaftssystemen. In den frühen 1870er Jahren waren die bedeutendsten politischen Kräfte noch immer jene, die die französische Politik schon in den vorangegangenen Jahrzehnten geprägt und die Geschehnisse des Landes jeweils für einen bestimmten Zeitraum inne gehabt hatten: Neben den Republikanern waren dies die Legitimisten als Verfechter der althergebrachten bourbonischen Königsherrschaft, die Orléanisten als Befürworter einer konstitutionellen Monarchie sowie die Bonapartisten als Unterstützer der napoleonischen Einzelherrschaft. Die Turbulenzen, die Frankreich in den Jahrzehnten nach der Revolution heimsuchten, hinterließen tiefe Wunden im Land. Nicht selten ging mit den politischen Auseinandersetzungen auch ein sehr hoher Blutzoll einher, wobei der Bogen der Gewalt vom jakobinischen Terreur und dem mit großer Brutalität geführten Bürgerkrieg in der Vendée über die napoleonischen Kriege bis hin zur Niederschlagung der Pariser Kommune reicht. Man täte aber fehl daran, die Periode nach der Revolution einzig und allein als Abfolge gescheiterter politischer Experimente und Restaurationen zu betrachten. Trotz aller Instabilität fand im 19. Jahrhundert eine schrittweise Ausweitung der politischen Rechte auf breite Bevölkerungsschichten statt.⁷⁷ Dies trug dazu bei, dass viele der politischen Institutionen und Praktiken in den ersten Jahren der Dritten Republik bereits tief verwurzelt waren.

Auch das in der geschichtswissenschaftlichen Rezeption nur selten positiv beurteilte Zweite Kaiserreich hatte einen Anteil an diesen Entwicklungen, obgleich es sich bei der Herrschaft von Louis-Napoleon in wesentlichen Zügen um ein autoritäres Regime handelte. Louis-Napoleon war 1851 von der überwältigenden Mehrheit der Wahlberechtigten ins Präsidentenamt gewählt

⁷⁶ Vgl. Karl Marx and Friedrich Engels, *The 18th Brumaire of Louis Bonaparte* (London: Electric Book Co., 2001), 7.

⁷⁷ Vgl. David Thomson, *Democracy in France since 1870* (5. London: Oxford University Press, 1969), 17.

worden und hatte sich die Legitimität seiner Herrschaft nach seinem Staatsstreich im Jahr 1852 mehrere Male durch Volksabstimmungen bestätigen zu lassen versucht. Die demokratischen Versammlungen blieben zwar bestehen, verloren jedoch erheblich an Einfluss. Der scheindemokratische Charakter der Herrschaft Louis-Napoleons blieb auch vielen seiner Zeitgenossen nicht verborgen. Ferdinand Lasalle etwa bemerkte zum Zweiten Kaiserreich: *„Durch Irreführung unaufgeklärter Massen und durch geschickte Ausnutzung vorübergehender Volksstimmungen konnte sich eine großkapitalistische oder militärische Richtung auch unter dem allgemeinen Wahlrecht eine Mehrheit verschaffen. Die herrschende Klasse hatte dann die Armee, die Polizei und die Justiz zur Verfügung, und sie konnte sich außerdem noch auf den Spruch der Demokratie bei der Wahl berufen.“*⁷⁸ Das Beispiel des „Second Empires“ hielt weder den britischen Konservativen Benjamin Disraeli noch Bismarck in Preußen davon ab, das Wahlrecht auszuweiten, zeigte es doch, dass man Volksstimmungen politisch auch geschickt für die eigenen Zwecke instrumentalisieren konnte.⁷⁹

Louis-Napoleon versuchte seine diktatorische Herrschaft auf dem Wege einer „identitären Repräsentation“ zu legitimieren, indem er Kaiser und Volk rhetorisch gleichsetzte.⁸⁰ Wie bereits im Teil zu den von Scharpf postulierten Zielkonflikten der Demokratie angeklungen ist, befinden sich die beiden Begriffe der Identität und der Repräsentation in einem widersprüchlichen Verhältnis zueinander und sind damit de facto unvereinbar.⁸¹ Praktisch lief das Regieren im Sinne einer „identitären Repräsentation“ darauf hinaus, dass Louis-Napoleon mehrere große Plebiszite abhielt und sich in seiner Politik stark von den Stimmungen leiten ließ, die in weiten Teilen der Bevölkerung prävalent zu sein schienen. Auch hier hatte der noch berühmtere Onkel die Blaupause geliefert: Schon Napoleon I war nach außen hin stets bemüht, seine enge Verbundenheit zum einfachen Volk zum Ausdruck zu bringen, womit er das Erbe der Revolution für sich vereinnahmen konnte. Louis-Napoleons erdrutschartiger Wahlsieg bei den Präsidentschaftswahlen 1851, als er mit 5,5 Millionen Wählern viermal so viele Stimmen erhalten hatte wie sein schärfster Konkurrent Louis-Eugène Cavaignac, war auch auf die Verehrung zurückzuführen, die Napoleon I in weiten Teilen des Landes noch immer zu Teil wurde.⁸² Die zur Schau gestellte Verbundenheit mit dem einfachen Volk ging oft mit einer

⁷⁸ Saage, *Demokratietheorien*, 189.

⁷⁹ Vgl. ebd., 192.

⁸⁰ Vgl. Frank R. Ankersmit, „Representative Democracy: Rosanvallon on the French Experience,“ in *The Ashgate research companion to the politics of democratization in Europe: concepts and histories*, ed. Kari Palonen (Farnham: Ashgate, 2008), 31.

⁸¹ Vgl. Waschkuhn, *Demokratietheorien: Politiktheoretische und ideengeschichtliche Grundzüge*, 10.

⁸² Edward Berenson, „The Second Republic,“ in *The French Republic: history, values, debates*, ed. Edward Berenson, Vincent Duclert, and Christophe Prochasson (Ithaca, N.Y.: Cornell University Press, 2011), 30f.

Abwertung anderer hoher und mittlerer politischer Instanzen und Akteure einher, beispielsweise der Bürokratie.⁸³ Ob dieser impliziten Elitenfeindlichkeit und dem auf Akklamation beruhenden Agieren des Regimes würde man dem Bonapartismus heute zweifelsohne eine ausgeprägte populistische Schlagseite bescheinigen. Der überschießende Nationalismus, der seinen Ausdruck in zahlreichen außenpolitischen Abenteuern fand, hat auch dazu geführt, dass Louis-Napoleon gerne mit modernen (Rechts-)Populisten in eine Reihe gestellt wird.⁸⁴

Was aber bei aller berechtigter Kritik am Cäsarismus Louis-Napoleons nicht übersehen werden sollte, ist, dass der radikalen Ausrichtung der bonapartistischen Politik am „kleinen Mann“ und dessen Launen ein großes emanzipatorisches Potential innewohnte, welches die Demokratisierungsfähigkeit Frankreichs mittel- und langfristig gestärkt haben dürfte. Obgleich Ausdruck eines autoritären politischen Systems, nahm die vorgebliche identitäre Form der Repräsentation die Bevölkerungsmassen in ihrer Gesamtheit wahr. Dies bildet einen Kontrapunkt zu den orléanistischen Doktrinen rund um François Guizot in den 1830er und 40er-Jahren, die noch ein elitäres Modell der Repräsentation vertreten hatten, demzufolge die Auswahl der politischen Entscheidungsträger Vernunft und Fähigkeiten einer Nation am besten widerspiegeln sollte.⁸⁵ Forderungen zur Ausweitung des Wahlrechts hatte Guizot noch entgegnet, dass die nach Mitbestimmung Verlangenden danach streben sollten, selbst reich zu werden, um auf diesem Wege die Anforderungen des Zensus erfüllen zu können.⁸⁶ Die Äußerung war Ausdruck von Guizots protestantisch-kapitalistischem Selbstverständnis, zeigt allerdings auch die Geringschätzung für die breiten Bevölkerungsschichten, wie sie im Denken mancher Orléanisten jener Zeit ausgeprägt war.

Die Einbindung der Masse in die Politik unter Napoleon III beschränkte sich jedoch nicht nur auf eine abstrakte rhetorische Ebene. Das Second Empire trug viel zur Etablierung von demokratischen Institutionen bei, auch wenn diese in der politischen Praxis lange Zeit nur scheindemokratischen Charakter hatten. So gelang es während der Herrschaft Louis-Napoleons zum ersten Mal, in jeder Kommune Möglichkeiten zur Stimmabgabe zu schaffen.⁸⁷ Weite Teile der männlichen Bevölkerung wurden in den politischen Prozess eingebunden. sowohl als

⁸³ Vgl. Ankersmit, „Representative Democracy“, 31.

⁸⁴ Micha Brumlik, „Der 18. Brumaire des Donald Trump,“ *Die Zeit*, 2. März 2017, <https://www.zeit.de/2017/10/napoleon-iii-geschichte-donald-trump> (accessed Dezember 10, 2019).

⁸⁵ Vgl. Ankersmit, „Representative Democracy“, 25.

⁸⁶ Vgl. Berenson, „The Second Republic“, 28.

⁸⁷ Vgl. Sudhir Hazareesingh, „The Republicans of the Second Empire,“ in *The French Republic: history, values, debates*, ed. Edward Berenson, Vincent Duclert, and Christophe Prochasson (Ithaca, N.Y.: Cornell University Press, 2011), 42.

Adressaten im politischen Diskurs, als auch, wie man an dieser Stelle polemisch, aber durchaus treffend formulieren könnte, als „Stimmvieh“. Die nationalistische Färbung, die Louis-Napoleons Politik sowohl im Inneren als auch im Äußeren kennzeichnete, stand in der Tradition der Revolution und war der politischen Teilhabe der breiten Bevölkerung mittelfristig ebenfalls nicht abträglich. So führt auch Dankwart Rustow ein Gefühl der nationalen Einheit als notwendige Vorbedingung für eine Transition zur Demokratie in einem Staat an.⁸⁸ Die Frage, wann dieser Nationswerdungsprozess in Frankreich abgeschlossen war, ist eine der großen Kontroversen der Geschichtsforschung: Frankreich wird oft als einer der ersten Nationalstaaten der Welt klassifiziert, und tatsächlich befanden sich weite Teile des heutigen Hexagons seit dem Spätmittelalter unter einer geeinten Herrschaft, die schon früh durch Zentralismus und eine vergleichsweise hohe staatliche Durchdringung gekennzeichnet war. Andere HistorikerInnen heben hingegen die Verbreitung regionaler Sprachen und Identitäten hervor, die vielen Teilen Frankreichs noch im 19. Jahrhundert eigen waren – von einem geeinten französischen Nationalstaat könne also erst später gesprochen werden. In einem der einflussreichsten historiographischen Werke zur französischen Geschichte des 19. Jahrhunderts hat Eugen Weber beschrieben, wie „Bauern zu Franzosen“ gemacht wurden, wobei er sich auf die Periode der republikanischen Dominanz zwischen 1880 und 1910 bezieht.⁸⁹ Webers These ist unter HistorikerInnen hoch umstritten, wobei etwa die Gleichsetzung der Sprache mit dem Zugehörigkeitsgefühl zur französischen Nation kritisiert wurde.⁹⁰ Interessant ist, dass es gerade der Bonapartismus mit seiner nationalistischen und dabei auch sehr zentralistischen Ausrichtung war, der in weiten Teilen des ruralen Frankreichs politisch reüssieren konnte. Dies scheint ein Indiz dafür zu sein, dass sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung schon vor dem Beginn eines institutionalisierten republikanischen „Nation Building“ während der Dritten Republik mit dem französischen Nationalstaat identifizierte, auch wenn viele Menschen in Regionen wie der Bretagne der französischen Sprache nicht mächtig waren. Die rurale Bevölkerung wurde also zur Basis eines Regimes, das sowohl in Teilen seiner ideologischen Ausrichtung als auch in der Wahl seiner politischen Methoden mitunter erstaunlich modern anmutet. Obwohl die Republikaner bei den Parlamentswahlen 1869 in Paris mehr als dreimal so viele Stimmen wie die Bonapartisten für sich gewinnen konnten, blieben sie im Gesamtstaat hinter ihnen zurück.⁹¹ Diese Erfahrungen haben mit dazu beigetragen, dass man dem Werben

⁸⁸ Vgl. Rustow, *Transitions to Democracy*, 25.

⁸⁹ Eugen Weber, *Peasants into frenchman: the modernization of rural France 1870-1940* (London: Chatto & Windus, 1979)

⁹⁰ Vgl. Merriman, John, „Peasants into Frenchmen: The Modernization of Rural France, 1870-1914 (Book Review),“ *The Journal of Modern History* 50, no. 3 (September 1978): 534-536.

⁹¹ Vgl. Roger Price, *Napoleon III and the Second Empire* (London: Routledge, 1997), 45.

um die ländlichen Bevölkerungsschichten in den 1870er Jahren einen sehr hohen Stellenwert beimaß, dem man dann auch in der inhaltlichen Ausrichtung der Politik Rechnung trug.

Obwohl sie sich um Abgrenzung zu Louis-Napoleons Regime bemühten, gab es zwischen der von den Republikanern ab den 1870er Jahren vollzogenen Politik und dem Zweiten Kaiserreich viele Kontinuitäten. Dabei sticht besonders das ausgeprägte Bekenntnis zu einem starken Zentralstaat ins Auge. Dieses hat in Frankreich eine lange Tradition – wie Tocqueville anmerkte, schloss die Revolution hier nahtlos an das absolutistische Erbe an.⁹² Auf die Spitze getrieben wurde die Zentralisierung während der beiden bonapartistischen Herrschaftsperioden. Unter Napoleon I. wurde eine mächtige zentralstaatliche Bürokratie aufgebaut, die die Geschicke des Staates von Paris aus lenkte, wobei ihr Handeln durch umfassende verwaltungsrechtliche Bestimmungen geleitet wurde. Die Organisation der Verwaltung folgte dabei einem Top-Down-Prozess, und dementsprechend gering waren auch die Entscheidungsbefugnisse auf regionaler und lokaler Ebene.⁹³ In den einzelnen Departments wurde der Zentralstaat durch die Präfekte repräsentiert, die große Entscheidungsbefugnisse genossen. Das bedeutete auch, dass der Adel in den ländlichen Regionen weiter an Bedeutung verlor und die Bürger direkt mit dem Zentralstaat in Kontakt kamen, mit dem sie fortan die Erfüllung ihrer politischen Anliegen verknüpften. Dies hat das Bewusstsein für die Bedeutung der nationalen Politik in weiten Teilen des Landes noch einmal gestärkt.⁹⁴

In den 1860er Jahren hatten Republikaner und andere politische Kräfte noch Forderungen nach einer Dezentralisierung erhoben, von denen man nach dem Fall des Second Empires allerdings in großen Teilen wieder abging. So wurden etwa die Präfekturen entgegen anderslautender Vorhaben nicht abgeschafft.⁹⁵ Jules Ferry begründete diesen Sinneswandel mit den Erfahrungen des Krieges gegen Preußen, die einen möglichst starken Zentralstaat und eine geeinte Nation als unabdinglich erscheinen ließen.⁹⁶ Obwohl es innerhalb der Bürokratie vielerorts zur Installierung republikanisch gesinnter Beamten kam, blieb die Machtposition der Administration erhalten, was im Wesentlichen auch das Ministerium am Quai d'Orsay als außenpolitische Schaltstelle betraf. Die Macht der französischen Bürokratie hat dazu geführt, dass die Bruchlinie des realen politischen Institutionengefüges von manchen Beobachtern nicht

⁹² Vgl. Robert Tombs, *France 1814-1914*, (London: Longman, 1996), 29.

⁹³ Vgl. Sabine Kuhlmann, "Vergleichende Verwaltungswissenschaft: Verwaltungssysteme, Verwaltungskulturen und Verwaltungsreformen in internationaler Perspektive." in *Vergleichende Regierungslehre: Eine Einführung*, ed. Hans-Joachim Lauth (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010), 142.

⁹⁴ Vgl. Melvin Edelstein, "La participation électorale des Français (1789-1870)," *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 40, no. 4 (1993): 641.

⁹⁵ Vgl. Hazareesingh, "The Republicans of the Second Empire," 42.

⁹⁶ Vgl. Hazareesingh, *From Subject to Citizen*, 314.

zwischen dem Parlament und der gewählten Exekutive verortet wurde, sondern zwischen der Politik und der Administration.⁹⁷ Die Beibehaltung der zentralistischen Ausrichtung war aber nur eine der Kontinuitäten, die nach der bonapartistischen Herrschaft im republikanischen System fortlebten. Wie bereits angesprochen ging mit dem Etatismus im 19. Jahrhundert ein sehr ausgeprägter Nationalismus einher. Charakteristisch war dessen universalistischer Anspruch, der seine Wurzeln in der Revolution hatte und phasenweise messianische Züge annahm.⁹⁸ Robespierre hatte verkündet, dass Frankreich mit der Revolution das Schicksal der Menschheit erfüllen würde, ein Narrativ, das von den beiden Bonapartes nur allzu bereitwillig aufgegriffen wurde.⁹⁹ Der universalistische Anspruch der französischen „Mission civilisatrice“ wurde von den Republikanern beibehalten und fand auch in der Kolonialexpansion seinen Ausdruck.

In Anlehnung an Dahls Zwei-Faktoren-Modell lässt sich konstatieren, dass der politische Wettbewerb im Second Empire über weite Strecken einem manipulierten Scheingefecht glich, welcher darauf ausgerichtet war, dem Regime Bestätigung verschaffen sollte. Demgemäß ist Louis-Napoleons Regime auch nicht als demokratisch zu klassifizieren, womit auch die Partizipation als zweite Grundvoraussetzung in Dahls Modell de facto obsolet ist. Nichts desto trotz spielte das Zweite Kaiserreich eine wichtige Rolle für die Etablierung der Demokratie in den 1870er Jahren in der Festigung demokratischer Abläufe. Die politischen Institutionen der Zweiten Republik wurden, wenn zunächst in entmachteter Form, beibehalten und damit die demokratischen Praktiken gefestigt. „*The Second Empire thus constituted a discernible phase in France's democratic learning curve.*“¹⁰⁰

3.2 Die politischen Akteure der Transition

In den 1860er Jahren und insbesondere gegen deren Ende hatte die napoleonische Herrschaft deutlich liberalere Züge angenommen. Es ist plausibel, dass das Second Empire auch ohne die Niederlage gegen das Deutsche Reich schlussendlich in einem politischen System aufgegangen wäre, dass demokratischen Maßstäben entsprochen hätte. Zweifelsohne waren die Reformen, die zur Errichtung des „Empire libérale“ führten, in ihrer Substanz weitreichend, womit auch

⁹⁷ Vgl. Thomson, *Democracy in France*, 54.

⁹⁸ Vgl. Hazareesingh, „The Republicans of the Second Empire,” 42.

⁹⁹ Vgl. Jeremy Jennings, „Universalism,” in *The French Republic: history, values, debates*, ed. Edward Berenson, Vincent Duclert, and Christophe Prochasson, (Ithaca, N.Y.: Cornell University Press, 2011), 146.

¹⁰⁰ Hazareesingh, *From Subject to Citizen*, 314.

die Rolle der gewählten Versammlungen wieder erheblich gestärkt wurde. 1870 war Louis-Napoleons Herrschaft jedoch erneut in einem Referendum bestätigt worden. Mit dem plötzlichen Ende des Zweiten Kaiserreiches rückten andere politische Kräfte in den Mittelpunkt, während die Bonapartisten zumindest kurzzeitig von der Bildfläche verschwanden, im Laufe der 1870er Jahre aber wieder an Zulauf gewannen.¹⁰¹ Für die Untersuchungsperiode zwischen 1870 und 1885 lassen sich daher vier große Lager ausmachen, die den politischen Wettbewerb auch schon über weite Strecken des 19. Jahrhunderts geprägt hatten. Dabei handelte es sich noch um eher lose Zusammenschlüsse und nicht um Parteien im modernen Sinne, wobei diese in Frankreich im Verlauf der letzten eineinhalb Jahrhunderte ohnehin nie jenen Status politischer Allmacht erreicht haben wie in anderen westeuropäischen Staaten. Die Ausrichtung des politischen Wettbewerbs nach historischen statt nach sozioökonomischen Gesichtspunkten, die die politische Landschaft der frühen Dritten Republik gekennzeichnet hat, wurde in den Geschichtswissenschaften teils sehr kritisch beäugt. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass sozialstaatliche Elemente als Folge der schwachen politischen Vertretung der Arbeiterschaft nur sehr langsam eingeführt wurden.¹⁰²

3.3.1 Das legitimistische Lager

Als Verfechter der prärevolutionären Ordnung befürworteten die Legitimisten in den 1870er Jahren die Restauration der Monarchie unter dem Comte de Chambord als Abkömmling der „legitimen“ Bourbonen-Dynastie. Charakteristisch für große Teile der legitimistischen Bewegung war die enge Verbindung zum Katholizismus, vor allem in seiner ultramontanistischen Auslegung. Dieser befand sich in den 1870er Jahren im Aufwind, was sich unter anderem in der Zahl der Wallfahrten an Orten wie Lourdes niederschlug. Auch der Beschluss zum Bau der „Sacre Coeur“ im Pariser Arbeiterviertel Montmartre, einem der wichtigsten Schauplätze der Erhebung der Pariser Kommune, war auf eine legitimistische Initiative zurückzuführen. Indes differierte die Unterstützung für die Legitimisten so wie auch die Religiosität im Allgemeinen in Frankreich je nach Region sehr stark. Hochburgen der Legitimisten waren dabei der Nordwesten (Bretagne, Loiretal, Vendée) sowie jene Gebiete, in denen die historischen Auseinandersetzungen zwischen Katholiken und Protestanten noch stark nachwirkten, etwa das Department Gard rund um Nîmes.¹⁰³ Im Verlauf der frühen 1870er Jahre

¹⁰¹ Vgl. René Rémond, *The Right Wing in France* (2. Philadelphia: University of Pennsylvania Press, 1969), 195.

¹⁰² Vgl. Thomson, *Democracy in France*, 52.

¹⁰³ Vgl. Kevin Passamore, *The Right in France from the Third Republic to Vichy* (Oxford: Oxford University Press, 2012), 24ff.

kam es im legitimistischen Lager zu einer faktischen Spaltung in zwei Gruppen, den Moderaten rund um Alfred de Falloux sowie den rechten „Chevaux-Légers“.¹⁰⁴ Vor allem in den Reihen letzterer machte sich neben dem innbrünstigen Katholizismus auch eine antikapitalistische Schlagseite bemerkbar, wie sie etwa durch Albert de Mun verkörpert wurde. Der Aufschwung der Legitimisten kam allerdings auch den republikanischen Kräften alles andere als ungelegen. Diese konnten sich damit als glaubwürdige Kraft gegen den monarchistischen Konservatismus positionieren, der die politische Stabilität und die in der Vergangenheit erkämpften politischen Rechte weiter Bevölkerungsteile zu gefährden drohe.¹⁰⁵

3.3.2 Die Republikaner

Das republikanische Lager umfasste in den frühen 1890 Jahren ein sehr breites ideologisches Spektrum, das von Konservativen bis hin zu Gruppen mit utopisch-sozialistischem Leitbild reichte. Während die Democ-Socs als republikanisch-sozialistische Sammelbewegung während der zweiten Republik in ökonomischen Belangen stärker nach links tendierten, lässt sich während der frühen Dritten Republik im republikanischen Lager allerdings eine klare Dominanz bürgerlich-liberaler Kräfte ausmachen.¹⁰⁶ Diese waren ebenso wie Teile der Orléanisten ideologisch vom Positivismus beeinflusst, was sich in der Ausrichtung der Politik von Männern wie Jules Ferry eindeutig widerspiegelte. Die Ideale von Ordnung und Fortschritt manifestierten sich darin ebenso wie das Bekenntnis zu einem nüchternen Szientismus und die kritische Haltung zu tradierten metaphysischen Vorstellungen, wie sie von der Kirche repräsentiert wurden.¹⁰⁷ Viele Republikaner waren der Kirche nicht zuletzt aufgrund von deren Unterstützung für die alten politischen Eliten zutiefst feindlich gesinnt – sinnbildlich dafür steht der berühmt gewordene Ausspruch „*Le cléricalisme, voilà l'ennemi!*“ von Léon Gambetta.¹⁰⁸

In den 1870er und frühen 1880er Jahren wurde das republikanische Lager von zwei großen politischen Fraktionen dominiert, der „Gauche républicaine“ sowie der „Union républicaine“. Die „Gauche républicaine“, der unter anderem Jules Ferry, der spätere Präsident Jules Grévy sowie der zweimalige Ministerpräsident Jules Dufaure angehörten, nahm dabei mittige Positionen ein, während die „Union républicaine“ rund um Gambetta aus dem linken Milieu der „Radikalen“ hervorging, im Verlauf der 1870er Jahre aber ebenfalls ins politische Zentrum

¹⁰⁴ Vgl. ebd., 29f.

¹⁰⁵ Vgl. Sowerwine, *France since 1870*, 28.

¹⁰⁶ Vgl. Berenson, „The Second Republic,” 31.

¹⁰⁷ Vgl. Tombs, *France 1814-1914*, 116f.

¹⁰⁸ Vgl. William Fortescue, *The Third Republic in France: 1870-1940* (Hoboken: Taylor and Francis, 2002), 33.

wanderte. Zu den vom Gambetta 1869 im Belleville-Programm erhobenen Forderungen gehörten neben dem universellen Wahlrecht die Einführung von Presse- und Versammlungsfreiheit sowie die konsequente Trennung von Staat und Religion. In Hinblick auf soziale Forderungen hingegen blieb Gambetta als Angehöriger des linken politischen Flügels schon damals eher vage.¹⁰⁹ Die Schwäche der sozialistisch ausgerichteten Gruppen innerhalb des republikanischen Lagers hatte mehrere Ursachen: Zunächst einmal war die französische Industriearbeiterschaft im Vergleich zu Großbritannien in der frühen Dritten Republik noch nicht besonders zahlreich, und die kleinen Betriebsgrößen waren einer durchschlagskräftigen politischen Organisation nicht unbedingt förderlich. Unterstützung genossen radikalere sozialistische Ideologien vor allem unter Handwerkern in den großen Städten. Die Niederschlagung der Pariser Kommune versetzte den Anstrengungen der Sozialisten einen weiteren schweren Schlag, von dem man sich nur langsam erholen sollte.¹¹⁰

Zum Rückgrat der Republikaner wurde die gebildete Mittelklasse, die während des Second Empires deutlich angewachsen war. Schon unter Louis-Napoleon war diese in Institutionen wie Akademien und den Universitäten, zivilgesellschaftlichen Vereinigungen sowie unter den religiösen Minderheiten stark vertreten.¹¹¹ In weiterer Folge stellte die Mittelklasse auch jenes Reservoir dar, aus dem die Rekrutierung des politischen Personals erfolgte. Die liberal-bürgerliche Vorherrschaft im republikanischen Lager erschwerte es den politischen Konkurrenten, das Schreckgespenst eines „roten“ Umsturzes an die Wand zu malen. Des Weiteren war die hohe Bewertung des Eigentums durch sowohl opportunistische als auch radikale Republikaner essentiell, um die Landbevölkerung für sich zu gewinnen. In Anbetracht der demographischen Gegebenheiten und des ländlichen Regionen begünstigenden Wahlsystems stellte dies eine unabdingbare Voraussetzung für die Erringung einer politischen Mehrheit dar: 1872 lebten nur 20 Prozent der französischen Bevölkerung in Kommunen mit mehr als 10 000 Einwohnern.¹¹² Die politische Allianz der bürgerlichen Mittelklasse mit der ruralen Bevölkerungsmehrheit wird als „Republikanische Synthese“ bezeichnet und hat die Ausrichtung der französischen Politik über Jahrzehnte mitgeprägt.¹¹³ Gleichzeitig schuf die bürgerlich-liberale Ausrichtung auch Raum für Kooperationen mit den Orléanisten, was sich in der 1875 erfolgten Neuordnung des Institutionengefüges der Republik niederschlagen sollte.

¹⁰⁹ Vgl. Price, *Napoleon III*, 47.

¹¹⁰ Vgl. Fortescue, *The Third Republic in France*, 36.

¹¹¹ Vgl. Philip Nord, „Les origines de la Troisième République en France (1860-1885),“ *Actes de la recherche en sciences sociales* 116, no. 117 (März 1997): 53-68.

¹¹² Vgl. Roger Price, *A social history of nineteenth-century France* (London: Hutchinson, 1988), 85.

¹¹³ Vgl. Nord, *The Third Republic*, 45.

3.3.3 Die Orléanisten

Das orléanistische Lager nahm in der Frühphase der Dritten Republik eine Schlüsselrolle für den weiteren Verlauf der politischen Entwicklung Frankreichs ein. Politisch während der Juli-Monarchie federführend, wurde man im Zuge der Wahlen zur Nationalversammlung im Jahr 1871 als eher elitär ausgerichtete Strömung für einige Jahre zur bedeutendsten politischen Kraft in den politischen Versammlungen. Aus strategischer Sicht kam den Orléanisten entgegen, dass sie mit ihren liberalkonservativen Haltungen während der frühen 1870er Jahre die Mitte des politischen Spektrums zwischen Legitimisten und Republikanern besetzten. Nicht zuletzt deswegen waren sie an den meisten politischen Richtungsentscheidungen sowie an der Schaffung des neuen institutionellen Gerüsts entweder beteiligt oder sogar unmittelbar federführend.¹¹⁴ Die mittige Positionierung entpuppte sich allerdings auch als Fluch, da sie politische Richtungsentscheidungen erforderlich machte, denen ein enormes Spaltpotential innewohnte. In den Reihen der Republikaner gab es ebenfalls eine große Bandbreite an politischen Einstellungen und Ideologien, zum Hauptziel, der Etablierung einer Republik, existierte aber ein breiter Konsens: Im orléanistischen Lager war ein solcher in der Frage der Staatsform nicht gegeben.

Das Dilemma der ideologischen Ausrichtung zwischen Konservatismus und Liberalismus hatte sich schon während der orléanistischen Herrschaft unter Louis-Philippe in den 1830er und 1840er Jahren gestellt. Nach der zweiten Republik und dem Bonapartismus schien eine Rückkehr zu einem strikten Zensuswahlrecht allerdings nur mehr schwer rechtfertigbar. Um die Launen der Massendemokratie zu bändigen, schien es ratsam, einen anderen Staatsentwurf zu entwickeln, wobei vielen Orléanisten ein an das föderalistische amerikanische Modell angelehntes System mit einer ausgeprägten Gewaltenteilung vorschwebte.¹¹⁵ Die Frage nach der Staatsform ließ sich für die meisten Orléanisten also nicht ohne weitere Präzisierungen beantworten. So hätten viele die Einführung einer Monarchie begrüßt, gleichzeitig aber einer liberalkonservativen Republik gegenüber einer Monarchie, wie sie Chambord und die „Chevaux-Légers“ im Sinn hatten., den Vorzug gegeben.¹¹⁶ Der Konflikt über die Frage der politischen Orientierung führte in der Frühphase der Dritten Republik zu einer Teilung des orléanistischen Lagers, in solche, die eine Monarchie befürworteten und solche, die einer Republik den Vorzug gaben. In die zweite Kategorie fällt Thiers, der als ehemaliger Anhänger

¹¹⁴ Vgl. Rémond, *The Right Wing in France*, 180.

¹¹⁵ Vgl. Lévêque, *Histoire des forces politiques en France: 1: 1789-1880* (Paris: Colin, 1992), 252ff.

¹¹⁶ Vgl. Robert R. Locke, *French legitimists and the politics of moral order in the early Third Republic* (Princeton, New Jersey: Princeton University Press, 1974), 32-34.

der Monarchie 1873 verkündete, dass eine Königsherrschaft in Anbetracht der veränderten Umstände nun „absolument impossible“ sei.¹¹⁷ In den frühen 1870ern war im orléanistischen Lager allerdings noch die monarchistische Fraktion in der Mehrheit, die von Albert de Broglie angeführt wurde. Diese war es auch, die der Amtszeit von Thiers 1873 ein Ende setzte – zu einer Restauration der Monarchie sollte es aber dennoch nicht mehr kommen.

3.3.4 Die Bonapartisten

Das vierte große politische Lager, das die Politik Frankreichs im 19. Jahrhundert geprägt hatte, war das bonapartistische. Dieses war nach der militärischen Katastrophe im Krieg gegen Preußen zunächst stark geschwächt, konnte allerdings im Verlauf der 1870er Jahre wieder Boden gut machen. So war man bei Nachwahlen Mitte der 1870er Jahren in vielen Wahlkreisen der bedeutendste Widersacher der Republikaner und konnte bei den Wahlen zur Deputiertenkammer im Jahr 1876 fast genauso viele Stimmen erringen wie Legitimisten und Orléanisten zusammen.¹¹⁸ Bonapartistische Parteigänger besetzten in den 1870er Jahren noch viele wichtige Positionen in staatlichen Institutionen, beispielsweise als Präfekte in der Verwaltung oder in der Armee.

3.4 Frankreichs Weg in die republikanische Dominanz

3.4.1 1870-1873: Die konservative Republik

Dass die Dritte Republik Frankreichs innerhalb des Konzertes der europäischen Großmächte eine Vorreiterrolle einnahm, darf über das Offensichtliche nicht hinwegtäuschen, nämlich, dass ihr schon zwei weitere vorangegangen waren. Zwar waren die Erste (1791-1799/1804) und die Zweite (1848-1852) Republik nur von ephemerer Natur, doch hinterließen sie im kollektiven Bewusstsein Frankreichs eine tiefe Prägung. Insbesondere die Revolution von 1789 und ihre Folgen wurden zu einem historischen Referenzpunkt für die politischen Akteure des 19. Jahrhunderts, der auch das Selbstverständnis von weiten Teilen der französischen Gesellschaft mitprägte.¹¹⁹ Während die Revolution 1789 sogar wortwörtlich einer Zeitenwende gleichgekommen war, hob insbesondere Präsident Adolphe Thiers in den frühen 1870er Jahren

¹¹⁷ Vgl. Pierre Bodineau and Michel Verpeaux, *Histoire constitutionnelle de la France* (1. Paris: Presses Univ. de France, 2000), 220.

¹¹⁸ Vgl. Rémond, *The Right Wing in France*, 201.

¹¹⁹ Vgl. Tombs, *France 1814-1914*, 26ff.

von Anfang an den konservativen Charakter der neuen Republik hervor.¹²⁰ Der radikale Bruch mit der althergebrachten Ordnung war schon knapp neun Jahrzehnte zuvor erfolgt: Im Zuge der Revolution waren die sozioökonomischen Klassengrenzen im politischen Feld zum ersten Mal aufgehoben worden, mit der Enthauptung des „Bürgers Louis Capet“ als emblematischem Höhepunkt.¹²¹ Anders als den Jakobinern in den 1790ern gelang es der äußeren Linken 1870 jedoch nicht, die Macht im Staat an sich zu reißen: Die Erhebung der Pariser Kommune wurde mit großer Brutalität niedergeschlagen. In ihrer Genese war die Dritte Republik also nicht der Versuch, eine Utopie zu verwirklichen, sondern zunächst einmal so etwas wie der kleinste gemeinsame politische Nenner.¹²² Der kompromisshafte Charakter der Republik lag auch darin begründet, dass das nicht-republikanische Lager ebenfalls gespalten war. Und da, um eine weitere der zahlreichen pointierten Sentenzen Thiers aufzugreifen, man „einen Thron nicht zu dritt besetzen kann“, stellte eine republikanische Staatsform in den turbulenten Jahren nach 1870 zunächst eine pragmatische Umschiffung des Problems, einen Regenten zu finden, dar.¹²³

Die ersten Wahlen nach der Ausrufung der Republik endeten im Februar 1871 mit einem überwältigenden Sieg der monarchistischen Kräfte, wobei Legitimisten und Orléanisten dominierten. Bonapartisten und Republikaner wurden abgestraft: Erstere weil sie den Krieg verschuldet hatten, letztere, weil viele unter ihnen den Krieg fortführen wollten.¹²⁴ Dies führte dazu, dass in Ermangelung von Alternativen die alten Eliten reüssieren konnten, die sich in den turbulenten Zeiten als stabilisierender Faktor entpuppt hatten und zudem gut vorbereitet in den hastig anberaumten Wahlgang gingen. Unter den Einzelkandidaten stach besonders der Erfolg von Adolphe Thiers hervor, der in insgesamt 26 Wahlkreisen gewählt worden war.¹²⁵ Nicht zuletzt deswegen wurde er zunächst zum „Chef der französischen Exekutive“ und schließlich, nachdem erste Restaurationsversuche gescheitert waren, zum Präsidenten ernannt. In den Folgejahren entfremdete sich die Mehrheit der Orléanisten zunehmend von Thiers, dessen Unterstützer im Parlament als Teil der „Centre Gauche“ ins republikanische Lager gewechselt waren.¹²⁶ Die Republikaner hatten in den Nachwahlen im Juli 1871 einen überwältigenden Sieg errungen und traten, angeführt vom unermüdlichen Léon Gambetta, zunehmend angriffig auf. Dies erhöhte den Druck auf die in der Nationalversammlung prominent vertretenen Orléanisten der „Centre Droit“, schnell eine konservative und wenn möglich auch monarchische politische

¹²⁰ Vgl. Fortescue, *The Third Republic in France*, 26ff.

¹²¹ Vgl. Paul Nolte, *Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart* (München: Beck, 2012), 92.

¹²² Vgl. Tombs, *France 1814-1914*, 435f.

¹²³ Vgl. Garrigues and Anceau, *Histoire du parlement*, 256.

¹²⁴ Vgl. Bodineau and Verpeaux, *Histoire constitutionnelle*, 215.

¹²⁵ Vgl. ebd., 216.

¹²⁶ Vgl. Passamore, *The Right in France*, 25.

Ordnung zu schaffen. Die Kinderlosigkeit des bourbonischen Thronfolgers, des Comte de Chambords, ließ eine Einigung mit den Legitimisten zur Einführung einer Monarchie als greifbar erscheinen, wobei der orléanistische Comte de Paris den Bourbonen Chambord nach dessen Tod beerben hätte sollen. Chambord verkündete daraufhin jedoch in einem Manifest, dass eine Herrschaft für ihn nur unter dem Banner der „Fleur-de-Lys“ und nicht unter dem der revolutionären Tricolore in Frage käme, was für die überwiegende Mehrheit der französischen Bevölkerung völlig inakzeptabel war.¹²⁷

3.4.2 1873-1877: Der Kampf um die Institutionen während der „Ordre Moral“

1873 fand Thiers Präsidentschaft ein Ende, als die große orléanistische Fraktion in der Nationalversammlung sein Rücktrittsgesuch wider Erwarten annahm. Neuer Präsident wurde Patrice de MacMahon, ein altgedienter Marshall mit konservativ-katholischem Weltbild. Politisch war MacMahon unerfahren, wodurch er für die orléanistische Führung rund um Albert de Broglie, ganz anders als Thiers, formbar blieb. In den Folgejahren gelang es dem konservativen Flügel des orléanistischen Lagers, die politische Führungsrolle im Land einzunehmen, weshalb diese Periode auch als „Republique de Ducs“ oder, nach einem programmatischen Schlagwort Broglies, als Zeit der „Ordre Moral“ bezeichnet wird. Versuche der Orléanisten, eine monarchistische Restauration zuwege zu bringen, scheiterten allerdings erneut. Infolgedessen schwenkte man um und installierte im Bündnis mit moderaten und konservativen Republikanern in einer Reihe von Gesetzen eine neue Verfassungsordnung. Die Orléanisten hofften damit, ein politisches System in ihrem Sinne schaffen zu können, und tatsächlich trugen die 1875 verabschiedeten Verfassungsgesetze eine orléanistische Handschrift: So wurde ein Zwei-Kammern-System im Geiste eines „Bicaméralisme équilibré“ installiert, mit einem starken Senat als Oberhaus.¹²⁸ Anders als die Deputiertenkammer wurde der Senat indirekt gewählt, wobei der Wahlmodus den ländlichen Regionen ein überproportional hohes Gewicht verlieh. Von den 300 Senatoren wurden 75 auf Lebenszeit bestimmt, was den konservativen Charakter der Institution noch einmal verstärken sollte.¹²⁹ Der Präsident verfügte nach den neuen Regelungen über weitreichende Kompetenzen: Dazu zählten der Abschluss von Verträgen, das Einbringen von Gesetzesvorschlägen, die Ernennung von Ministern sowie die Auflösung der Deputiertenkammer in Zusammenarbeit mit dem Senat. Seine Rolle ähnelte damit jener, die der orléanistische „Bürgerkönig“ Louis-Philippe während

¹²⁷ Fortescue, *The Third Republic in France*, 25f.

¹²⁸ Garrigues and Anceau, *Histoire du parlement*, 260.

¹²⁹ Fortescue, *The Third Republic in France*, 28ff.

der Juli-Monarchie zwischen 1830 und 1848 eingenommen hatte.¹³⁰ Von einer Direktwahl des Präsidenten wurde jedoch nach den Erfahrungen der Zweiten Republik und einem sich abzeichnendem Erstarken des Bonapartismus abgesehen.

Die Republikaner stimmten der neuen Verfassung mit wenigen Ausnahmen aufseiten der linken Radikalen (z.B. Clemenceau) zu, auch wenn das darin eingeführte politische System nicht ihren Idealvorstellungen entsprach. Man nahm dies allerdings bewusst in Kauf, da mit der neuen Verfassung die Republik als Staatsform gefestigt und eine Restauration der Monarchie deutlich weniger wahrscheinlich wurde. Die Wahlen zur Deputiertenkammer im Jahr 1876 endeten in einem republikanischen Erdrutschsieg: Sie konnten fortan mehr als 350 der 525 Parlamentssitze auf sich vereinen. Das monarchistische Lager erlebte ein Debakel: Legitimisten und Orléanisten kamen gemeinsam nur mehr auf rund 80 Sitze, nur geringfügig mehr als die ebenfalls wiedererstarkten Bonapartisten.¹³¹ Im indirekt gewählten Senat blieb die konservative Mehrheit vorerst noch erhalten: Dieser wurde vor allem von den Vertretern der Gemeinden gewählt, wobei die monarchistischen Parteien auf kommunaler Ebene noch deutlich stärker repräsentiert waren als im nationalen Rahmen.¹³² Somit stand ab 1876 eine republikanisch dominierte Deputiertenkammer einem Senat mit einer knappen konservativen Mehrheit und dem Präsidenten MacMahon als Vertreter der „Ordre Moral“ gegenüber. Diese neue Konstellation führte im Mai 1877 zu einer veritablen institutionellen Krise: Nach Streitigkeiten rund um die Beziehungen zum Kirchenstaat und einem Pressegesetz löste Präsident MacMahon gemeinsam mit dem Senat die Deputiertenkammer auf.¹³³ Albert de Broglie kehrte als Vertreter der bei den Wahlen schwer geschlagenen Orléanisten zwischenzeitlich in das Amt des Präsidenten des Ministerrates zurück. Um das Blatt bei den anschließenden Wahlen zur Deputiertenkammer zu wenden, griff die Regierung zu drastischen Schritten. Zahlreiche Präfekte wurden ausgetauscht, republikanische Vereine aufgelöst sowie die Abhaltung von politischen Veranstaltungen untersagt. Doch auch diese repressiven Maßnahmen trugen kaum Früchte: Im Oktober 1877 feierten die Republikaner erneut einen deutlichen Wahlsieg, wobei die Wahlbeteiligung mehr als 80 Prozent erreichte.¹³⁴

¹³⁰ Sowerwine, *France since 1870*, 30.

¹³¹ Rémond, *The Right Wing in France*, 201.

¹³² Locke, *French legitimists*, 259.

¹³³ Fortescue, *The Third Republic in France*, 32f.

¹³⁴ Garrigues and Anceau, *Histoire du parlement*, 279.

3.4.3 1877-1885: Die Konsolidierung unter republikanischer Dominanz

Der Ausgang der Wahlen im Anschluss an die Krise im Mai 1877 beendete die Periode der „Ordre Moral“. Bis zur „Vollendung“ der republikanischen Dominanz sollten jedoch noch eineinhalb Jahre vergehen. 1879 konnten die Republikaner schließlich auch die Mehrheit im Senat erringen. Präsident MacMahon trat wenig später noch vor Ablauf seiner siebenjährigen Amtszeit zurück und wurde vom altgedienten Republikaner Jules Grévy beerbt, der bewusst ein eher passives Amtsverständnis an den Tag legte, das für die folgenden Jahrzehnte beispielgebend werden sollte. Die Republikaner hatten nun weitgehend freie Hand, den Staat nach ihren Vorstellungen umzugestalten. Man beschloss eine Reihe von symbolträchtigen Maßnahmen, die der ideologischen Verbundenheit zur Revolution Ausdruck verliehen. So wurden unter anderem die Marseillaise legalisiert und zur neuen Nationalhymne erhoben sowie der 14. Juli zum Nationalfeiertag erklärt.¹³⁵ Neben diesen symbolischen Schritten, die darauf abzielten, die Verbundenheit zur Republik innerhalb der Bevölkerung zu stärken, wurde in der ersten Hälfte der 1880er Jahre auch eine ganze Reihe anderer Reformvorhaben verwirklicht. Neben den oft rezipierten Reformen im Bildungsbereich unter Jules Ferry wurden auch am politischen System noch weitere Modifikationen durchgeführt. Die Demokratie auf lokaler Ebene wurde durch die Einführung der Direktwahl für die Bürgermeister bestärkt. Zudem wurde die Senatswahl reformiert, wodurch die überproportional hohe Bedeutung der ländlichen Regionen ein wenig abgeschwächt wurde.

3.5 Der demokratische Wettbewerb in seiner qualitativen Dimension

Nachdem Akteure und Verlauf des politischen Wettbewerbs sowie die Herausbildung einer Kultur der politischen Partizipation bereits in den Blick genommen wurden, soll nun die Demokratie der frühen Dritten Republik auch in ihrer qualitativen Dimension erfasst werden. Der finnische Politikwissenschaftler Tatu Vanhanen hat Dahls Zwei Faktoren-Modell aufgegriffen, weiterverfeinert und in einen Index gegossen, der Staaten nach ihrem Demokratisierungsgrad vergleichbar machen soll. Laut Vanhanen sind Staaten dann besonders demokratisch, wenn die politische Macht innerhalb der Gesellschaft sehr breit gestreut ist.¹³⁶ Dieser Zustand wird dann erreicht, wenn es im politischen Wettbewerb keine allzu dominanten Akteure gibt und gleichzeitig große Teile der Bevölkerung an diesem partizipieren können. Die

¹³⁵ Sowerwine, *France since 1870*, 32f.

¹³⁶ Vgl. Merkel and Thiery, „Systemwechsel,” 193.

Essenz der Demokratie ist also im Pluralismus zu finden, nicht in der Mehrheitsentscheidung. In den Demokratievorstellungen vieler französischer Republikaner spielten pluralistische Erwägungen lange Zeit jedoch nur eine sehr nachrangige Rolle, was eng mit der französischen Geistesgeschichte verknüpft ist. Der Jakobinismus hatte Rousseaus Konzept des Gemeinwillens in eine praktische politische Form transformiert, was einem Demokratie-Ideal ohne ausgeprägte pluralistische Elemente gleichkam.

An dieser Stelle ist es auch unabdinglich, die Begriffe der Republikanisierung und der Demokratisierung voneinander abzugrenzen. Für die Republikaner war die Republik gleichbedeutend mit dem universellen Männerwahlrecht, und schon in den 1790er und 1840er Jahren hatte man Schritte unternommen, um dieses Ziel zu erreichen. Dies bedeutet aber im Umkehrschluss nicht, dass die Haltungen der anderen großen Lager in den frühen 70er Jahren notwendigerweise antidemokratisch waren. Für die Orléanisten als Verfechter einer Restauration unter den Nachkommen von Bürgerkönig Louis-Philippe war eine Trennung des Regimes vom Wahlmodus möglich und, aus Gründen der Gewaltenteilung, sogar erwünscht. So stellte der Liberalkonservative Prévost-Paradol fest, dass eine demokratische Monarchie für ihn gleichbedeutend mit einer demokratischen Republik sei – wichtig wäre dabei vor allem der liberale Charakter der Demokratie.¹³⁷ Dieser Linie stand im krassen Widerspruch zu jener der Republikaner, deren Haltung Pierre Rosanvallon wie folgt charakterisierte: „*Unter den Republikanern wurde die Demokratie paradoxerweise nie eigenständig gedacht, sie blieb immer mit der Negation der Monarchie verbunden (...)*.“¹³⁸

Ogleich die Orléanisten der Massendemokratie sehr lange Zeit mit großer Skepsis gegenüberstanden, befürworteten viele ihrer Unterstützer in den frühen 1870er Jahren ein konstitutionelles, monarchisches System mit universellem Männerwahlrecht und ausgeprägter Gewaltenteilung. Die Bonapartisten hatten das universelle Männerwahlrecht ohnehin schon lange gebilligt, auch wenn seine praktische Implementierung und die damit in Verbindung stehende Stellung der Versammlungen im politischen System zumindest über weite Strecken der Herrschaft Louis-Napoleons demokratischen Anforderungen nicht gerecht wurden. Selbst der bourbonische Comte de Chambord als Vertreter der äußeren monarchistischen Rechten beteuerte in seinem Manifest, das universelle Wahlrecht und die Versammlungen beibehalten zu wollen. Es erscheint naturgemäß etwas fraglich, ob ein starkes Parlament tatsächlich den

¹³⁷ Vgl. Pierre Rosanvallon, *Le sacre du citoyen: histoire du suffrage universel en France* (Paris: Gallimard, 1996), 347.

¹³⁸ Ebd., 348.

insgeheim von Chambord gehegten politischen Wunschvorstellungen entsprach. Gerade im Hinblick auf die von weiten Teilen des orléanistischen Lagers eingenommenen Haltungen würde es aber dennoch einer groben Verzerrung gleichkommen, die Demokratisierung Frankreichs in den 1870er Jahren mit dem Sieg des Republikanismus über durch und durch antidemokratische Kräfte gleichzusetzen. Die Republikaner waren aber zweifelsohne konsequenter, was die Durchführung von Maßnahmen betrifft, die der Demokratiequalität förderlich waren. Die liberalen Reformen der frühen 1880er Jahre, im Zuge derer die Pressefreiheit gestärkt und die gewerkschaftliche Organisation zugelassen wurden, hätten unter einer monarchistischen Rechtsregierung wie jener der Periode der „Ordre Moral“ (1873-1877) wohl deutlich geringere Verwirklichungschancen gehabt.

Das Minimalkriterium des Wechsels infolge von Wahlen war im Frankreich der frühen Dritten Republik gegeben. Auch zeigte sich das Elektorat unempfindlich für die repressiven Eingriffe der „Ordre Moral“-Regierung im Vorfeld der Wahlen zur Deputiertenkammer 1877. Generell war die französische Gesellschaft der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im internationalen Vergleich außerordentlich politisiert. *„Bis 1890 wählte in Frankreich ein höherer Anteil der Bevölkerung (über 30 Prozent) als in jedem anderen Land der Welt.“*¹³⁹ Gleichzeitig wies die Demokratie der 1870er und 1880er Jahren auch noch beträchtliche Mängel auf, die die prozedurale Dimension des demokratischen Wettbewerbs berührten und während jener Periode z.B. auch aus den USA und Großbritannien bekannt waren. Dazu gehörten unter anderem die mangelhafte Umsetzung der geheimen Stimmabgabe oder Wahlkreise mit nur einem Kandidaten, von Nicolas Roussellier als Frankreich-spezifische Form der „rotten boroughs“ bezeichnet.¹⁴⁰ Dass solche Wahlkreise insgesamt recht häufig waren, lag auch daran, dass die Schwelle für eine Kandidatur aus Kostengründen sehr hoch war. Gerade in der Anfangsphase mussten die jeweiligen Kandidaten diese in der Regel auch selbst stemmen, da es noch keine umfassenden Parteistrukturen gab.¹⁴¹ Massenparteien, die im gesamten Staatsgebiet über tiefergehende Strukturen verfügten, bildeten sich erst später heraus.

Nichts desto trotz war die Wahlbeteiligung in der frühen Dritten Republik relativ hoch. Bei den Wahlen zur Deputiertenkammerwahl im Anschluss an die „Seize de Mai“-Krise 1877 erreichte sie einen Wert von 81 Prozent, um dann vier Jahre später um knapp 10 Prozentpunkte

¹³⁹ Tombs, *France 1814-1914*, 97.

¹⁴⁰ Vgl. Nicolas Roussellier, „Electoral Antipluralism and Electoral Pluralism in France, from the Mid-Nineteenth Century to 1914,” in *Pluralism and the Idea of the Republic in France*, ed. Julian Wright (London: Palgrave Macmillan, 2012), 143.

¹⁴¹ Vgl. ebd., 143f.

abzusinken.¹⁴² Das Ausmaß der politischen Polarisierung im Vorfeld der Wahlen 1877 hatte dazu beigetragen, dass sich der politische Wettbewerb verschärfte: Sowohl Republikaner und Monarchisten strebten eine annähernd ubiquitäre politische Präsenz im Land an, weshalb insgesamt nur in 4,5 Prozent der Wahlkreise Gegenkandidaturen ausblieben. Im Jahr 1881 lag dieser Wert wieder bei mehr als 27 Prozent, es wurden also 147 Parlamentssitze vergeben, um die es zuvor keinen Wettbewerb gegeben hatte.¹⁴³ Von Roussellier wird die Häufigkeit von solchen „French-style rotten boroughs“ als Ausdruck jener Pluralismus-feindlichen, politischen Kultur gedeutet, die ihre Wurzeln im Jakobinismus der Französischen Revolution hat.¹⁴⁴ Dies änderte sich im Verlauf der Dritten Republik, auch, weil liberale Elemente im Denken des republikanischen Mainstreams verstärk Einzug gefunden hatten. Als Indikator für eine steigende Pluralität im Zeitverlauf kann der Anteil jener Wahlen bewertet werden, bei denen ein Kandidat die absolute Mehrheit verfehlte und somit eine zweite Runde erforderlich war: Im Rahmen der Wahlen zur Deputiertenkammer im Jahr 1881 waren solche nur in 11,5 Prozent aller Wahlkreise erforderlich – im Jahr 1914 lag dieser Wert schließlich bei 55 Prozent.¹⁴⁵

3.6 Der politische Modus Vivendi der Dritten Republik

Der politische Wettbewerb der frühen Dritten Republik folgte in seinen Grundsätzen von Anfang an demokratischen Spielregeln. Im Verlauf der 1870er Jahre war es den Republikanern mehrmals gelungen, mit geschickten politischen Manövern gegenüber der monarchistischen Mehrheit an Boden gut zu machen. Dazu zählte beispielsweise ein Deal mit den legitimistischen „Chevaux-Légers“, der die Nominierung von insgesamt mehr als 50 republikanisch gesinnten Senatoren auf Lebenszeit ermöglichte und damit die Machtverhältnisse im Senat langfristig zu republikanischen Gunsten beeinflusste. Trotz erfolgreicher politischer Winkelzüge wie diesem war für den Siegeszug der Republikaner schlussendlich aber die Tatsache hauptverantwortlich, dass man aus dem elektoralen Wettbewerb ab 1871 fast immer siegreich hervorgegangen war. Die Republik war also von der Bevölkerung auf dem Weg der demokratischen Wahl bestätigt worden. Dabei ist strittig, ob die Wahlen zur Nationalversammlung im Februar 1871 eine kriegsbedingte Anomalie in einer längst zum Republikanismus tendierenden Bevölkerung waren oder ob es vornehmlich die erfolgreichen Kampagnen im ländlichen Raum waren, die

¹⁴² Vgl. Garrigues and Anceau, *Histoire du parlement*, 279.

¹⁴³ Vgl. Roussellier, „Electoral Antipluralism,” 147ff.

¹⁴⁴ Vgl. ebd., 141.

¹⁴⁵ Vgl. ebd., 150.

den Republikanern die Vorherrschaft sicherten.¹⁴⁶ Anders als von den Orléanisten erhofft konnte sich der Senat im Zusammenspiel mit dem Präsidenten nicht als monarchistisches Bollwerk gegenüber der Deputiertenkammer etablieren – so war die Zahl der rechten Abgeordneten in den frühen 1880er Jahren im Senat mit 22 Prozent sogar geringer als im Unterhaus mit 25 Prozent.¹⁴⁷ Dennoch kann der Plan der Orléanisten, mit dem Senat ein konservatives Gegengewicht zu schaffen, zumindest als teilweise erfolgreich bezeichnet werden. Verantwortlich dafür waren die meist aus ländlichen Regionen stammenden republikanischen Abgeordneten, die vor allem aus dem zentrumsnahen oder dem liberalkonservativen Lager stammten, bspw. aus der Fraktion der „Centre gauche“.¹⁴⁸

Nach den Erfahrungen der „Seize de Mai“-Krise bildete sich auch jener politische „Modus vivendi“ heraus, der die politische Landschaft der Dritten Republik fortan kennzeichnen sollte. So beschränkte sich der Präsident auf eine eher defensive Rolle und vermied es nach den Erfahrungen von MacMahon im Jahre 1877, auf Konfrontationskurs mit der Deputiertenkammer zu gehen. In der auch als „Constitution Grévy“ bezeichneten Realverfassung verzichtete der Präsident also darauf, Machtmittel wie das suspensive Veto gegenüber dem Parlament einzusetzen und zog sich weitgehend aus seinen Regierungsfunktionen zurück, woraufhin der Präsident des Ministerrates, dem die Verfassung von 1875 keine besonders hervorgehobene Rolle eingeräumt hatte, zum eigentlichen Regierungschef wurde, wie es de facto auch schon unter dem politisch unerfahrenen MacMahon der Fall gewesen war.¹⁴⁹

Obwohl die Monarchisten als traditionelle Befürworter einer starken Exekutive die Verfassung weitgehend nach ihren Vorstellungen gestalten konnten, kam es zu einer eklatanten Dominanz des Parlaments im politischen Institutionengefüge. Die politische Exekutive war im Vergleich dazu sehr schwach und dem Parlament ausgeliefert. Die Dominanz des Parlaments war innerhalb der französischen Linken eine von vielen lang gehegte Wunschvorstellung. Schon Robespierre hatte sich für ein solches System stark gemacht. Anstatt allerdings dem Willen des Volkes in einem rousseauistischen Sinne Ausdruck zu verlieren, hatte die Parlamentsdominanz in der politischen Praxis der Dritten Republik jedoch oftmals einen obstruktiven Effekt. Die Instabilität der Regierungen, die die politische Landschaft in Frankreich fast die gesamte Dritte Republik über begleitet hat, ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Gleichzeitig gab es ein

¹⁴⁶ Vgl. Locke, *French legitimists*, 17.

¹⁴⁷ Vgl. Garrigues and Anceau, *Histoire du parlement*, 287.

¹⁴⁸ Vgl. ebd., 284f.

¹⁴⁹ Vgl. ebd., 257.

erstaunlich hohes Maß an personeller Kontinuität – Freycinet und Ribot beispielsweise standen insgesamt je vier Mal einer Regierung als Präsident des Ministerrates vor.¹⁵⁰ Auch inhaltlich gab es im Laufe der Zeit nur sanfte politische Kurswechsel, was das weitverbreitete Gefühl der Stagnation ab Mitte der 1880er Jahre erklären könnte. Für die Phase von 1879 bis 1899 lässt sich eine Dominanz der opportunistischen Republikaner ausmachen, der eine der Radikalen in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts folgte. Doch auch mit der Machtübernahme der inzwischen ebenfalls weiter ins politische Zentrum gerückten Radikalen lässt sich keine drastische Wende ausmachen. Demnach war die tatsächlich verwirklichte Politik zwischen 1879 und 1914 in ihren Grundzügen sehr konsistent, wobei Azéma und Winock vier Grundpfeiler ausmachen: laizistisch, anti-kollektivistisch, kolonialistisch und gegen Deutschland gerichtet.¹⁵¹

4. Die Französische Außenpolitik im Lichte der politischen Transition

Im Verlauf der demokratischen Transition haben außenpolitische Themen und Ereignisse eine bedeutende Rolle gespielt. Dies trifft zunächst einmal natürlich auf den Krieg gegen Preußen und seine Folgen zu, die für die französische Bevölkerung sehr konkret erfahrbar waren. Die Krise vom 16. Mai 1877 wiederum wurde von einer Kontroverse rund um die Besetzung des Kirchenstaates durch Italien mitausgelöst, und in den 1880er Jahren kam es mehrmals zu Regierungswechseln, die durch außenpolitische Geschehnisse (mit-)verursacht wurden. Auch nach der Festigung des republikanischen Systems waren außenpolitische Fragen in der innenpolitischen Auseinandersetzung weiterhin präsent. Der von einer nationalistischen Welle begleitete Aufstieg des „General Revanche“, George Boulanger, in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre wäre ohne den Konflikt mit dem Deutschen Reich undenkbar gewesen. Selbst die Dreyfus-Affäre, die in der Rezeption oftmals als Evidenz für die Dominanz innenpolitischer Skandale im Diskurs der Dritten Republik herangezogen wird, hatte in ihren Grundzügen eine außenpolitische Dimension, auch wenn die durch sie offen gelegten gesellschaftlichen Bruchlinien breiterer ideologischer Natur waren.

¹⁵⁰ Vgl. Jean-Pierre Azéma and Michel Winock, *La IIIe République: (1870-1940)* (Paris: Hachette, 1995), 188f

¹⁵¹ Vgl. ebd., 189.

Für den Untersuchungszeitraum der späten 1870er und 1880er-Jahre gilt zu bedenken, dass die moderne westliche Assoziation von ausgeprägtem Nationalismus mit der (extremen) politischen Rechten allerdings nur eingeschränkt möglich ist – in Hinblick auf separatistische Bewegungen ist sie dies auch heute noch nicht. Auf dem Gebiet des deutschen Reiches zum Beispiel war der Nationalismus noch weit bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein eine liberale Domäne.¹⁵² In Frankreich wiederum war der ausgeprägte Revanchismus in den 1870er Jahren tendenziell noch auf Seiten der Linken zu finden, um dann zunehmend nach rechts zu wandern, wobei auch die Änderung der politischen Machtverhältnisse zu dieser Entwicklung beigetragen haben dürfte. Der französische Republikanismus war seit jeher eng mit den Idealen der Revolution verknüpft und hatte nicht zuletzt deswegen lange Zeit eine sehr nationalistische und mitunter auch martialische Schlagseite.¹⁵³ Einen politisch einflussreichen, pazifistischen Internationalismus auf Seiten der Linken findet man erst etwas später, etwa in der Person des kurz vor Kriegsbeginn 1914 ermordeten Jean Jaurès.

4.1 Die Leitmotive der französischen Außenpolitik

Für die Untersuchungsperiode lässt sich im Feld der Außenpolitik eine klare Dominanz zweier großer Themen ausmachen. Dabei handelt es zum einen um den Umgang mit dem neu gegründeten Deutschen Reich, zum anderen aber um die koloniale Expansion, welche vor allem in der ersten Hälfte der 1880er Jahre in der politischen Auseinandersetzung eine bedeutende Rolle eingenommen hat. Diese beiden Aspekte bildeten für die ersten eineinhalb Jahrzehnte der Dritten Republik (und darüber hinaus) so etwas wie die Leitmotive der französischen Außenpolitik. Das bedeutet, dass andere Angelegenheiten der internationalen Politik oft im größeren Kontext dieser beiden großen Themenstellungen Betrachtung fanden. Die Beziehungen zum Deutschen Reich und die koloniale Expansion waren in den späten 1870er und frühen 1880er Jahre in erstaunlich engem Maße verknüpft, wenn auch noch in gänzlich anderer Art und Weise als später während der Periode des deutschen Strebens nach dem „Platz an der Sonne“ unter Kaiser Wilhelm II.

Im Rahmen dieser Untersuchungen ist insbesondere interessant, wie die innenpolitischen Verhältnisse und Machtkonstellationen auf die Außenpolitik ausstrahlten. Diese hatten tatsächlich einen beträchtlichen Einfluss auf die verfolgte Politik, was es auch möglich macht,

¹⁵² Vgl. Nolte, *Was ist Demokratie?*, 99.

¹⁵³ Vgl. Tombs, *France 1814-1914*, 47.

die im vorangegangenen Kapitel eingeführte zeitliche Einteilung des Transitions-Prozesses in drei grobe Phasen (I: 70-73, II: 73-77, III: 77-85) auf die Außenpolitik zu übertragen. Die zwei einschneidenden Machtwechsel der frühen Dritten Republik, von Thiers zur „Ordre Moral“-Regierung und von dieser zu den Republikanern, kamen auch in der Außenpolitik Wendepunkten gleich, sowohl auf einer strukturell-institutionellen als auch auf einer Policy-Ebene. In den ersten drei Jahren nach Sedan standen Teile des Nordosten Frankreichs noch unter deutscher Besatzung, und Präsident Thiers setzte vieles daran, diesen Zustand so schnell wie möglich zu beenden. Die innenpolitisch durch die Herrschaft der „Ordre Morale“ gekennzeichnete Periode zwischen 73 und 77 stand unter dem Eindruck des angespannten Verhältnisses zum Deutschen Reich, wobei hier die inneren Entwicklungen in Frankreich auf die bilateralen Beziehungen ausstrahlten. Mit der Machtergreifung der Republikaner verbesserten sich die Beziehungen zur deutschen Führung rund um Bismarck merklich, und Frankreich wandte sich einem neuen (alten) Projekt zu: Der Vergrößerung seines weltumspannenden Kolonialreiches.

4.2 Die Außenpolitik der konservativen Republik (1870-1873)

Der Fall des Regimes von Napoleon III. kam für die französische Außenpolitik einem ähnlich großen Bruch gleich wie in der Innenpolitik. Während es in der Innenpolitik in den 1860er Jahren zu Reformen und einer stärkeren Einbindung der demokratischen Institutionen gekommen war, war die Lenkung der Außenpolitik noch größtenteils in der Hand des Kaisers verblieben und entzog sich der Kontrolle des Parlaments.¹⁵⁴ Dieser agierte dabei jedoch oft erratisch und an den dafür vorgesehenen Institutionen vorbei. Louis-Napoleon hatte während seiner Herrschaft Parallelstrukturen zum diplomatischen Korps geschaffen, die auf engen persönlichen Netzwerken beruhten, was mit dazu beitrug, dass seine Politik manchen hohen Diplomaten geradezu enigmatisch erschien. Der französische Diplomat und Außenminister Édouard Thouvenel verlieh seiner Unzufriedenheit über den spärlichen Informationsfluss unter Louis-Napoleons Regime in blumigen Worten Ausdruck: „*Ich kenne die politischen Pläne des Kaisers nicht: Ich gehe im Dunkeln, ohne Ziel, ohne Plan, vor-und zurückschreitend durch eine doppelbödige und niemals erklärte Politik.*“¹⁵⁵ Geleitet wurde die bonapartistische

¹⁵⁴ Vgl. Laurent Theis, „Entre besoin de repos et désir de gloire,“ in *Histoire de la diplomatie française*, ed. Dominique de Villepin and Jean-Claude Allain (Paris: Perrin, 2005), 580f.

¹⁵⁵ Theis, „Entre besoin de repos et désir de gloire,“ 58.

Außenpolitik von abstrakten Prinzipien und Idealen: Neben dem Wunsch, Prestige nach innen und außen zu erwerben, schien der Kaiser vor allem darauf abzuzielen, das im Rahmen des Wiener Kongresses geschaffene System eines Mächtegleichgewicht der europäischen Großmächte durch ein nationales Europa mit Frankreich in der Rolle des Hegemon zu ersetzen.¹⁵⁶

Nach den militärischen Fehlschlägen im Sommer und Herbst 1870 war auf französischer Seite schnell Kriegsmüdigkeit eingetreten. Große Teile der Bevölkerung und auch die meisten politischen Handlungsträger wollten die Kämpfe so schnell wie möglich beendet sehen. Eine Ausnahme stellte ein gewichtiger Teil der Republikaner rund um den an der Begründung der Republik im September 1870 federführend beteiligten Léon Gambetta dar. Die von manchen Republikanern gehegte Hoffnung, dass durch eine Prolongation des Krieges andere europäische Mächte für eine Intervention aufseiten Frankreichs gewonnen werden könnten, erfüllte sich jedoch nicht.

Schließlich trat Thiers direkt mit Bismarck in Verhandlungen, ob der für Frankreich katastrophalen Umstände hatte er dabei allerdings kaum wirkungsvolle Druckmittel in der Hand: Frankreich war international isoliert, seine reguläre Armee de facto vollständig besiegt und deutsche Truppen hielten weite Teile des Nordostens des Landes besetzt. Dazu war die provisorische französische Regierung im Zuge der Erhebung der Pariser Kommune mit der Gefahr eines politischen Umsturzes konfrontiert, was Thiers Verhandlungsmacht zusätzlich schmälerte.¹⁵⁷ Am 10. Mai wurde in Frankfurt ein Friedensvertrag unterzeichnet, in welchem der Verlust Elsass-Lothringens bestätigt wurde, wiewohl Bismarck zumindest von einer Besetzung von Belfort Abstand nahm. Zusätzlich sicherte sich das Deutsche Reich 5 Milliarden Francs an Kriegsentschädigung sowie einen privilegierten Zugang zum französischen Markt mittels einer „Most-favoured-nation“-Klausel.¹⁵⁸

Als Folge der Niederlage 1870/71 war Frankreich nun mit einem starken, geeinten Deutschland als Nachbarn konfrontiert, das sowohl ökonomisch als auch demographisch eine deutlich höhere Dynamik aufwies. All dies änderte das in Frankreich vorherrschende Deutschland-Bild markant, was die öffentliche Meinung in den folgenden Jahrzehnten prägen und eine

¹⁵⁶ Vgl. Reiner Marcowitz, „Attraction and Repulsion,” in *A history of Franco-German relations in Europe: from "hereditary enemies" to partners*, ed. Carine Germond, and Henning Türk (Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2009), 16.

¹⁵⁷ Vgl. Pierre Guillen, „Du recueillement À l'expansion (1870-1898),” in *Histoire de la diplomatie française*, ed. Dominique de Villepin, and Jean-Claude Allain (Paris: Perrin, 2005), 624f.

¹⁵⁸ Vgl. Sylvie Monnet, *La politique extérieure de la France depuis 1870* (Paris: Colin, 2000), 10.

Annäherung der beiden Länder deutlich erschweren sollte. Zur traditionellen Assoziation von Deutschland als Land der Dichter und Denker trat nun auch der preußische Militarismus in seinen mannigfaltigen Manifestationen.¹⁵⁹ Ferner wirkte die Niederlage auf das Selbstverständnis der französischen Gesellschaft aus: Hatte man sich zuvor in der Rolle des Hegemons am europäischen Kontinent gewähnt, war man nun vernichtend geschlagen worden und einer anderen Macht ausgeliefert.

In den folgenden zweieinhalb Jahren wurde die französische Außenpolitik vor allem von Präsident Thiers gelenkt, der dabei auch über seinen Außenminister Jules Favre hinwegagierte.¹⁶⁰ Thiers war erpicht darauf, die Vorgaben aus dem Frankfurter Vertrag genau zu erfüllen und dem Deutschen Reich keinen Anlass zu Strafmaßnahmen zu geben. So wurde etwa die „Ligue Alsacienne“, die eine Rückgewinnung der ans Deutsche Reich verloren gegangenen Provinzen propagierte, verboten.¹⁶¹ Thiers schreckte sogar vor kulturpolitischen Eingriffen nicht zurück: Im Rahmen des Pariser Salons von 1872 verlangte der Staatspräsident, dass künstlerische Darstellung von Kriegsszenen von der Ausstellung ausgeschlossen werden würden.¹⁶² Auch im Bereich der internationalen Politik agierte Frankreich zurückhaltend, um keine verärgerten Gegenreaktionen in Deutschland zu provozieren. In Anbetracht der eigenen Schwäche und der unsicheren politischen Situation strebte die französische Spitze zunächst nicht danach, möglichst schnell neue Bündnisse zu schmieden, sondern beschränkte sich darauf, gute Beziehungen zu anderen europäischen Großmächten aufzubauen.¹⁶³

Dieser Zurückhaltung auf internationaler Ebene wurde auch unter dem Schlagwort des „Recueillement“ Ausdruck verliehen: Frankreich verschrieb sich selbst einer politischen „Einkehr“, das heißt, die Neuordnung der inneren Verhältnisse wurde zunächst einmal gegenüber der Außenpolitik priorisiert. Tatsächlich haben die innenpolitischen Konflikte der 1870er Jahre auch eine lähmende Wirkung auf die französische Diplomatie ausgeübt.¹⁶⁴ Die zahlreichen Ungewissheiten machten es schwierig klare strategische Ziele für die Außenpolitik zu definieren und einen stringenten Kurs einzuhalten. Dazu kamen eklatante Mängel in der

¹⁵⁹ Vgl. Marcowitz, „Attraction and Repulsion,” 16.

¹⁶⁰ Vgl. Georges Dethan, „Le Quai d'Orsay de 1870 à 1914,” *Opinion publique et politique extérieure en Europe. I. 1870-1915. Actes du Colloque de Rome (13-16 février 1980)* (Rom: École Française de Rome, 1981), 169-175.

¹⁶¹ Vgl. Christoph Steinbach, *Die französische Diplomatie und das Deutsche Reich 1873 bis 1881: Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen der französischen Beurteilung der deutschen Politik und der Außenpolitik Frankreichs* (Bonn: Röhrscheid, 1976), 31.

¹⁶² Vgl. Karine Varley, „Under the Shadow of Defeat: The State and the Commemoration of the Franco-Prussian War, 1871-1914,” *French History* 16, no. 3 (2002): 330.

¹⁶³ Vgl. Steinbach, *Die französische Diplomatie*, 29.

¹⁶⁴ Vgl. Guillen, „Du recueillement à l'expansion,” 623.

Koordination zwischen Politik, Bürokratie und Armee.¹⁶⁵ Die Tatsache, dass das politische System Frankreichs in der ersten Hälfte der 1870er noch in der Schwebe war, erschwerte auch den Aufbau engerer Beziehungen zu anderen Staaten erheblich, da diese immer mit einem abrupten Politikwechsel zu rechnen hatten und Frankreich somit nicht als zuverlässiger Partner erachtet wurde.

Während die französische Spitze rund um Thiers in den meisten außenpolitischen Angelegenheiten äußerst zurückhaltend agierte, wurde die Reorganisation der Armee als sicherheitspolitisches Schlüsselprojekt sehr entschlossen in Angriff genommen, was in weiterer Folge noch zu beträchtlichen Verstimmungen mit Deutschland führen sollte. Über die Notwendigkeit einer Reform der Streitkräfte herrschte in Frankreich in den frühen 1870er Jahren über die politischen Lager hinweg Einigkeit, obwohl das Thema aufgrund seiner auf die Revolution zurückgehenden ideologischen Aufladung lange Zeit äußerst kontrovers gewesen war. Aufseiten der Rechten erkannte man, dass die für kriegerische Auseinandersetzungen mit dem Deutschen Reich erforderliche Mannstärke nur über die Einführung einer Wehrpflicht zu erreichen wäre, und die Republikaner rückten von der Idee einer im Anlassfall gebildeten Volksarmee ab. Von einer allgemeinen Wehrpflicht konnte man in den ersten Jahren nach der Reform jedoch zunächst nur eingeschränkt sprechen. Von den etwa 300 000 männlichen Mitgliedern einer Alterskohorte wurden rund 150 000 tatsächlich zur Armee eingezogen, wobei 75 000 davon vier bis fünf Jahre, 75 000 zwischen sechs Monaten und einem Jahr zu dienen hatten.¹⁶⁶ Infolge des demographischen Abfalls gegenüber dem Deutschen Reich erhöhte sich der Anteil der Einberufenen jedoch in den folgenden Jahrzehnten, sodass im frühen 20. Jahrhundert 84 Prozent der Männer eines Jahrgangs zur Armee einberufen wurden, weit mehr als in den anderen europäischen Großmächten.¹⁶⁷

Durch die Aufnahme von Krediten gelang es der französischen Regierung, die Entschädigungen an das Deutsche Reich schneller als geplant zurück zu zahlen, wodurch auch der Abzug der deutschen Truppen zeitlich nach vorne verlegt werden konnte. Für Präsident Thiers kam dies einem großen Triumph gleich, der ihn jedoch politisch paradoxerweise zu schwächen drohte, schien man doch in Frankreich nach dem Beschluss des deutschen Abzuges weniger stark auf ihn angewiesen.

¹⁶⁵ Vgl. John Keiger, *France and the world since 1870* (London: Arnold, 2001), 34f.

¹⁶⁶ Vgl. Philippe Catros, "Des citoyens et des soldats. Histoire politique de l'obligation militaire en France de la Révolution au début de la Troisième République (1789-1872)," in *Annales historiques de la Révolution française* 340 (2005): 220f.

¹⁶⁷ Vgl. Tombs, *France 1814-1914*, 54.

4.3 Die Außenpolitik der Ordre Moral (1873-1877)

Mit dem Ende von Thiers Präsidentschaft und dem Abzug der deutschen Truppen änderte sich auch der Charakter der französischen Außenpolitik merklich. Unter der vom außenpolitisch ebenfalls erfahrenen Duc de Broglie geführten Regierung fiel die politische Verantwortung in jenem Feld von nun an vor allem dem zuständigen Minister, dem Duc de Decazes, zu, während Präsident MacMahon ins zweite Glied zurücktrat. Decazes hatte das Amt als Außenminister von 73 bis 77 inne und konnte der Politik in dieser Zeit, anders als viele seiner Vor- und Nachfolger, tatsächlich seinen Stempel aufdrücken.¹⁶⁸ Politisch stand Decazes dem liberalen Flügel der Konservativen nahe, der eine konstitutionelle Monarchie mit starkem Parlament befürwortete. Die von ihm vertretene Rechtsregierung der „Ordre Moral“ stützte sich jedoch auch auf teils sehr reaktionäre Elemente, was Decazes dazu bewog, die Annahme des Außenministerpostens im November 1873 an die Bedingung zu knüpfen, dass sich Frankreich vom weltlichen Machtanspruch des Papstes distanzieren sollte.¹⁶⁹ Ein paar Monate zuvor hatten mehr als 100 legitimistische Abgeordnete ein Schreiben an Papst Pius IX verschickt, der in seiner Antwort die Revolution als die Wurzel allen politischen Übels in Frankreich ausgemacht hatte.¹⁷⁰ Die engen Bindungen von Teilen des „Ordre Moral“-Lagers zum Papsttum sollten den außenpolitischen Aktionsraum Frankreichs in den folgenden Jahren deutlich einschränken, insbesondere im Verhältnis zu Deutschland.

Im Deutschen Reich begegnete man der überraschend schnellen ökonomischen Erholung sowie den militärischen Reformen mit Sorge, woraufhin Bismarck versuchte, den politischen Druck auf Frankreich zu erhöhen. Das strategische Kernanliegen des deutschen Kanzlers lag darin, Frankreich außenpolitisch zu isolieren und damit die Möglichkeit zur „Revanche“ im Keim zu ersticken. Dies war auch einer der Hauptgründe, warum Bismarck einem republikanischen System und seinen Vertretern in der innenpolitischen Auseinandersetzung Frankreichs den Vorzug gab. In Anbetracht der erhöhten politischen Volatilität, schlussfolgerte er, würde ein republikanisches Frankreich auch für potentielle Bündnispartner sehr schwer auszurechnen sein, wobei insbesondere im Falle des zaristischen Russlands noch eine ausgeprägte

¹⁶⁸ Vgl. Steinbach, *Die französische Diplomatie*, 39.

¹⁶⁹ Vgl. Rémond, *The Right Wing in France*, 189.

¹⁷⁰ Vgl. Garrigues and Anceau, *Histoire du parlement*, 257.

weltanschauliche Divergenz als Hemmschuh für eine mögliche diplomatische Annäherung hinzukäme.¹⁷¹

Dementsprechend hatte man es im Deutschen Reich auch nicht goutiert, als Thiers, der sich in den vergangenen Jahren als verlässlicher Verhandlungspartner erwiesen hatte, von einer Allianz aus Orléanisten und Legitimisten gestürzt und durch MacMahon ersetzt wurde. Dass der Konservative Bismarck in Frankreich die republikanischen Kräfte unterstützte, stieß bei den dortigen Monarchisten auf Kritik. Broglie, Decazes und der Botschafter in Berlin, Gontaut-Biron, warfen dem deutschen Kanzler vor, dass er mit seiner Politik in Wahrheit radikale und sozialistische Strömungen stärken und damit die Solidarität unter den europäischen Konservativen untergraben würde.¹⁷² Bismarcks Haltung gegenüber den großen Lagern der französischen Politik war allerdings nicht ausschließlich der Absicht, Frankreichs internationale Bündnisfähigkeit schwächen zu wollen, geschuldet. Nach dem außenpolitischen Triumph im Krieg von 1870/71 hatte sich der Kanzler nach innen gewandt und sein Hauptaugenmerk zunächst gegen katholische Kirche gerichtet, deren Einfluss er im Rahmen des Kulturkampfes zurückzudrängen suchte.

Währenddessen hatten in Frankreich die Legitimisten als Vertreter eines politischen Katholizismus einen Aufschwung erlebt, der sich ideologisch im Laufe des 19. Jahrhunderts immer stärker vom Gallikanismus weg in eine ultramontanistische Richtung entwickelt hatte.¹⁷³ Unter der Rechtsregierung der frühen „Ordre Moral“-Periode konnten die Legitimisten während der ersten Jahre beträchtlichen Einfluss erlangen, was im Deutschen Reich, das den politischen Kampf des republikanischen Lagers gegen kirchennahe konservative Kräfte auch andersorts wie etwa in Spanien unterstützte, mit großen Vorbehalten aufgenommen wurde. Auch wenn Frankreichs Verhältnis zur Kirche in der Vergangenheit mitunter alles andere als friktionsfrei gewesen war, hatte man doch traditionell die Rolle als Schutzmacht des Kirchenstaates sowie der Christen in vielen Teilen der Welt eingenommen. In den Augen vieler französischer Katholiken war es also die Pflicht des französischen Staates, Bismarcks Kulturkampf sowie der Besetzung Roms durch Italien in irgendeiner Form entgegenzutreten. Immer wieder waren es Handlungen kirchlicher Würdenträger, die zu diplomatischen Verstimmungen mit dem Deutschen Reich führten: Im Sommer 1873 hatte etwa der Bischof

¹⁷¹ Vgl. Orgill, Nathan N. "Between Coercion and Conciliation," in *A history of Franco-German relations in Europe: from "hereditary enemies" to partners*, ed. Carine Germond and Henning Türk (Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2009), 51f.

¹⁷² Vgl. Steinbach, *Die französische Diplomatie*, 48f.

¹⁷³ Vgl. Rémond, *The Right Wing in France*, 183.

von Nancy in einem Hirtenbrief zu Gebeten für die die Wiederangliederung Elsass-Lothringens aufgerufen.¹⁷⁴ Die französische Regierung distanzierte sich von diesen und ähnlichen Äußerungen und erließ bisweilen auch Maßnahmen, um Deutschland zu besänftigen. Indes forderte Bismarck von Frankreich die strafrechtliche Verfolgung jener Bischöfe, die sich mehr oder weniger lautstark in die deutschen Angelegenheiten eingemischt hatten.¹⁷⁵ Die Regierung der „Ordre Moral“ befand sich also in einer Zwickmühle, zwischen den Erwartungshaltungen seiner innenpolitischen Unterstützer auf der einen und den Erfordernissen der internationalen Politik auf der anderen Seite.

Ihren Höhepunkt erreichten die Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland während der „Krieg-in-Sicht“-Krise im Jahr 1875. Als in Frankreich ein weiteres Reformgesetz zur Armee beschlossen wurde, infolgedessen unter anderem die Zahl der Offiziere erhöht werden sollte, wurde das vom Deutschen Reich mit Drohungen erwidert. Die „Berliner Post“ sah gar einen „Krieg in Sicht“, wobei der betreffende Artikel direkt aus dem deutschen Außenamt gekommen sein dürfte.¹⁷⁶ Großbritannien und Russland gaben in weiterer Folge allerdings schnell zu verstehen, dass sie einen deutschen Angriff auf Frankreich keinesfalls dulden würden, was Pierre Guillen als den ersten größeren Sieg der französischen Diplomatie in den 1870er Jahren bewertet.¹⁷⁷

In ihrer Gesamtheit waren die deutsch-französischen Beziehungen der „Ordre Moral“-Periode durch ein hohes Niveau an Spannungen gekennzeichnet. Dabei reagierte die deutsche Spitze sehr empfindlich auf die Entwicklungen im Nachbarland. Der deutsche Kanzler agierte gegenüber Frankreich mit Zuckerbrot und Peitsche. So führten (vermeintlich) provokative Äußerungen, selbst wenn sie nicht direkt von staatlicher Seite kamen, schnell zu Kritik und mitunter auch zu scharfen Drohungen – Schritte der Annäherung und Gesten des guten Willens fanden allerdings ebenfalls Erwiderung.¹⁷⁸ Obwohl die deutschen Truppen abgezogen waren und sich Frankreich von den Folgen des Krieges überraschend schnell erholt hatte, blieb das Machtverhältnis zwischen den beiden Staaten im Verlauf der 1870er Jahre asymmetrisch. Broglie und Decazes waren realistisch genug, um zu erkennen, dass die Verwirklichung einer „Revanche“ auf absehbare Zeit nicht besonders wahrscheinlich war. Dementsprechend bemühte sich die französische Politik auch weiterhin, Provokationen gegenüber Deutschland

¹⁷⁴ Vgl. Steinbach, *Die französische Diplomatie*, 57.

¹⁷⁵ Vgl. Steinbach, *Die französische Diplomatie*, 57ff.

¹⁷⁶ Vgl. Jost Dülffer, Martin Kröger and Rolf-Harald Wippich, *Vermiedene Kriege: Deeskalation von Konflikten der Großmächte zwischen Krimkrieg und Erstem Weltkrieg, 1865-1914*. (München: Oldenbourg, 1997), 213.

¹⁷⁷ Vgl. Guillen, „Du recueillement à l'expansion,“ 632.

¹⁷⁸ Vgl. Orgill, „Between Coercion and Conciliation,“ 45.

zu vermeiden, wenn auch nicht mit jener Konsequenz, die Thiers in den Jahren zuvor an den Tag gelegt hatte. Dies war auch den Erwartungshaltungen geschuldet, die von den konservativen Milieus an die ihnen wohlgesonnenen politischen Gruppierungen gehegt wurden.

Was in der Periode der *Ordre Moral* besonders hervorsteicht ist die hohe Wertigkeit, die die deutsche Führung den innenpolitischen Verhältnissen in Frankreich beimaß. In Frankreich gab es diesen kritischen Blick auf die inneren Vorgänge im Nachbarland naturgemäß ebenfalls, wobei sich der Fokus der Betrachtung dabei weniger auf die großen politischen Lager konzentrierte, sondern auf die führenden Persönlichkeiten auf deutscher Seite: Dabei wurde Bismarck mit seiner aggressiven Raffinesse dem mäßigenden, aber weitgehend machtlosen Kaiser gegenübergestellt.¹⁷⁹ Es ist schwer auszumachen, wie groß Bismarcks Angst vor einer Machtergreifung des ultramontanistischen Flügels in Frankreich tatsächlich war. Die katholischen Hardliner der „Chevaux-Légers“-Fraktionen bildeten in den frühen 1870er Jahren auch innerhalb des legitimistischen Lagers mit etwa 80 von knapp 200 Abgeordneten der Deputiertenkammer keine klare Mehrheit.¹⁸⁰ Die Drohung, dass eine Machtergreifung der Ultramontanisten in Frankreich zu einem Krieg führen würde, stand jedoch mehrere Male im Raum.¹⁸¹

4.4 Die Außenpolitik unter der republikanischen Dominanz (1877-1885)

Im Zuge der Ereignisse vom 16. Mai 1877 und der Auflösung der Deputiertenkammer durch Präsident MacMahon und den Senat versuchte Bismarck erneut klarzumachen, dass das Deutsche Reich keine reaktionäre Wende in seinem Nachbarland hinnehmen würde.¹⁸² Der Ausgang der Parlamentswahlen im Herbst 1877 zugunsten der Republikaner trug in den nächsten Jahren zu einer deutlichen Entspannung in den Beziehungen zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich bei. Im Jahr 1879 löste der Republikaner Jules Grévy den streng katholischen Militär MacMahon als Präsident ab. Grévy war ein Befürworter einer Annäherung an das Deutsche Reich und versuchte später während der erneuten Zunahme der Spannungen im Zuge des Aufstiegs Boulangers und der Schnaebeler-Affäre einen mäßigenden Einfluss auszuüben. Auch Léon Gambetta, ursprünglich einer der vehementesten Befürworter einer

¹⁷⁹ Vgl. Steinbach, *Die französische Diplomatie*, 74.

¹⁸⁰ Vgl. Passamore, *The Right in France*, 29.

¹⁸¹ Vgl. Steinbach, *Die französische Diplomatie*, 63f.

¹⁸² Vgl. Orgill, „Between Coercion and Conciliation,” 53.

Fortsetzung des Krieges und Unterstützer der Revancheidee, übte sich gegenüber dem Deutschen Reich fortan in Zurückhaltung. Als Frankreich 1878 eingeladen wurde, am Berliner Kongress teilzunehmen, drängte er vehement auf eine Teilnahme, da er sich, durchaus zurecht, erhoffte, Frankreich könne auf diesem Wege wieder eine aktive Rolle in der europäischen Machtpolitik erlangen.¹⁸³

Das Streben Frankreichs, seinen Status als eine der führenden Weltmächte wiederzuerlangen, brach sich schließlich außerhalb Europas Bahn. In den 1870er Jahren hatten sich außenpolitische Debatten vor allem auf die Beziehungen zum Deutschen Reich konzentriert. Kolonialistische Unternehmungen wurden während jener Periode vor allem durch Einzelpersonen angestoßen, beispielsweise durch Pierre Savorgnan de Brazza im Kongo oder durch Francis Garnier in Tonkin.¹⁸⁴ Zudem kam es zu mehreren Reformen, die die Konsolidierung bzw. Neuordnung bereits erworbener Gebiete im Blick hatten, beispielsweise in Algerien. Ein ausgeprägter kolonialistischer Zeitgeist lässt sich für die 1870er aber weder in der Politik noch innerhalb der breiten Bevölkerung ausmachen. Paul-Leroy Beaulieus 1874 veröffentlichtes Buch „De la colonisation chez les peuples modernes“ blieb vorerst nur beschränkt einflussreich, auch wenn es viele Gedankengänge hinter der ab 1881 einsetzenden Expansion vorwegnahm.¹⁸⁵

Dass Frankreich in den 1870er Jahren in kolonialen Angelegenheiten über weite Strecken passiv blieb, hat mehrere Ursachen. Die vernichtende Niederlage gegen Preußen und das davon ausgehende psychologische Moment zogen zunächst eine Orientierung nach innen nach sich. Auch schien es in jener Phase ein Gebot der Vernunft, seinen außenpolitischen Fokus primär auf die veränderte europäische Gesamtsituation zu richten. Zudem war ein tiefgreifendes Engagement in anderen Teilen der Welt aufgrund vergangener Fehlschläge auch historisch in beträchtlichem Maße kompromittiert. Schon Louis-Napoleon hatte im Anschluss an eine Periode der Expansion beabsichtigt, das französische Engagement in Indochina wegen hoher Kosten wieder zurückzustutzen, wurde davon allerdings von einer Allianz aus Klerikern, Schiffsmagnaten und dem eigenen Marineministerium abgehalten. Das äußerst kostspielige,

¹⁸³ Vgl. Charles-Robert Ageron, „Gambetta et la reprise de l'expansion colonial,” *Revue française d'histoire d'outre-mer* 59, no. 215 (1972): 171.

¹⁸⁴ Vgl. Monnet, *La politique extérieure*, 12.

¹⁸⁵ Vgl. ebd., 12.

aber spektakulär gescheiterte Abenteuer in Mexiko während der 1860er Jahre wirkte in Frankreich ebenso nach.¹⁸⁶

Den Anlassfall für die Renaissance der Kolonialbestrebungen Frankreichs lieferte Tunesien. Der dortige Bey war bei europäischen Geldgebern sehr hoch verschuldet, was zu politischer Instabilität führte und damit einen geeigneten Vorwand für die Übernahme der Geschicke des Landes lieferte. Interessanterweise kamen die Impulse für ein französisches Eingreifen zunächst nicht von der französischen Politik, sondern vor allem aus diplomatischen Kreisen und aus dem Ausland. Die Diplomaten drängten vor allem aus strategischen Gründen für eine Übernahme Tunesiens, da dieses als essentiell für die Absicherung Algeriens erachtet wurde und den Expansionsdrang Italiens im Keim zu ersticken versprach.¹⁸⁷ Großbritannien stand einer französischen Mission zunächst ebenso wohlwollend gegenüber wie das Deutsche Reich – Bismarck teilte dem französischen Botschafter sogar unverhohlen mit, dass sich Frankreich sein Selbstvertrauen am Mittelmeer zurückholen solle, anstatt sich am Revanchegedanken zu ergötzen.¹⁸⁸ Die deutsche Rückendeckung für die französische Kolonialbewegung, deren Hintergründe der deutsche Staatskanzler gar nicht zu verschleiern versuchte, heizte die politische Auseinandersetzung zwischen den Anhängern einer Revanche und den Proponenten einer expansiven Kolonialpolitik zusätzlich an. In Italien hingegen wurde eine mögliche französische Intervention mit Argwohn betrachtet: Der junge Staat hätte selbst gerne Ansprüche auf Tunesien angemeldet, wo eine erhebliche Zahl von italienischen SiedlerInnen lebte. Zudem drohte eine französische Präsenz die Verwundbarkeit der italienischen Küste gegenüber einem Angriff noch zu erhöhen.¹⁸⁹

Ferry stand einer französischen Mission in Tunesien zunächst äußerst skeptisch gegenüber, während sie Präsident Grévy und Freycinet überhaupt ablehnten, nicht zuletzt aufgrund der zu erwartenden Spannungen mit Italien. Nachdem man zunächst zugewartet hatte, sandte die Regierung Ferry 1881 unter dem Vorwand der Bekämpfung von aufständischen Stammeskriegern an der algerischen Grenze Truppen nach Tunesien, wo man die Herrschaft in den nächsten Jahren schrittweise konsolidieren und ein Protektorat errichten konnte.¹⁹⁰ Das

¹⁸⁶ Vgl. James J. Cooke, *New French imperialism 1880-1910: the Third Republic and colonial expansion*. (Newton Abbot: David & Charles, 1973), 14.

¹⁸⁷ Vgl. Monnet, *La politique extérieure*, 13.

¹⁸⁸ Vgl. Orgill, "Between Coercion and Conciliation," 54.

¹⁸⁹ Vgl. Frédéric Le Moal, "L'analyse de la politique méditerranéenne de la France par l'Italie dans les années 1880." in *Les horizons de la politique extérieure française : Stratégie diplomatique et militaire dans les régions périphériques et les espaces seconds (XVIe -XXe siècles)*, ed. Frédéric Dessberg, and Éric Schnakenbourg (Bruxelles: Lang, 2011), 303f.

¹⁹⁰ Vgl. Dülffer, Kröger and Wippich, *Vermiedene Kriege*, 252.

schnelle Handeln der französischen Regierung hatte auch innenpolitische Gründe: Ferry wollte damit vollendete Tatsachen gegenüber dem Parlament schaffen, um die notwendigen Finanzmittel für die bereits angelaufene Unternehmung zu bekommen.¹⁹¹ Auf diese Strategie sollte er später noch mehrere Male zurückgreifen, allerdings war er damit nicht immer erfolgreich.

Die Art und Weise, wie die Übernahme Tunesiens von statten gegangen war, zeigt, dass die Kolonialpolitik in den frühen 1880er Jahren auch innerhalb des republikanischen Lagers hoch umstritten war. Der Übergang zu einer aktiven Kolonialpolitik während der ersten Hälfte der 1880er Jahre erfolgte schrittweise und mit Unterbrechungen. Als treibende Kräfte können dabei Jules Ferry und Léon Gambetta ausgemacht werden, die sich damit zumindest phasenweise gegen die bremsenden politischen Elemente rund um Präsident Grévy durchsetzen konnten. Gambettas Name wird mit der Wiederaufnahme der kolonialen Expansion gemeinhin weniger stark in Verbindung gebracht als jener Ferrys, was zum Teil seinem überraschenden Tod im Dezember 1882, also noch vor dem Höhepunkt der kolonialpolitischen Auseinandersetzung Mitte der 1880er Jahre, geschuldet sein dürfte. Während allerdings Ferry nach Meinung vieler Historiker von den Vorteilen einer kolonialen Expansion erst „mit Verspätung überzeugt wurde“¹⁹² hatte Gambetta in Tunesien und Ägypten früh für ein französisches Eingreifen plädiert.¹⁹³

Dass die Rufe nach koloniale Erwerbungen während der frühen 1880er Jahre im republikanischen Lager immer lauter wurden, ist mit dem nach der Periode des „Recueillement“ wiederaufgenommenen französischen Großmachtstreben verknüpft. In Gambettas Denken spiegelte sich dabei auch die nationalistische Färbung der französischen „Mission civilisatrice“ deutlich wieder. In einer Rede hatte er selbstbewusst erklärt „Frankreich wird nie groß genug und bevölkert genug sein.“¹⁹⁴ Neben der „Mission civilisatrice“ führten Befürworter der Kolonialisierung auch pragmatische Gründe ins Feld. Zunächst einmal schien die Beteiligung am kolonialen Wettbewerb vielen schon allein deshalb unabdinglich, um Frankreichs Status als Großmacht erhalten zu können. Dabei war höchste Eile geboten: Großbritannien und Russland expandierten nahezu ohne Unterlass, während das Deutsche Reich und Italien ebenfalls in den Startlöchern scharrten.

¹⁹¹ Vgl. Dülffer, Kröger and Wippich, *Vermiedene Kriege*, 253.

¹⁹² François Manchuelle, „Origines républicaines de la politique d'expansion coloniale de Jules Ferry (1838-1865),“ *Revue française d'histoire d'outre-mer* 75, no. 279 (1988): 201.

¹⁹³ Vgl. Ageron, „Gambetta et la reprise de l'expansion colonial,“ *Revue française d'histoire d'outre-mer*, 165ff.

¹⁹⁴ Ebd., 178.

Neben dem Erhalt des französischen Großmachtstatus waren auch ökonomische Überlegungen ein bedeutendes Motiv für die Expansion. Als Anhänger des Freihandels versuchte Ferry die Notwendigkeit zur Erwerbung von Kolonien nicht zuletzt über die Schaffung neuer Märkte für französische Produkte zu begründen: „*Der soziale Frieden im industriellen Zeitalter der Menschheit ist eine Frage der Absatzmärkte.*“¹⁹⁵ Dies muss auch im Kontext der ökonomischen Entwicklung der späten 1870er und frühen 1880er Jahren betrachtet werden: Nach der Modernisierung während des Second Empires und der raschen, auf Kredit-Basis finanzierten Erholung im Anschluss an den Deutsch-französischen Krieg fiel Frankreichs Wirtschaft ab den späten 1870er Jahren in eine Krise. Von dieser wurde zunächst der Agrarsektor erfasst, wo man neben der Reblaus auch mit Billigimporten von Getreide aus den USA und Russland zu kämpfen hatte.¹⁹⁶ Ab den frühen 1880er Jahren traten auch in Gewerbe und Industrie markante Krisenerscheinungen auf. Dies führte zunehmend zu Forderungen nach einer protektionistischen Wirtschaftspolitik, die schlussendlich 1892 in der Implementierung der Méline-Zölle gipfelten.¹⁹⁷

Neben den beiden großen Republikanern der frühen Dritten Republik hatte eine expansive Politik in der frühen Dritten Republik auch weitere einflussreiche Fürsprecher, unter anderem in der Marine. Unter den organisierten Interessensgruppen traten vor allem Missionare, geographische Gesellschaften und Handelskammern als Unterstützer der Kolonialisierung auf. In der Deputiertenkammer bildete sich ebenfalls eine Gruppe von Kolonialisierungsfreundlichen Abgeordneten, die von Eugène Étienne angeführt wurde. Viele der entschiedenen Befürworter einer kolonialen Expansion stammten selbst aus Kolonialgebieten fernab der Metropole. Dies traf neben den aus Oran stammenden Eugène Etienne beispielsweise auch auf Francois de Mahy aus Réunion sowie Gaston Thompson aus Constantine zu, die ebenfalls eine treibende Rolle in der Kolonialbewegung im französischen Parlament einnahmen.¹⁹⁸ Für die Abgeordneten aus den Kolonien hatte das Thema der imperialen Expansion schon allein aufgrund der Bedürfnisse des eigenen Elektorats eine deutlich höhere Dringlichkeit. In manchen Regionen war das Leben als „Colon“ (=Siedler) dem an der amerikanischen „Frontier“ nicht unähnlich – die Verklärung des eigenen Lebensstils sowie die oft katastrophalen Auswirkungen für die lokale Urbevölkerung inbegriffen. Im Zentrum der Forderungen der Abgeordneten aus den Kolonialgebieten standen daher vor allem der bessere

¹⁹⁵ Guillen, „Du recueillage à l'expansion,” 637.

¹⁹⁶ Vgl. Jonathan Liebowitz, „Rural support for protection: Evidence from the parliamentary inquiry of 1884,” *French History* 7, no. 2 (June 1993): 164.

¹⁹⁷ Vgl. ebd., 175.

¹⁹⁸ Vgl. Cooke, *New French imperialism*, 14ff.

Schutz durch das Militär sowie die Schaffung neuer Infrastruktur wie der Aufbau eines modernen Eisenbahnnetzes.

Im Hinblick auf die indigene Bevölkerung in den Kolonien nahmen weite Teile der politischen Elite und der Befürworter der Expansion zunächst eine Haltung ein, die auf eine „Assoziation“, nicht auf eine „Assimilation“ abzielte.¹⁹⁹ Das bedeutet, dass im Wesentlichen parallel existierende Systeme zwischen französischstämmigen Siedlern und Einheimischen errichtet werden sollten, wobei man letzteren zumindest manche zivilisatorischen Errungenschaften (Spitäler, Schulen, etc.) zugestehen wollte. Im Zuge des Aufschwungs sozialdarwinistischer Ideen war die Annahme, dass zum Beispiel Schwarzafrikaner gar nicht in ein höherstehendes zivilisatorisches System eingefügt werden könnten, weit verbreitet. Die Vertreter einer „Assimilation“, die der Grundidee einer „Mission civilisatrice“ in vielerlei Hinsicht durchaus entsprochen hätte, waren in den frühen 1880ern in der Kolonialbewegung noch eher in der Minderheit. Zu ihnen zählte damals Jean Jaurès, der später, als das Narrativ der Assimilation schon deutlich größere Verbreitung gefunden hatte zu einem der vehementesten Kritiker des Kolonialismus im Allgemeinen werden würde.²⁰⁰

Nichts desto trotz war das kulturelle Sendungsbewusstsein Frankreichs ein integraler Bestandteil des kolonialen Projekts. Dies zeigt etwa die Gründung der „Alliance française“, die ursprünglich eng mit der Expansion in Tunesien verwoben war.²⁰¹ Auch die katholischen Missionsgesellschaften, die schon die außereuropäische Expansion der vorangegangenen Jahrhunderte begleitet hatte, spielten im Rahmen der republikanischen Kolonialisierungspolitik weiterhin eine tragende Rolle. Die Auseinandersetzung zwischen der Kirche und dem republikanischen Staat ließ man dabei weitgehend auf sich beruhen. „*Der Antiklerikalismus ist kein Exportartikel*“, wie Freycinet lapidar anmerkte.²⁰²

Im Parlament versuchten die Proponenten einer kolonialen Expansionspolitik rund um Eugène Étienne parteiübergreifend zu agieren, was aber nur teilweise gelang.²⁰³ Mit der zunehmenden Polarisierung rund um kolonialpolitische Fragen kristallisierten sich die Frontstellungen in der ersten Hälfte der 1880er Jahre immer stärker heraus. So waren die Befürworter einer aktiven Kolonialpolitik vor allem im republikanischen Zentrum zu finden, während sie von der

¹⁹⁹ Vgl. ebd., 20ff.

²⁰⁰ Vgl. ebd., 19.

²⁰¹ Vgl. Janet Horne, „“To Spread the French Language is to Extend the Patrie”: The colonial mission of the Alliance Française,” *French Historical Studies* 40, no. 1 (February 2017): 102f.

²⁰² Guillen, „Du recueillement à l'expansion,” 655.

²⁰³ Vgl. Cooke, *New French imperialism*, 15.

monarchistischen Rechten und von Teilen der radikalen Linken Ablehnung erfuhr. Albert de Broglie begründete seine Haltung mit Überlegungen sicherheitspolitischer Natur: „*Frankreich ist vor allem eine Kontinentalmacht, sein erstes Bedürfnis ist die Konzentration seiner Kräfte, das ist die essentielle Bedingung seiner Sicherheit.*“²⁰⁴ Tatsächlich war Broglies Sorge, Frankreich könnte seine militärischen Kräfte im Zuge seiner kolonialen Expansion überstrapazieren, alles andere als unberechtigt: Eine aktive Kolonialpolitik schien neben einer dem Deutschen Reich ebenbürtigen Landstreitmacht zusätzlich noch eine große Flotte erforderlich zu machen, die auf den Weltmeeren gegenüber Großbritannien und im Mittelmeer gegenüber Italien konkurrenzfähig sein sollte – eine fast nicht zu bewerkstellende Aufgabe.²⁰⁵ Andere Abgeordnete von rechts und links argumentierten in ihren Grundsätzen ähnlich, aber offensiver: In dieser Argumentationslinie wurden die Gebietserwerbungen in anderen Erdteilen vor allem als Hemmschuh betrachtet, der einer erfolgreichen Verwirklichung der Revanche gegen Deutschland im Weg stand. In Debatten rund um die koloniale Expansion wurde Elsass-Lothringen von der Rechten daher bewusst aufs Tapet gebracht. So polterte der einflussreiche Publizist Paul Déroulède gegenüber Jules Ferry: „*Ich habe zwei Schwestern verloren, und Sie bieten mir zwanzig Domestiken.*“²⁰⁶

Tatsächlich rückte die Wiedererlangung der verlorengegangenen Provinzen in den Augen vieler Republikaner in jener Phase faktisch in den Hintergrund, auch wenn man sich davor hütete, dies öffentlich einzugestehen. Diese Haltung brachte ihnen auch den Spott des Humoristen Alphonse Allais ein, der, in Anlehnung an die berühmte, von Léon Gambetta in den 1870er Jahren ausgegebene Prämisse, formulierte: „*En parler toujours, n'y penser jamais.*“ – Immer von Elsass-Lothringen sprechen, nie daran denken.²⁰⁷ Manche Republikaner glaubten auch, man könne Elsass-Lothringen zurückgewinnen, indem man dem Deutschen Reich im Gegenzug größere Gebiete in anderen Weltgegenden zum Tausch anbieten würde, was sich aber als Illusion entpuppte.²⁰⁸

Gambetta initiierte 1881 die Schaffung eines Untersekretariats für Kolonien, aus dem später das Kolonialministerium hervorgehen sollte. Dass ein solches schlussendlich erst in den 1890er Jahren begründet werden würde, ließ sich auch darauf zurückführen, dass Marine-, Kriegs-,

²⁰⁴ Guillen, „Du recueillement à l'expansion,“ 637f.

²⁰⁵ Vgl. Keiger, *France and the world*, 51.

²⁰⁶ Orgill, „Between Coercion and Conciliation,“ 56.

²⁰⁷ Monnet, *La politique extérieure*, 13.

²⁰⁸ Vgl. Tombs, *France 1814-1914*, 52.

Außen- und Handelsministerium manche ihrer Vorrechte zu verlieren fürchteten.²⁰⁹ Lange Zeit waren die Kolonialagenden vor allem im Marineministerium angesiedelt, was jedoch im Zuge des Voranschreitens der kolonialen Expansion kritischer beäugt wurde. So führte die wachsende Zahl von SiedlerInnen neben der Demokratisierung in Frankreich selbst dazu, dass die militärischen Strukturen vielerorts obsolet erschienen und eine zivil geführte Form der Verwaltung angestrebt wurde. Unterdessen kam es in manchen Weltgegenden auch zu immer größeren militärischen Operationen im Landesinneren, die nicht von der Marine, sondern von der Armee durchgeführt wurden. Die politische Verantwortlichkeit für die Kolonien differierte je nach ihrem rechtlichen Status: Die Verwaltung des eng ans Mutterland geknüpften Algeriens oblag dem Innenministerium, jene der Protektorate (Tunesien und Madagaskar) dem Außenministerium und die der meisten anderen, im Regelfall kleineren Kolonialgebiete dem Marineministerium.²¹⁰ Dies hatte durchaus pragmatische Gründe: So war eine zu enge Anbindung ans Mutterland etwa für Tunesien aus Gründen ökonomischer und auch diplomatischer Natur gar nicht unbedingt beabsichtigt, während Algerien schon damals eng mit der Metropole verbunden war.²¹¹

Dass für die Periode von 1880-1885 beileibe nicht von einer uneingeschränkten kolonialen Expansion Frankreichs gesprochen werden kann, zeigen auch die politischen Kontroversen rund um eine mögliche Intervention in Ägypten im Jahr 1882. Dort hatte 1876 die „Caisse de la Dette Publique“ de facto die Geschicke des Landes übernommen, nachdem es dem Khediven Ismael nicht gelungen war, die Schulden gegenüber seinen vornehmlich europäischen Geldgebern zu bedienen. Die „Dual Control“ Ägyptens durch Briten und Franzosen zog einen Aufschwung nationalistischer und religiöser Bewegungen nach sich, der auch die Armee und die politische Oberschicht erfasste, woraufhin die Europäer ein militärisches Eingreifen in Erwägung zogen.²¹² Gambetta, der im Winter 1881/82 für kurze Zeit das Amt des Ministerpräsidenten bekleidet hatte, plädierte mit seinen Unterstützern für eine gemeinsame Operation mit Großbritannien, sein Nachfolger Freycinet zögerte jedoch zunächst, auch, weil er einer internationalen Operation in Abstimmung mit anderen Mächten den Vorzug gegeben hätte.²¹³

²⁰⁹ Vgl. Julie D'Andurain, „Entre velléité et opiniâtreté: La création du ministère des Colonies en France (1858–1894),“ *French Colonial History* 14 (2013): 34.

²¹⁰ Vgl. ebd., 36.

²¹¹ Vgl. Dülffer, Kröger and Wippich, *Vermiedene Kriege*, 254f..

²¹² Vgl. ebd., 265f.

²¹³ Vgl. ebd., 268ff.

Am 11. Juli 1882 begann Großbritannien mit dem Bombardement des Hafens von Alexandria eigenmächtig in Ägypten zu intervenieren, gegen den Willen Frankreichs und des Osmanischen Reiches. Frankreichs Regierung plante nun doch zu handeln, das Parlament lehnte allerdings die Forderung nach Krediten für eine Intervention in Ägypten am 29. Juli 1882 mit 441 zu 71 Stimmen deutlich ab, wobei auch die meisten Vertreter der „Union républicaine“ Gambettas gegen die Regierung gestimmt hatten.²¹⁴ Freycinet musste daraufhin als Präsident des Ministerrates zurücktreten, während Großbritannien die Aufstände niederschlug und in den folgenden Jahrzehnten faktisch die alleinige Oberhoheit über Ägypten erlangen konnte. Hochrangige französische Diplomaten plädierten dafür, die britische Kontrolle über Ägypten anzuerkennen und eine Auseinandersetzung aufgrund der bündnispolitischen Isolation Frankreichs zu meiden.

Nichts desto trotz verweigerten es spätere Regierungen lange Zeit, den Briten Ägypten, mit dem sich Frankreich seit der napoleonischen Expedition eng verbunden wähnte, widerstandslos zu überlassen. Die Art und Weise des britischen Vorgehens, infolgedessen sich neben Frankreich auch andere internationale Mächte brüskiert gefühlt hatten, dürfte der Bereitschaft der französischen Regierungen, Großbritanniens Herrschaft über Ägypten als *Fait accompli* anzuerkennen, nicht dienlich gewesen sein. Auch strategische Interessen spielten in dieser Angelegenheit eine Rolle, allen voran die Kontrolle über den Suez-Kanal, welche nicht zuletzt ob der französischen Expansion im Indischen Ozean und in Indochina von vielen Politikern als bedeutsam erachtet wurde.²¹⁵ In weiterer Folge wurden daher mehrere Versuche unternommen, Großbritanniens Neuordnung Ägyptens zu torpedieren. Frankreich war noch immer in der „Caisse de la Dette Publique“ vertreten und konnte dadurch vorerst weiterhin ein gewisses Maß an Einfluss auf die Vorgänge im Land ausüben.²¹⁶ In diesem Zusammenhang versuchte man Italien zu einer Kooperation zu gewinnen, was von der Regierung in Rom jedoch abgelehnt wurde.²¹⁷

Die Fehlschläge in der Ägypten-Politik wurden schließlich zum Katalysator für die Intensivierung des französischen Engagements in Südostasien. Jules Ferry schrieb dazu: „*Für uns und für all diejenigen, die über diesen irreparablen Fehler geklagt hatten, war die Okkupation Tonkins zuvorderst eine Revanche für die Ägypten-Angelegenheit.*“²¹⁸ In Indochina

²¹⁴ Vgl. Ageron, „Gambetta et la reprise de l'expansion colonial,” *Revue française d'histoire d'outre-mer*, 181.

²¹⁵ Vgl. Guillen, „Du recueillement à l'expansion,” 641.

²¹⁶ Vgl. Dülffer, Kröger and Wippich, *Vermiedene Kriege*, 273.

²¹⁷ Vgl. Moal, „L'analyse de la politique méditerranéenne,” 305.

²¹⁸ Ageron, „Gambetta et la reprise de l'expansion colonial,” *Revue française d'histoire d'outre-mer*, 183.

war Frankreich ebenfalls schon mehrere Jahrzehnte präsent, wobei die Herrschaft über die Region Annam im heutigen Zentralvietnam hauptsächlich auf dem Papier Bestand hatte. Vor Ort stationierte Militärs und Beamte drängten darauf, die Herrschaft in Annam zu konsolidieren und auch das angrenzende Tonkin in Besitz zu nehmen. Unter der republikanischen Regierung Ferrys kam es schließlich ab 1883 zu einer drastischen Ausweitung der französischen Aktivitäten. Das groß angelegte militärische Vorgehen der Franzosen in Indochina führte schließlich auch zum Krieg mit China, das seine Interessen in der Region bedroht sah. Die Expansion in Indochina war politisch höchst umstritten, wobei die Auseinandersetzung ihren Zenit während einer erhitzten Parlamentsdebatte im Anschluss eines militärischen Rückschlages in Lạng Sơn erreichte. Der Wortführer des linken Flügels der Republikaner, Georges Clemenceau, bezichtigte Ministerpräsident Ferry des Landesverrats, woraufhin dessen Regierung von einer Mehrheit des Parlaments gestürzt wurde. Die von Ferry angeforderten Kredite zur Fortführung des Engagements bewilligte das Parlament dennoch, und einige Monate später kam es zum Friedensschluss mit China, in dem die französische Oberhoheit über die Region anerkannt wurde.²¹⁹

Mit der Expansion in Indochina und dem Sturz der Regierung Ferrys fand die parlamentarische Auseinandersetzung mit der Kolonialpolitik ihren Höhepunkt. In den darauffolgenden Jahren verschwand das Thema zunehmend aus dem politischen Fokus: Bei den Wahlen 1885 spielte die Kolonialpolitik laut Untersuchungen noch eine beträchtliche Rolle in den Wahlprogrammen – 1889 fand sie deutlich seltener, 1893 schließlich kaum noch Erwähnung.²²⁰ Der öffentliche Diskurs zur Außenpolitik wurde in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre wieder eindeutig von den Beziehungen zum Deutschen Reich dominiert. Die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarn hatten sich, nach der Annäherung in den späten 70er und frühen 80er Jahren, ab Mitte des Jahrzehnts wieder merklich abgekühlt. Auf französischer Seite ging zeitweise erneut die Angst vor einem deutschen Präventivschlag um, da man glaubte, dass sich Bismarck auf diesem Wege gegenüber Russland abzusichern plante.²²¹

Besonderes prägend für das Deutsch-Französische Verhältnis in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre war allerdings das erneute Aufleben des Revanchismus in Frankreich, das mit dem

²¹⁹ Vgl. Kreis, Frankreichs republikanische Großmachtpolitik, 399ff.

²²⁰ Vgl. André Nouschi, "L'opinion publique française et les affaires coloniales (1880-1900): contribution au débat sur l'imperialisme," *Opinion publique et politique extérieure en Europe. I. 1870-1915. Actes du Colloque de Rome (13-16 février 1980)* (Rome: École Française de Rome, 1981), 357-365.

²²¹ Vgl. Philippe Levillain, "Pacifisme et bellicisme : le grand débat entre les gauches et les droites et le phénomène boulangiste," *Opinion publique et politique extérieure en Europe. I. 1870-1915. Actes du Colloque de Rome (13-16 février 1980)* (Rome: École Française de Rome, 1981), 266f.

rasanten Aufstieg des von seinen Anhängern als „General Revanche“ titulierten Georges Boulanger Hand in Hand ging. Als deklariert republikanischer General mit engen Beziehungen zu Clemenceau war Boulanger im Kabinett unter Ministerpräsident Freycinet zum Kriegsminister aufgestiegen und hatte in weiterer Folge in Teilen der französischen Bevölkerung enorm an Popularität gewonnen.²²² Das Dürsten nach der „Revanche“ verband sich auch bei ihm mit einem innbrünstigen Antikolonialismus. In seinem Manifest verkündete er: *„Give way to the person who will rid you of this horde of parasites, (...) who have done nothing for you apart from sending your sons to die far away, without any benefit to France which is left disarmed.“*²²³

Politische Unterstützung erfuhr Boulanger im Wesentlichen von jener Allianz aus Rechten und Teilen der radikalen Linken, die zuvor schon vehement gegen Ferrys Kolonialpolitik opponiert hatten. Dazu zählten auch altgediente Kommunnarden wie der einflussreiche Publizist Henry Rochefort oder der ebenfalls republikanisch gesinnte Paul Déroulède, Gründer der „Ligue des Patriotes“, der bedeutendsten nationalistischen Pressure-Group. Die Kontroversen rund um Kolonialpolitik und Revanche nahmen dabei die Neuausrichtung der politischen Landschaft in Frankreich vorweg und fungierten zwischenzeitlich als ein für das politische System konstitutiver „Cleavage“. Diese Neuausrichtung kann als eine Transformation des Parteiensystems im Sinne eines für das Europa des 20. Jahrhunderts typischen Links-Rechts-Schema begriffen werden, auch wenn manche nationalen Eigenheiten (z.B. republikanische Synthese statt konservativ-sozialistischer Gegensatz) noch längere Zeit überdauern sollten. Dabei fanden die bereits adressierten antipluralistischen Elemente, die im Demokratieverständnis der Jakobiner und der Bonapartisten verankert waren, aufseiten der äußeren Rechten Einzug. Der ultramontanistische Katholizismus verlor zunehmend gegenüber einem radikalen Nationalismus an Terrain, der neben katholischen Residuen auch eine ausgeprägte antisemitische Grundierung aufwies. In seinem gewaltbereiten Ton und seinen „plebejischen Tendenzen“ fand auch der Bonapartismus im französischen Konservatismus Einzug.²²⁴

Diese Verschiebung lässt sich auch anhand der dominanten außenpolitischen Haltungen aufseiten der Rechten ablesen. Albert de Broglie hatte die Außenpolitik der Französischen Republik in den 1870er Jahren ebenfalls scharf kritisiert, wobei er mehrere bedeutende

²²² Vgl. ebd., 266.

²²³ Fortescue, *The Third Republic in France*, 44.

²²⁴ Vgl. Rémond, *The Right Wing in France*, 199.

Schwächen ausmachte.²²⁵ Broglie zufolge wurde eine an klar definierten strategischen Zielen ausgerichtete Außenpolitik durch die Volatilität des politischen Systems verunmöglicht – langfristige Planung fiel dadurch also kurzfristigen Interessen zum Opfer. Die politischen Handlungsverantwortlichen wiederum seien vor allem dem Parlament, ihrer Fraktion oder der eigenen Wählerschaft hörig, weshalb persönliche und partikulare Interessen gegenüber dem großen Ganzen priorisiert werden würden. Und schließlich beklagte er auch die „mangelnde Salonfähigkeit“ der französischen Republik in der internationalen Arena, was negative Auswirkungen auf die Bündnisfähigkeit und damit auch auf die Sicherheit des Staates hätte.²²⁶ Broglies Argumentation weist damit in ihren Grundzügen frappante Ähnlichkeiten mit jenen in der Einleitung angeführten Kritikpunkten auf, die Alexis de Tocqueville einige Jahrzehnte zuvor artikuliert hatte.

Bei Boulanger und seinen Anhängern wiederum hatte die Kritik an der Französischen Außenpolitik der frühen Dritten Republik eine gänzlich andere Stoßrichtung, nämlich, dass sie den wahren Volkswillen in Fragen wie der kolonialen Expansion verkennen bzw. sogar willentlich ignorieren würde. Auch in diesem Politikfeld manifestiert sich also der Wandel des ideologischen Mainstreams im rechten Lager, vom oft elitär gefärbten Konservativismus der frühen 1870er Jahre zu einem Nationalismus mit mitunter markant ausgeprägter Elitenfeindlichkeit, wie er in mancherlei Hinsicht schon wenige Dekaden zuvor von Louis Napoleon vorexerziert worden war.

In den frühen 1880er Jahren war das Vertrauen in Frankreichs militärische Stärke spürbar angewachsen. Neben der erfolgreichen Reorganisation der Armee war auch der Festungsbau weit fortgeschritten und eine neue, moderne Artillerie aufgebaut worden.²²⁷ Nichts desto trotz schien ein Gelingen der Revanche während des erneuten Aufflammens der gegen Deutschland gerichteten Rhetorik in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre illusorisch, nicht zuletzt aufgrund von Frankreichs internationaler Isolation. Die Beziehungen zu Großbritannien waren aufgrund der Ägypten-Frage erheblich belastet, jene zu Italien über weite Strecken der 1880er Jahre zerrüttet. Das nationalistische Aufflackern in seinem Nachbarland wurde dort mit besonders großer Sorge beobachtet, wurde es doch als Ausdruck eines althergebrachten französischen Imperialismus gedeutet, der für Italien eine Gefahr darzustellen drohte.²²⁸ Österreich-Ungarn stand weiterhin fest an deutscher Seite, und die französischen Beziehungen zu Russland hatten

²²⁵ Vgl. Kreis, *Frankreichs republikanische Großmachtpolitik*, 530f.

²²⁶ Vgl. ebd., 530f.

²²⁷ Vgl. John Keiger, *France and the world*, 52.

²²⁸ Vgl. Moal, „L'analyse de la politique méditerranéenne“, 310f.

sich zwar verbessert, bis zum Abschluss eines Bündnisses würde es aber noch bis in die erste Hälfte der 1890er Jahre dauern.

Aus der Analyse der drei Phasen des Demokratisierungsprozesses und der Außenpolitik lässt sich ein Schluss ableiten, der in seiner Essenz einfach, aber von großer Tragweite ist: Wer Frankreich politisch repräsentierte, machte im Hinblick auf die Außenpolitik einen beträchtlichen Unterschied. Dies betraf, wie die Entwicklungen zwischen 1879 und 1885 offenbaren, nicht nur die Machtablöse zwischen der „Ordre Moral“-Regierung und dem republikanischen Lager, sondern auch manche der innerrepublikanischen Regierungswechsel, etwa zwischen Freycinet und Gambetta bzw. Ferry. Es ist somit auch nicht möglich, für die erste Hälfte der 1880er Jahre von einer Periode uneingeschränkten kolonialen Expansionsdrangs zu sprechen. Die hohe Abhängigkeit der Politik vom jeweiligen Ministerpräsidenten bedeutete auch, dass sich die Volatilität in hohem Maße in der Außenpolitik niederschlug. Freycinet und Ferry hatten das Amt des Ministerpräsidenten und jenes des Außenministers zeitweise gleichzeitig inne, wodurch die außenpolitischen Auseinandersetzungen zusätzlich an Brisanz gewannen. Dies steht im Kontrast zu Decazes, der in der Periode der „Ordre Moral“ sein Amt relativ unbehelligt von innenpolitischen Auseinandersetzungen ausüben konnte, auch wenn diese über Umwege auf seine Tätigkeit rückwirkten.

4.5 Die Demokratisierung der außenpolitischen Institutionen

4.5.1 Die Demokratisierung und der Quai d'Orsay

Auch heute noch weisen Außenpolitik und die diplomatischen Institutionen einen elitären Charakter auf, der eine kulturell-habituelle Komponente miteinschließt. So war das diplomatische Korps ebenso wie die oberen Ränge von Armee und Marine in den meisten europäischen Staaten lange Zeit eine Domäne der Aristokratie. Botschafterposten wiesen ein hohes Sozialprestige auf, sie besetzen zu können erforderte aber zumeist auch beträchtliche, nicht vom eigenen Erwerb abhängige finanzielle Mittel, über die lange Zeit vor allem reiche Adelsfamilien verfügten. Das Frankreich der frühen Dritten Republik war dabei keine Ausnahme. In den 1870er Jahren entstammten noch 74 Prozent des Personals im

Außenministerium dem aristokratischen Milieu.²²⁹ Präsident Thiers und die Vertreter der „Republique de Ducs“ während der Ordre Moral-Periode sahen auch kaum Anlässe, diesen Zustand zu ändern. Von den innenpolitischen Machtverhältnissen abgesehen gab es für die Bestellung von Aristokraten auf diplomatische Posten auch pragmatische außenpolitische Motive. Diese konnten sich gut in den höfischen Milieus der meisten anderen Staaten zurechtfinden und damit gleichzeitig das Bild von der „radikalen Republik“ nach außen hin abschwächen.²³⁰

Erst mit der Erringung der politischen Macht in den späten 1870er Jahren war es den Republikanern möglich, die außenpolitischen Institutionen nach eigenen Bedürfnissen auszugestalten und eine Republikanisierung einzuleiten. Bei der Neuordnung der Institutionen traten die Republikaner mit dem Anspruch einer Demokratisierung auf. So attestierte etwa der damalige Innenminister und spätere Ministerpräsident René Goblet dem kurz davor neu geschaffenen Aufnahmeverfahren für den diplomatischen Dienst, „*von einer demokratischen Überzeugung inspiriert zu sein.*“²³¹ Dieses 1880 neu eingeführte Aufnahmeverfahren in Form eines mehrere Fachgebiete (Recht, Ökonomie, Geschichte, Fremdsprachen) umspannenden „Concours“ sollte das alte Patronage-System ablösen, in dem die Vergabe der Posten meist über familiäre Beziehungen erfolgte.²³² Der Anspruch einer „Demokratisierung“ lag also unter anderem darin, Chancengleichheit für die Besetzung von Posten im diplomatischen Dienst herzustellen und damit auch dessen Zusammensetzung inklusiver zu machen. Tatsächlich unternahm man auf republikanischer Seite auch mehrere Schritte, die im Aufnahmeprozess für Fairness sorgen sollten. Unter anderem wurden die Texte beim neu eingeführten Concours in anonymisierter Form beurteilt, um Chancengleichheit herzustellen.²³³ Das Außenministerium sollte, so zumindest die von Gambetta geäußerte Ansicht, die Republik und damit auch das Volk als demokratischen Souverän repräsentieren.²³⁴ Daher galt es auch, den als aristokratischer Tummelplatz bekannten Quai d’Orsay an die Sphäre des Politischen heranzuführen.

²²⁹ Vgl. Peter Jackson, „Tradition and Adaption: The Social Universe of the French Foreign Ministry in the Era of the First World War,” *French History* 24, no. 2 (2010): 165

²³⁰ Vgl. Kreis, *Frankreichs republikanische Großmachtpolitik*, 141.

²³¹ John Keiger, „Patriotism, politics and policy in the Foreign Ministry 1880-1914,” in *Nationhood and nationalism in France: from Boulangism to the Great War, 1889 - 1918*, ed. Robert Tombs (London: HarperCollins, 1991), 257.

²³² Vgl. Keiger, „Patriotism, politics and policy,” 257.

²³³ Vgl. Kreis, *Frankreichs republikanische Großmachtpolitik*, 257.

²³⁴ Vgl. ebd., 41.

De facto wurde mit der Einführung des neuen Aufnahmeverfahrens die alte aristokratische Elite durch eine neue aus dem großbürgerlichen Milieu ersetzt. Ein sehr großer Teil der am Quai d'Orsay und an anderen Ministerien aufgenommenen Bewerber hatte die Ausbildung an der prestigeträchtigen „École Libre des Sciences Politiques“ durchlaufen. Dort beliefen sich die jährlichen Studiengebühren auf mehrere hundert Francs im Jahr, wodurch die Zahl potentieller Bewerber wiederum auf eine enge soziale Gruppe eingeschränkt wurde.²³⁵ Die „École Libre des Sciences Politiques“ war während der Periode der monarchistischen Dominanz in den frühen 1870er Jahren geschaffen worden und als unabhängige Institution von einer Republikanisierung weitgehend verschont geblieben, weshalb ein sehr großer Teil des Lehrkörpers (unter anderem Albert Sorel) auch nach der politischen Machtübernahme der Republikaner einer liberalkonservativen und dabei vor allem Deutschland-feindlichen Grundeinstellung anhing.²³⁶ Dies schlug sich in den Weltanschauungen der Abgänger und, in weiterer Folge, in der Ausrichtung des Ministeriums am Quai d'Orsay nieder: War es in den frühen 1880er Jahren noch vor allem die Berufsdiplomatie, die gegen die öffentliche Meinung eine Annäherung an Deutschland befürwortete, legte die Bürokratie im Außenministerium in späteren Jahrzehnten gegenüber dem Nachbarland eine äußerst feindselige Haltung an den Tag.²³⁷

Neben der Herausforderung der Neuordnung der Institutionen stellte sich naturgemäß auch die Frage, wie mit dem bereits vorhandenen Personal in den Ministerien umgegangen werden sollte. Besonders am linken republikanischen Flügel wurden dabei groß angelegte Epurationen gefordert, das heißt, die konsequente Entfernung von Monarchisten und Bonapartisten aus hohen staatlichen Funktionen, um damit Platz für republikanisch gesinnte Beamte zu schaffen und sich der Loyalität der Bürokratie gewiss sein zu können. Den Epurationen im Außenministerium maßen die Republikaner eine geringere Bedeutung als in anderen Institutionen bei, da dieses in der innenpolitischen Auseinandersetzung um die Macht im Gesamtstaat nur eine kleine Rolle spielte.²³⁸ Zudem war die Zahl der erfahrenen Republikaner, die für hohe außenpolitische Funktionen zur Verfügung gestanden wären, begrenzt. Eine größere Welle erzwungenen personellen Austauschs fand einhergehend mit der institutionellen Erneuerung in den frühen 1880ern unter Freycinet statt. Allerdings traten auch viele

²³⁵ Vgl. Keiger, „Patriotism, politics and policy“, 259ff.

²³⁶ Vgl. Jackson, „Tradition and Adaption“, *French History*, 172.

²³⁷ Vgl. Keiger, „Patriotism, politics and policy“, 260.

²³⁸ Vgl. Kreis, *Frankreichs republikanische Großmachtpolitik*, 165.

Monarchisten in den ersten Jahren nach dem Ende der „Ordre Morale“ freiwillig von ihren Ämtern zurück, beispielsweise Saint-Vallier, der Botschafter in Berlin.²³⁹

Unter den Republikanern herrschten große Vorbehalte gegenüber dem Außenministerium am Quai d'Orsay, das als der Republik feindlich gesinnt galt. Dementsprechend zurückhaltend zeigte sich das Parlament dann auch bei dessen finanziellen Dotierung. Wie allerdings auch die Finanzkommission in einem Bericht 1891 feststellte, führte dies paradoxerweise dazu, dass manche der Positionen im Außenministerium aufgrund der geringen Entlohnung nur von Personen ausgeübt werden konnten, die selbst über beträchtliche finanzielle Mittel verfügten.²⁴⁰ Dies stärkte den elitären Charakter der Institution, was in jener Zeit noch oft gleichbedeutend mit einem politischen Drang nach rechts war. In den viereinhalb Jahrzehnten von der Neugründung der Republik 1870 bis zum Ersten Weltkrieg erhöhte sich das dem Außenministerium im Jahr zur Verfügung stehende Budget nur um 8 Millionen Francs, von 12 auf 20 Millionen, wobei in den ersten beiden Jahrzehnten praktisch keine substantiellen Aufbesserungen der Mittel zu verzeichnen waren.²⁴¹

4.5.2 Die Rolle der demokratischen Institutionen

Neben den Auswirkungen, die die Machtergreifung der Republikaner für die Bürokratie im Außenministerium mit sich brachten, stellt sich auch die Frage, ob und wie die bedeutendsten demokratischen Institutionen selbst in außenpolitischen Angelegenheiten aktiv wurden. Von Belang ist dabei vor allem das Zusammenspiel der jeweiligen Organe. Wie bereits in der Einleitung angeklungen tut sich im Hinblick auf das Frankreich der Dritten Republik ein interessanter Gegensatz auf: Dabei steht die allgemeine Realverfassung der Dritten Republik mit ihrer sehr hohen Parlamentsdominanz der traditionell von der Exekutive beherrschten Außenpolitik gegenüber, woraus die Frage resultiert, welche politische Gewalt tatsächlich in jenem Politikfeld tonangebend war.

Für die Gesamtperiode der Dritten Republik fällt dabei das Fazit eindeutig zugunsten der Exekutive aus, die die Gestaltung der Politik in weiten Teilen innehatte. Das Parlament übte sich in außenpolitischen Angelegenheiten meist in Zurückhaltung, wobei dieser Zustand nur zu einem geringen Teil auf die verfassungsrechtlichen Gegebenheiten zurückzuführen war. John

²³⁹ Vgl. ebd., 182-183.

²⁴⁰ Vgl. Dethan, „Le Quai d'Orsay,“ 171.

²⁴¹ Vgl. ebd., 171.

Keiger konstatiert dazu: „Parliament’s absence of influence over foreign affairs was largely its own choosing.”²⁴² Eine gewisse Einschränkung des Gewichts des Parlaments in außenpolitischen Belangen war auf eine in den Verfassungsgesetzen von 1875 verabschiedete Regelung zurückzuführen, der zufolge die Regierung dem Parlament Verträge gar nicht oder nur mit großer Verspätung vorlegen musste, wenn dies die nationale Sicherheit erforderlich machte. In Anbetracht der Macht, die die französische Verfassung dem Parlament im Hinblick auf Bildung und Abberufung der Regierung einräumte, wäre es ihm zwar möglich gewesen, großen Druck auf die Exekutive aufzubauen, doch sah man in außenpolitischen Materien davon weitgehend ab.

Die Ausgestaltung des Französischen Wahlrechts könnte ebenfalls dazu beigetragen haben, dass Außenpolitik im Parlament über weite Strecken der Dritten Republik weniger stark thematisiert wurde, als es vielleicht in Anbetracht seiner verfassungsrechtlich garantierten Kompetenzen zu erwarten gewesen wäre. Im parlamentarischen System Frankreichs mit seinen Einer-Wahlkreisen traten die Parlamentarier in Deputiertenkammer und Senat als persönlich gewählte Repräsentanten ihrer Region auf, ähnlich wie das heute noch im US-Kongress zu beobachten ist. In auf Verhältniswahl beruhenden Systemen mit starken Parteien ist die Tendenz, sich vornehmlich als Vertreter des eigenen Wahlkreises zu betrachten, unter Abgeordneten schwächer ausgeprägt, obgleich sie natürlich häufig ebenfalls vorhanden ist. Wie bereits erwähnt waren in kolonialpolitischen Angelegenheiten in der Deputiertenkammer vor allem jene Abgeordneten federführend, die selbst aus Gebieten fernab der Metropole stammten. Der überwiegende Teil der Parlamentarier war allerdings in nur geringem Maße unmittelbar von den Entscheidungen zur Kolonialpolitik oder anderen außenpolitischen Fragestellungen betroffen, was sich in ihrer politischen Tätigkeit niederschlug. In der Kommunikation wurde lokalen Bedürfnissen von den Abgeordneten daher sehr viel Raum gegeben. Jean el Gammal schreibt dazu: „*In ihrer Gesamtheit stützten sich die Wahlkampagnen auf eine Rhetorik und auf Formen der Soziabilität, die mit den Beziehungen zwischen Kandidaten und Wählern und zwischen lokalen Gegebenheiten und der nationalen Lage verknüpft waren.*“²⁴³

Für die Periode von 1870 bis 1885 und insbesondere die Zeit der republikanischen Dominanz ab 1877/79 hat das Verdikt zur selbst auferlegten parlamentarischen Machtlosigkeit jedoch

²⁴² Keiger, *France and the world*, 32.

²⁴³ Jean el Gammal, „Campagnes et élections,” in *Les parlementaires de la Troisième République : actes du colloque international organisé par le Centre de Recherches en Histoire du XIXe Siècle (Universités Paris I et Paris IV, UMR 8072 du CNRS) les 18 et 19 octobre 2001*, ed. Jean-Marie Mayeur and Centre de Recherches sur l'Histoire du Dix-Neuvième Siècle (Paris: Publ. de la Sorbonne, 2003), 266.

nicht Geltung. Dies lässt sich zunächst einmal anhand von numerischen Indikatoren festmachen: In den knapp viereinhalb Jahrzehnten zwischen 1870 und 1914 fielen insgesamt fünf Regierungen über außenpolitische Kontroversen – drei davon allein im Zeitraum zwischen 1880 und 1885.²⁴⁴ Warum in nicht einmal 5 Jahren mehr Regierungen vom Parlament wegen außenpolitischen Angelegenheiten zu Fall gebracht wurden als in den vier weiteren Jahrzehnten bis zum Ersten Weltkrieg, ist in seiner Gesamtheit schwer auszumachen, die geringe Fallzahl erlaubt dabei aber gewisse, von den jeweiligen Einzelfällen ableitbare Schlüsse: So lassen sich die Stürze von Freycinet 1882 und von Ferry 1885 dadurch erklären, dass die expansive Kolonialpolitik selbst im republikanischen Lager sehr umstritten war und die Regierung auf das Parlament zur Gewährung von Krediten angewiesen war, was ein Forum für eine Konfrontation bot.

Der französische Präsident verfügte laut der Verfassung von 1875 im Feld der Außenpolitik über weitreichende Kompetenzen. Neben dem Oberbefehl war er auch für die Ernennung militärischer und ziviler Positionen zuständig, verhandelte und ratifizierte Verträge und konnte dem Parlament, wenn es triftige staatliche Interessen oder die Sicherheit erforderlich machten, Informationen vorenthalten.²⁴⁵ In der politischen Praxis waren die Verhältnisse etwas anders gelagert: Zwar hatte Jules Grévy einmal selbstbewusst verkündet: „Mein Außenminister, das bin ich.“²⁴⁶ Doch auch wenn Grévy im Hinblick auf die Außenpolitik tatsächlich zu den aktiveren Präsidenten zählte, musste er Ferry in der von ihm selbst weitgehend abgelehnten Kolonialpolitik weitgehend gewähren lassen, um damit keine politische Krise wie im Mai 1877 heraufzubeschwören.²⁴⁷ Die Bedeutung des Präsidenten stieg vor allem ab den 1890er Jahren im Zuge der Allianzpolitik an. Dabei nahm der Präsident die zur Pflege der bilateralen Beziehungen notwendigen Repräsentationsaufgaben wahr, beteiligte sich aber auch, wie von der Verfassung vorgesehen, am Abschluss der Verträge. Nach außen hin versuchte man den Staatspräsidenten als Stabilitätsanker im volatilen politischen System Frankreichs zu präsentieren, und obwohl von den ersten fünf Präsidenten der Dritten Republik kein einziger bis zum Ende seiner vorgesehenen Amtszeit dienen konnte, wohnte dieser Aussage durchaus ein wahrer Kern inne.²⁴⁸

²⁴⁴ Vgl. Kreis, *Frankreichs republikanische Großmachtpolitik*, 87.

²⁴⁵ Vgl. Keiger, *France and the world*, 41ff.

²⁴⁶ Vgl. Dethan, „Le Quai d’Orsay,” 170.

²⁴⁷ Vgl. ebd., 169.

²⁴⁸ Vgl. ebd., 170.

Der Ministerpräsident war in der Dritten Republik außenpolitisch primär dann einflussreich, wenn er auch gleichzeitig das Amt des Außenministers bekleidete, wie das etwa bei Jules Ferry oder Freycinet der Fall war. Insgesamt hatten im Laufe der Dritten Republik 28 Prozent der Ministerpräsidenten gleichzeitig das Amt als Außenminister inne.²⁴⁹ Allerdings fokussierte sich der Ministerpräsident in dieser Konstellation meist auf die breiteren, innenpolitischen Angelegenheiten, die ob der Volatilität der parlamentarischen Mehrheiten ein sehr geschicktes Vorgehen verlangten. Gleichzeitig machte es die Kombination aus Außenministerium und Ministerpräsidenten-Amt auch den Sturz einer Regierung über außenpolitische Kontroversen wahrscheinlicher, wie das Beispiel Jules Ferrys zeigt.

Das Amt des Außenministers wies in der Dritten Republik im Vergleich zu anderen eine höhere personelle Stabilität auf. Insgesamt gab es dreißig Minister, deren Einfluss stark differierte.²⁵⁰ Die meisten Außenminister der Dritten Republik hatten keinen diplomatischen, sondern einen vornehmlich politischen Hintergrund, wobei es manche Ausnahmen wie beispielsweise Decazes gab. Zudem hatten manche „Vollblut-Politiker“ Intermezzos im diplomatischen Dienst absolviert, wie zum Beispiel Ferry oder auch Broglie, der von Thiers in den frühen 1870er Jahren als Botschafter nach London entsandt worden war. Die Republikaner sahen eine enge Bindung des Außenministeriums an Kabinett und Parlament grundsätzlich als wünschenswert an. Außerdem lehnten manche Spitzendiplomaten die ihnen angebotenen Ministerposten ab, da ihnen der den Launen der Tagespolitik ausgelieferte Posten als nur bedingt attraktiv erschien.²⁵¹ Die Posten als Botschafter oder auch jener des Politischen Direktors waren in der Regel deutlich beständiger als die des Außenministers. So hatte etwa Desprez die Rolle des Politischen Direktors als oberstem Beamten am Quai d'Orsay über fast 15 Jahre inne, von 1866 bis zu seiner Versetzung 1880.²⁵²

4.6 Die Außenpolitik und die öffentliche Meinung:

Im ersten Teil der Arbeit wurde die Herstellung politischer Responsivität auf diskursivem Wege als Kernmerkmal demokratischer Systeme eingeführt. Die inhaltliche Dimension dieser Diskurse ermöglicht eine Untersuchung zu den Entwicklungen in spezifischen Policy-Feldern,

²⁴⁹ Vgl. Keiger, *France and the world*, 44.

²⁵⁰ Vgl. Dethan, „Le Quai d'Orsay,” 170.

²⁵¹ Vgl. ebd., 171.

²⁵² Vgl. ebd., 171.

die deutlich über die rein strukturelle Ebene hinausgeht. Indem sie Eingang in die gesellschaftliche Debatte finden, können in der Gesellschaft vorhandene Meinungsbilder also eine Orientierungsfunktion gegenüber den politischen AkteurInnen einnehmen. Auf diese Art und Weise können die Präferenzen der Bevölkerung in bestimmten Sachfragen Berücksichtigung finden, ohne dass es dafür die Wahl der „richtigen“ RepräsentantInnen benötigt.

In einer aggregierten Form kommt der auf politische Fragen bezogene Diskurs dem nahe, was gemeinhin als „öffentliche Meinung“ bezeichnet wird. Der Begriff der öffentlichen Meinung ist eher vage und wird deswegen oft unterschiedlich gedeutet. Während manchmal unter der „öffentlichen Meinung“ die Gesamtheit der in einer Gesellschaft existenten Haltungen zu bestimmten Themen subsumiert wird, steht sie in anderen Kontexten oft in einem sehr engen Verhältnis zum Output der Medien als Publikationsorgane. Es stellt sich also auch die Frage, wie das Verhältnis von öffentlicher Meinung zur „veröffentlichten“ Meinung konzeptuell tatsächlich erfasst werden kann. In Frankreich wurde dem Historiker Pierre Rosanvallon zufolge die öffentliche Meinung überhaupt sehr gerne mit dem „Volonté Général“, also dem von Jean-Jacques Rousseau postulierten Gemeinwillen, assoziiert: In diesem Sinne kann die öffentliche Meinung sogar als Lösung für das Problem der Repräsentation verstanden werden.²⁵³ Das philosophische Konzept des Gemeinwillens ist per se höchst umstritten, und ob sich ein solcher durch die ebenfalls schwer fassbare öffentliche Meinung repräsentieren ließe, ist ebenso fraglich. Dass die öffentliche Meinung als verdichtete Form des politischen Diskurses die Entwicklungen in demokratischen Systemen entscheidend mitprägt, kann jedoch nicht in Zweifel gezogen werden.

Im Rahmen einer geschichtswissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der öffentlichen Meinung wird man vor zwei Probleme gestellt: Zunächst einmal ist dies die bereits angesprochene Abgrenzung des Begriffes selbst. Dabei kann es im Rahmen einer politischen Analyse sinnvoll sein, die öffentliche Meinung vor allem von Seite des „Rezipienten“ zu denken, das heißt, aus der Perspektive des politischen Akteurs bzw. der politischen Akteurin. Das bedeutet nicht, dass es PolitikerInnen möglich war und ist, die öffentliche Meinung in einem ganzheitlichen Sinne zu erfassen – was allerdings zählt, ist, wie sie von diesen wahrgenommen wird. Zudem kann die Art und Weise, wie von politischer Seite mit einem gesellschaftlichen Meinungsbild umgegangen wird, stark differieren, beispielsweise in Abhängigkeit davon, welche Wählersegmente angesprochen werden sollen. Zum Problem der

²⁵³ Vgl. Ankersmit, „Representative Democracy,” 31.

Begriffsabgrenzung gesellt sich zusätzlich noch die Herausforderung, die öffentliche Meinung an einem bestimmten historischen Zeitpunkt fassbar zu machen.

Abgesehen von den Rückschlüssen, die sich aus Wahlergebnissen ziehen lassen, sind die Positionen weiter Bevölkerungsteile in politischen Fragestellungen für das Frankreich des 19. Jahrhundert quantitativ schwer auszumachen. Groß angelegte politische Panelstudien oder Value Surveys, die ein einigermaßen repräsentatives Abbild der innerhalb der Gesamtgesellschaft vorherrschenden Einstellungen und Werthaltungen geben könnten, existieren für jene Epoche schlicht noch nicht. Alle anderen Methoden, die dazu dienen, ein gesamtgesellschaftliches Meinungsbild zu detektieren, zeigen sich für verschiedene Formen der Verzerrung anfällig. Dabei wird, wie auch Pierre Guillen angemerkt hat, die Haltung von organisierten Eliten meist überproportional hoch gewichtet.²⁵⁴

4.6.1 Politischer Protest als Ausdruck der öffentlichen Meinung

In Frankreich gelten Demonstrationen seit langem als emphatische Manifestation der öffentlichen Meinung. Darin findet auch ein historischer Topos seinen Ausdruck, der durch die Revolution mitgeformt wurde: Diesem zufolge stellt die Demonstration den verzweifelten Aufschrei der unterdrückten Volksmassen gegen eine aristokratische oder sich abgehoben gebärdende Elite dar.²⁵⁵ Die dichotome Betrachtung politischen Protests, bei der vom Mut der Verzweiflung getriebene DemonstrantInnen als Verkörperung des Gemeinwillens Druck auf eine Regierung ausüben, mag für absolutistische Regime und politische Ausnahmesituation durchaus berechtigt sein. In demokratischen Systemen hingegen sind Demonstrationen zumeist ein Ausdruck von politischen Partikularinteressen, die ökonomischer oder auch ideologischer Natur sein können. Von einem daraus ableitbaren Gesamtbild über die öffentliche Meinung kann dabei meist keine Rede sein, im Gegenteil, in vielen westlichen Demokratien scheinen sich die Verhältnisse sogar in gewisser Weise umgekehrt zu haben: Hier sind Demonstrationen eher zur Domäne einer (studentischen Bildungs-) Elite geworden, während die Angehörigen mancher Bevölkerungsschichten daran äußerst selten partizipieren. Außenpolitische Kontroversen sind für politischen Protest in der Regel nur dann zugkräftig, wenn ein sehr hohes Maß an Ideologisierung gegeben ist, nicht zuletzt deswegen, weil die Zahl der unmittelbar

²⁵⁴ Vgl. Guillen, "Opinion publique et politique étrangère," 51.

²⁵⁵ Angelique Chrisafis, "'Macron's arrogance unites us' - on the barricades with France's gilets jaunes," The Guardian, 2018. <https://www.theguardian.com/world/2018/dec/07/macrons-arrogance-unites-us-on-the-barricades-with-frances-gilets-jaunes> (accessed Dezember 15, 2019).

Betroffenen im Normalfall vergleichsweise klein ist. Dies traf auch auf die Dritte Republik zu, wo Demonstrationen aufgrund von außenpolitischen Ereignissen nur sehr beschränkt auftraten, obgleich es sie, wie etwa im Zuge der Tonkin-Affäre 1885, gab.²⁵⁶ Demonstrationen können also eine Ausdrucksform öffentlicher Meinung sein, ein repräsentatives Abbild sind sie jedoch im Regelfall nicht. Neben der physischen Demonstration existieren noch weitere Protestformen, etwa Petitionen. Doch auch bei diesen stehen in den meisten Fällen lokale Angelegenheiten im Fokus, während außenpolitische Themen vergleichsweise selten Berücksichtigung finden.

4.6.2 Die Rolle der Zeitungen

Die gängigste Methode, sich mit der öffentlichen Meinung auseinander zu setzen, ist der Blick auf mediale Erzeugnisse, wobei in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Zeitungen die wohl mit Abstand bedeutendste Rolle einnehmen. Medien sind hauptverantwortlich dafür, dass sich eine responsive Öffentlichkeit in einem modernen Flächenstaat bilden kann – mit dem Aufstieg des Printjournalismus im Frankreich des 19. Jahrhunderts fand also auch der kurzweilige temporale Charakter des demokratischen Wettbewerbs in weiten Teilen des Landes Einzug. Der Kampf für die Pressefreiheit war insbesondere während der Periode des Second Empires eines der Kernanliegen von vielen Republikanern und Liberalen, und nach der republikanischen Machtübernahme in der zweiten Hälfte der 1870er Jahre wurden auch tatsächlich Maßnahmen gesetzt, um eine freie Presse zu gewährleisten.²⁵⁷

So sticht unter den liberalen Reformen der ersten Hälfte der 1880er Jahre besonders das Pressegesetz aus dem Jahr 1881 hervor, welches dazu beitrug, dass das Frankreich des „Fin de Siècle“ heute als eine der Glanzperioden des Printjournalismus gilt. Dies war also auch eine Konsequenz der republikanischen Politik, die der Pressefreiheit einen sehr hohen ideologischen Stellenwert einräumte. Anders als die Monarchisten, die der Presse mit großen Vorbehalten begegneten, versuchte man auf republikanischer Seite die Zeitungen als neues Massenmedium so weit wie möglich für die eigenen Zwecke einzuspannen. Teilweise wurde die Presse mit fast schon hymnischen Lobliedern bedacht, wovon die Worte des gambettistischen Abgeordneten Allain-Targé zeugen: *„Die Presse, das ist das Instrument, das ist das Bild, das ist das Organ*

²⁵⁶ Vgl. André Nouschi, „L'opinion publique française,” 358f.

²⁵⁷ Vgl. Marc Martin, „Médias, journalistes et pouvoir politique en France, des débuts de la Troisième République aux années 1980,” Communication. Information Médias Théories 17, no. 2 (Dezember 1996): 218ff.

aller Interessen, die in einer demokratischen Gesellschaft existieren.“²⁵⁸ Besonders markant waren die engen Verbindungen zwischen dem Journalismus und den republikanischen Fraktionen ausgeprägt. Viele der führenden Republikaner (Gambetta, Ferry, Barrère, etc.) waren als Journalisten tätig gewesen oder unterhielten zumindest sehr enge Verbindungen zu solchen. Dementsprechend weit verbreitet waren auch Gefälligkeitsjournalismus und, was insbesondere im Bereich der Außenpolitik relevant war, die unautorisierte Weitergabe von Informationen an einzelne Medien.²⁵⁹

Die engen Verbindungen zwischen der Politik und vielen Zeitungen schlug sich auch in der Berichterstattung zu außenpolitischen Angelegenheiten nieder. So fungierte die Zeitung „Le Petit Parisien“ in Belangen der internationalen Politik vor allem als Sprachrohr der Regierung. Die Berichterstattung diente im Wesentlichen der Propaganda und sollte das Vorgehen der französischen Führung gegenüber der Bevölkerung rechtfertigen.²⁶⁰ Die republikanische Nähe zu den Medien war der Demokratiequalität also nicht immer förderlich, auch wenn der Pressefreiheit tatsächlich ein sehr hoher Wert beigemessen wurde und man, als man selbst in die Machtposition gelangt war, von Repressalien gegenüber monarchistischen oder rechten Publikationen absah.²⁶¹

Auch in den Medien ist man mit dem Problem eines selektiven Ausschnittes einer Gesamtrealität konfrontiert, dass sich im Hinblick auf spezifische Themenfelder wie das der Außenpolitik noch verschärft. Jene Zeitungen, die die Außenpolitik und die Kolonialisierung eingehender thematisiert haben, erschienen zumeist in Paris und hatten eine vergleichsweise geringe Auflage. Selbst für „Le Temps“, die in der historischen Rezeption gemeinhin als die führende Qualitätszeitung der Epoche gilt, lag diese Anfang der 1880er Jahre nur bei wenigen zehntausenden Exemplaren.²⁶² Zwar gilt es an dieser Stelle zu bedenken, dass die durchschnittliche Leserzahl pro verkaufter Zeitung in jener Zeit deutlich höher war als heute: Zeitungen wurden im Frankreich des ausgehenden 19. Jahrhunderts zu einem erheblichen Teil in Cafés gelesen, wo gesellschaftliche Soziabilität, politische Öffentlichkeit und der mediale Informationsfluss eng miteinander verwoben waren. Zudem entfalten Medien ihren Einfluss in

²⁵⁸ Ebd., 218.

²⁵⁹ Vgl. Kreis, *Frankreichs republikanische Großmachtpolitik*, 575f.

²⁶⁰ Vgl. Guillen, „Opinion publique et politique étrangère,“ 58.

²⁶¹ Martin, „Médias, journalistes et pouvoir politique,“ 219.

²⁶² Vgl. Nouschi, „L'opinion publique française,“ 358f.

sehr vielen Fällen nur indirekt über Mittelsmänner („Opinion Leaders“), wie es Lazarsfeld in seiner berühmten Erie-County-Studie beschrieben hat.²⁶³

Dennoch kann nicht angenommen werden, dass die außenpolitische Berichterstattung der elitären Pariser Zeitungen auf das ganze Land ausgestrahlt hat. Um der Paris-Lastigkeit in der Analyse zu entgehen, könnte also versucht werden, auch die lokale Ebene in Untersuchungen miteinzubeziehen. Neben lokalen Medien können dabei auch Debatten in regionalen politischen Institutionen sowie das Handeln von Organisationen und Verbände in den Blick genommen werden, die politischen Einfluss entfalten bzw. Allerdings sind auch Untersuchungen auf lokaler Ebene vor gröberen Verzerrungen nicht gefeit, wie zum Beispiel an der von Godin analysierten Bretagne offenkundig wird. Dort war die Kolonialpolitik im Vorfeld der Wahlen zur Deputiertenkammer im Jahr 1885 zwar Thema, wurde aber von den Auseinandersetzungen rund um die Trennung von Kirche und Staat überlagert.²⁶⁴ In diesem Zusammenhang ist allerdings zweifelhaft, ob sich die Entwicklungen in der Bretagne, wo Religion und Kirche in der Gesellschaft sehr tief verwurzelt waren, auf Frankreich in seiner Gesamtheit übertragen lassen.

In Anbetracht dieser Problematiken muss man sich in einer historischen Untersuchung wohl vom Anspruch trennen, ein repräsentatives Bild der Gesamtsituation zu zeichnen. Eine reizvolle Forschungsperspektive kann vielmehr darin bestehen, einzelne Diskursstränge herauszuarbeiten und in den breiteren Kontext der politischen Auseinandersetzung zu setzen. Die Tatsache, dass es an aussagekräftigen Daten über die Prävalenz bestimmter politischer Haltungen mangelt, führt paradoxerweise dazu, dass sich das Problem der Abgrenzung zwischen der öffentlichen Meinung als Medienphänomen und der öffentlichen Meinung als Gesamtaggregat individueller Einstellungen etwas relativiert, da sich letzteres analytisch kaum erfassen lässt.

4.6.3 Die temporale Dimension der öffentlichen Meinung

Bildung und Beeinflussung der öffentlichen Meinung können auf diverse Einflüsse zurückgeführt werden, die verschiedene temporale Horizonte aufweisen.²⁶⁵ So gibt es auf sehr

²⁶³ Vgl. Patrick Donges, „Mediendemokratie,“ In *Zeitgenössische Demokratietheorie: Band 2: Empirische Demokratietheorien*, ed. Oliver W. Lembcke, Claudia Ritz, and Gary S. Schaal (Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2016), 185.

²⁶⁴ Vgl. Emmanuel Godin, „Greater France and the provinces: representations of the empire and colonial interests in the Rennes region 1880-1905,“ *French History* 21, no. 1 (2007): 68.

²⁶⁵ Vgl. Pierre Guillen, „Opinion publique et politique étrangère,“ 59.

lange Frist wirksame Faktoren der Meinungsbildung, wie sie beispielsweise von Renouvin im Rahmen seiner Analyse der „Forces profondes“ beschrieben worden sind.²⁶⁶ Dazu zählen Zugehörigkeitsgefühle zu kollektiven Gruppen oder der Nation ebenso wie über viele Generationen tradierte Wertevorstellungen. Langfristig auf die Werthaltungen innerhalb der Bevölkerung Einfluss zu nehmen zählte zu den wichtigsten politischen Bestrebungen der Republikaner, wie die Kontroversen rund um die Falloux-Gesetze und die Schulpolitik Ferrys zeigen. Im Normalfall operieren Politik und die mediale Berichterstattung darüber in demokratischen Systemen innerhalb eines kürzeren zeitlichen Rahmens. Die kurzweilige Art des Wettbewerbs sowie die Pluralität der Akteure auf politischer und medialer Ebene geben dem politischen System eine dynamische Gestalt, auch wenn sich dies nicht notwendigerweise in einen hohen politischen Output transformiert.

4.6.4 Die Tonkin-Affäre

Ein Beispiel, das den potentiell volatilen Charakter demokratischer Politik illustriert, stellt jene Parlamentssitzung zur Tonkin-Affäre dar, die 1885 zum Rücktritt Jules Ferrys geführt hat. Clemenceaus Rede und ihre Wirkung im Rahmen der Debatte zum vermeintlichen Rückzug aus Lang Son vom 30. März werden in diesem Zusammenhang gerne als Beleg für die „Tyrannei der Eloquenz“ im französischen Parlament der Dritten Republik zitiert.²⁶⁷ Wie groß der Einfluss der Debattenbeiträge von Clemenceau auf das Abstimmungsverhalten der Parlamentarier tatsächlich war, lässt sich naturgemäß schwer quantifizieren. Die Debatte fand in einer bereits sehr aufgeheizten Stimmung statt, und Ferry hatte sich im Laufe seiner Regierungszeit viele politische Feinde gemacht. Die Rechten waren erbitterte Gegner seiner laizistischen Politik, während der radikalen Linken viele seiner Reformen nicht weit genug gingen, etwa jene des Senats. Unabhängig von der Rede zur Tonkin-Debatte kann man jedoch zweifelsohne feststellen, dass Politiker wie Clemenceau und Gambetta ihre hervorgehobene politische Stellung zu einem beträchtlichen Teil ihrem rhetorischen Charisma zu verdanken hatten.²⁶⁸

Die Tonkin-Affäre ist dabei aus einer kommunikationswissenschaftlichen Perspektive hochinteressant, gerade weil sie, wie sich im Nachhinein herausgestellt hat, auf der Grundlage falscher Tatsachen geführt wurde. Während die Nachricht vom Rückzug aus Lang Son in

²⁶⁶ Vgl. Renouvin and Duroselle, *Introduction à l'histoire des relations internationales*, 170ff.

²⁶⁷ Vgl. Garrigues and Anceau, *Histoire du parlement*, 273.

²⁶⁸ Vgl. ebd., 273ff.

Indochina schlussendlich fast ohne praktische Folgen blieb, löste sie sehr große innenpolitischen Turbulenzen aus, die zu einem erheblichen Teil auf Falschannahmen und Verzerrungen basierten. So zeugen die Ereignisse im späten März 1885 einerseits vom konstruierten Wesen der öffentlichen Meinung, wie es schon von Walter Lippmann in den frühen 1920er Jahren in seinem bahnbrechenden Werk „Public Opinion“ beschrieben wurde.²⁶⁹ Nicht nur im Parlament, sondern auch von Teilen der Bevölkerung wurde „Ferry le Tonkinois“ nach dem vermeintlichen Rückzug der Truppen aus Lang Son mit Hass überschüttet, für ein militärisches Fiasko, das es in der Art und Weise, wie es von vielen perzipiert wurde, eigentlich nicht gegeben hatte.

Die Tonkin-Affäre könnte auch einer jener Gründe gewesen sein, warum die französische Politik der Auseinandersetzung rund um außenpolitische Themen in den folgenden Jahrzehnten verstärkt aus dem Weg ging. Im Außenministerium am Quai d'Orsay fühlte man sich sowohl durch die innenpolitischen Vorgänge als auch durch die öffentliche Meinung in erheblichem Maße eingeschränkt. Letztere wurde unter anderem für das Scheitern einer dauerhaften Annäherung an Deutschland verantwortlich gemacht, die Anfang der 1880er von manchen Diplomaten befürwortet wurde.²⁷⁰ Aus Furcht vor der öffentlichen Meinung und den einflussreichen Gruppen wie der „Ligue des Patriotes“ vermieden es führende Politiker der frühen Dritten Republik, sich allzu sehr gegenüber dem Deutschen Reich zu öffnen, woraufhin dieses ab Mitte der 1880er Jahre umschwenkte und die Unterstützung Frankreichs in kolonialen Angelegenheiten aufgab.²⁷¹ Kreis zufolge verfolgte die Anteilnahme an außenpolitischen Themenstellungen in der französischen Öffentlichkeit nicht kontinuierlich, sondern vielmehr „*eruptionsartig*“ und im Sinne „*atavistischer Reflexe*“.²⁷² Daher mutet es auch alles andere als überraschend an, dass die Haltung zur Außenpolitik in der französischen Politik der Dritten Republik fortan von einer ausgeprägten Risikoaversion bestimmt war, wobei nicht unbedingt die zu erwartenden realen Folgen einer außenpolitischen Handlung, sondern die möglichen Reaktionen von Wählern und Presse zügelnd wirkten.

²⁶⁹ Walter Lippmann, *Public opinion* (Mineola, N.Y.: Dover Publications, 2004)

²⁷⁰ Vgl. Guillen, „Du recueillement à l'expansion,“ 648f.

²⁷¹ Ebd., 248.

²⁷² Kreis, *Frankreichs republikanische Großmachtpolitik*, 590.

5. Conclusio

In den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch des Second Empire wurde die französische Politik in äußeren Angelegenheiten in weiten Teilen durch äußere Zwänge bestimmt. Die von Präsident Thiers angeführte Regierung verfügte nur über einen sehr geringen Handlungsspielraum, der neben der deutschen Besatzung auch der internationalen Isolation geschuldet war. In dieser schwierigen Gesamtsituation fiel es den anderen politischen Akteuren vergleichsweise leicht, sich unterzuordnen und dem Präsidenten die Verantwortung zu überlassen. Dies schlug sich in einer Politik nieder, die in vielerlei Hinsicht der klassischen realistischen Konzeption der Außenpolitik entsprach: Dabei versuchte eine hierarchisch organisierte, von einem Staatsmann der alten Schule geführte Exekutive, die Fährnisse der internationalen Politik geschickt und dabei von ideologischen Zwängen weitgehend unbehelligt zu meistern.

Auch nach dem Abzug der Truppen zeigte sich die deutsche Führung um Bismarck jedoch nicht gewillt, das außenpolitische Korsett, das man Frankreich auferlegt hatte, zu lockern. In diesem Zusammenhang waren es gerade die diametral entgegengesetzten innenpolitischen Konstellationen in den beiden Staaten, die für Verstimmungen sorgten, mit dem gewachsenen politischen Einfluss der Ultramontanisten auf der einen und dem Kulturkampf auf der anderen Seite. Decazes als Außenminister während der Periode der „Ordre Moral“ agierte im wahrsten Sinne des Wortes als oberster Diplomat im Staat, dessen Hauptaufgabe darin bestand, internationale Spannungen, die aus den innenpolitischen Entwicklungen in Frankreich hervorgegangen waren, zu entschärfen. Dies steht in krassem Kontrast zur Amtsführung Jules Ferrys, der als Außenminister und Ministerpräsident danach trachtete, ambitionierte politische Projekte zu verwirklichen, auch wenn diese hochumstritten und mit großen Risiken behaftet waren.

Mit der Machtübernahme durch das republikanische Lager in den späten 1870er Jahren veränderte sich der Charakter der französischen Außenpolitik. Die Republikaner versuchten, die Außenpolitik stärker in den allgemeinen demokratiepolitischen Rahmen zu integrieren, was sich etwa an der Besetzung der Ministerposten zeigte. Gerade dies dürfte in der Anfangsphase mit dazu beigetragen haben, dass die kolonialpolitischen Debatten mit besonderer Vehemenz geführt wurden, boten sie doch oft nicht nur die Möglichkeit, einen Außenminister zu kritisieren, sondern einen unliebsamen Ministerpräsidenten samt seiner Regierung zu stürzen.

Der politische Wettbewerb blieb im Laufe der Dritten Republik in seinen wesentlichen Kernmerkmalen stets gewahrt, auch wenn er in der praktischen Umsetzung mitunter mit eklatanten Mängeln behaftet war. Gemessen an der Gesamtbevölkerung war die politische Teilhabe, trotz des Ausschlusses der weiblichen Hälfte der Bevölkerung, weltweit eine der höchsten. So brachten die Wahlen ab 1876 meist eine Mehrheit für die im Zentrum stehenden republikanischen Gruppen hervor, die eine mittige politische Ausrichtung aufwiesen. Zwar waren diejenigen Personen, die eine aktive Kolonialpolitik vorantrieben, gewählt worden und damit im demokratischen Sinne legitime Repräsentanten des Volkes. Die außenpolitischen Positionen waren dafür allerdings nicht verantwortlich. Das lag weniger an einer eklatanten Überlagerung der Präferenzen, wie sie in der Einleitung als mögliche Einschränkung der Responsivität thematisiert wurde, sondern vor allem an der Art und Weise, wie die Hinwendung zu einer Wiederaufnahme der Expansionspolitik erfolge. Diese fand zunächst im Kontext von sich auftuenden Möglichkeiten statt, um dann in Teilen des republikanischen Zentrums zunehmend zum Programm zu werden. Die Wahlen zur Deputiertenkammer im Herbst 1885 brachten als erstes größeres Votum nach dem Höhepunkt der kolonialpolitischen Debatte Gewinne für die Gegner der Expansion, in den Folgejahren verlor das Thema allerdings seinen kontroversen Charakter.

Die Tatsache, dass die Außenpolitik über die gesamte Republik im Parlament insgesamt wenig Beachtung erfuhr, lässt sich auch mit den Eigenheiten des politischen System Frankreichs erklären. Bei den Wahlen spielten lokale Angelegenheiten eine sehr große Rolle, was Faktoren wie der regionalen Ausrichtung der Medienlandschaft, der noch schwach ausgeprägten parteilichen Organisation und nicht zuletzt auch dem französischen Wahlsystem geschuldet war. Die lokale Anbindung der Politik war ob der noch eingeschränkten Kommunikationskanäle im 19. Jahrhundert einer Demokratisierung dienlich, ließ aber zugleich auch lokale Fragen in den Vordergrund rücken. Im politischen Zwei-Ebenen-Spiel dominierte bei den meisten Politikern zunächst einmal die Orientierung nach innen. Paul Cambon, als langjähriger Botschafter in London einer der bedeutendsten Diplomaten der Dritten Republik, beklagte: „Die Minister haben weniger Angst vor Preußen als vor dem eigenen Parlament.“²⁷³ Es traf also eine auf Vorsicht bedachte Regierung auf ein eher desinteressiertes, aber gleichzeitig sehr machtvollens Parlament, was dazu führte, dass die französische Außenpolitik einen weitgehend risikoscheuen Charakter annahm.

²⁷³ Kreis, *Frankreichs republikanische Großmachtpolitik*, 587.

In frappierenden Kontrast zum allgemeinen Fazit über die Rolle der Außenpolitik in der Dritten Republik steht jedoch die parlamentarische Auseinandersetzung rund um die koloniale Expansion in Tunesien, Ägypten und Indochina in den 1880er Jahren. Warum die Intensität der außenpolitischen Debatte nach 1885 merklich abflaute, ist im Detail schwer nachzuvollziehen, wobei die Gründe eher auf Akteurs- denn auf struktureller Ebene zu finden sind. Zwar war die politische Volatilität in den frühen 1880ern sehr hoch, dies änderte sich im weiteren Verlauf der Dritten Republik jedoch kaum. Ferrys Rücktritt im Zuge der Tonkin-Affäre kam zwar nicht dem endgültigen Ende seiner politischen Karriere gleich, stand allerdings fortan als mahnendes Lehrbeispiel im Raum, das nicht zur Imitation anregte. Der Blick auf die Entwicklungen im Frankreich der 1870er und 1880er Jahre legt einen beträchtlichen Einfluss der Demokratisierung auf die Außenpolitik nahe. Das Wesen der demokratischen Repräsentation hat also sowohl auf der Ebene der verfolgten Policies als auch innerhalb der außenpolitischen Institutionen eine beträchtliche Wirkung entfaltet – demokratische Wechsel führten also auch tatsächlich zu markanten Politikwechseln.

6. Literaturverzeichnis

- Ageron, Charles-Robert. "Gambetta et la reprise de l'expansion coloniale." *Revue française d'histoire d'outre-mer* 59, no. 215 (1972): 165-204.
- Ankersmit, Frank R. "Representative Democracy: Rosanvallon on the French Experience." In *The Ashgate research companion to the politics of democratization in Europe: concepts and histories*, edited by Kari Palonen, 17-36. Farnham: Ashgate, 2008.
- Azéma, Jean-Pierre, and Michel Winock. *La IIIe République: (1870-1940)*. Paris: Hachette, 1995.
- Berenson, Edward. "The Second Republic." In *The French Republic: history, values, debates*, edited by Edward Berenson, Vincent Duclert and Christophe Prochasson, 27-34. Ithaca, N.Y.: Cornell University Press, 2011.
- Bodineau, Pierre, and Michel Verpeaux. *Histoire constitutionnelle de la France*. 1. Paris: Presses Univ. de France, 2000.
- Brumlik, Micha. "Der 18. Brumaire des Donald Trump." *Die Zeit*. 2. März 2017. <https://www.zeit.de/2017/10/napoleon-iii-geschichte-donald-trump> (accessed Dezember 10, 2019).
- Catros, Philippe. "Des citoyens et des soldats. Histoire politique de l'obligation militaire en France de la Révolution au début de la Troisième République (1789-1872)." *Annales historiques de la Révolution française* 340 (2005): 217-223.
- Chrisafis, Angelique. "Macron's arrogance unites us - on the barricades with France's gilets jaunes." *The Guardian*. 7. Dezember 2018. <https://www.theguardian.com/world/2018/dec/07/macrons-arrogance-unites-us-on-the-barricades-with-frances-gilets-jaunes> (accessed Dezember 15, 2019).
- Cooke, James J. *New French imperialism 1880-1910 : the Third Republic and colonial expansion*. Newton Abbot: David & Charles, 1973.
- Cowans, Jon. "Habermas and French history: The Public Sphere and the problem of political legitimacy." *French History*, 1999: 134-160.
- Dahl, Robert A. *Polyarchy: participation and opposition*. New Haven: Yale University Press, 1971.
- D'Andurain, Julie. "Entre velléité et opiniâtreté: La création du ministère des Colonies en France (1858-1894)." *French Colonial History* 14 (2013): 33-54.
- Decker, Frank. "Das demokratische System als Parteiensystem." In *Zeitgenössische Demokratietheorie: Band 2: Empirische Demokratietheorien*, edited by Oliver W. Lembcke, Claudia Ritzi and Gary S. Schaal, 59-78. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2016.

- Dethan, Georges. "Le Quai d'Orsay de 1870 à 1914." *Opinion publique et politique extérieure en Europe. I. 1870-1915. Actes du Colloque de Rome (13-16 février 1980)*. Rom: École Française de Rome, 1981. 169-175.
- Donges, Patrick. "Mediendemokratie." In *Zeitgenössische Demokratietheorie: Band 2: Empirische Demokratietheorien*, edited by Oliver W. Lembcke, Claudia Ritzi and Gary S. Schaal, 103-126. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2016.
- Dülffer, Jost, Martin Kröger, and Rolf-Harald Wippich. *Vermiedene Kriege: Deeskalation von Konflikten der Großmächte zwischen Krimkrieg und Erstem Weltkrieg, 1865-1914*. München: Oldenbourg, 1997.
- Edelstein, Melvin. "La participation électorale des Français (1789-1870)." *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 40, no. 4 (1993): 629-642.
- Fortescue, William. *The Third Republic in France: 1870-1940*. Hoboken: Taylor and Francis, 2002.
- Gammal, Jean el. "Campagnes et élections." In *Les parlementaires de la Troisième République : actes du colloque international organisé par le Centre de Recherches en Histoire du XIXe Siècle (Universités Paris I et Paris IV, UMR 8072 du CNRS) les 18 et 19 octobre 2001*, edited by Jean-Marie Mayeur and Centre de Recherches sur l'Histoire du Dix-Neuvième Siècle, 263-278. Paris: Publ. de la Sorbonne, 2003.
- Garrigues, Jean, and Éric Anceau. *Histoire du parlement: de 1789 à nos jours*. Paris: Colin, 2007.
- Godin, Emmanuel. "Greater France and the provinces: representations of the empire and colonial interests in the Rennes region 1880-1905." *French History* 21, no. 1 (2007): 55-84.
- Guillen, Pierre. "Du recueillement À l'expansion (1870-1898)." In *Histoire de la diplomatie française*, edited by Dominique de Villepin and Jean-Claude Allain, 623-684. Paris : Perrin, 2005.
- . "Opinion publique et politique étrangère en France 1871-1914. Orientaton des études menées en France depuis 1945." *Opinion publique et politique extérieure en Europe. I. 1870-1915. Actes du Colloque de Rome (13-16 février 1980)*. Rome: École Française de Rome, 1981. 49-62.
- Haensch, Günther. "Der französische Staat von der Großen Revoulution bis 1958." In *Frankreich: Politik, Gesellschaft, Wirtschaft.*, edited by Günther Haensch and Hans J. Tümmers. München: Beck, 1998.
- Hanson, Stephen E. *Post-Imperial Democracies: Ideology and Party Formation in Third Republic France, Weimar Germany, and Post-Soviet Russia*. Cambridge: Cambridge University Press, 2010.

- Hartmann, Jürgen. *Internationale Beziehungen*. 2. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009.
- Hasenclever, Andreas. "Liberalismus in den Internationalen Beziehungen." In *Handbuch Internationale Beziehungen*, edited by Frank Sauer and Carlo Masala, 75-106. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2017.
- Hazareesingh, Sudhir. *From Subject to Citizen: the Second Empire and the Emergence of Modern French Democracy*. Princeton: Princeton University Press, 2014.
- Hazareesingh, Sudhir. "The Republicans of the Second Empire." In *The French Republic: history, values, debates*, edited by Edward Berenson, Vincent Duclert and Christophe Prochasson, 35-44. Ithaca, N.Y.: Cornell University Press, 2011.
- Hellmann, Gunther, Wolfgang Wagner, and Rainer Baumann. *Deutsche Außenpolitik- Eine Einführung*. 2. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2014.
- Holthaus, Leonie, and Thomas Noetzel. "Demokratischer Pluralismus versus despotische Herrschaft." In *Zeitgenössische Demokratietheorie: Band 1: Normative Demokratietheorien*, by Oliver W. Lembcke, Claudi Ritzi and Gary S. Schaal, 33-62. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2012.
- Holtmann, Everhard. *Politik-Lexikon*. München: Oldenbourg , 2000.
- Horne, Janet. "'To Spread the French Language is to Extend the Patrie': The colonial mission of the Alliance Française." *French Historical Studies* 40, no. 1 (February 2017): 95-127.
- Jackson, Peter. "Tradition and Adaption: The Social Universe of the French Foreign Ministry in the Era of the First World War." *French History* 24, no. 2 (2010): 164-196.
- Jennings, Jeremy. "Universalism." In *The French Republic: history, values, debates*, edited by Edward Berenson, Vincent Duclert and Christophe Prochasson, 145-153. Ithaca, N.Y.: Cornell University Press, 2011.
- Keiger, John. *France and the world since 1870*. London: Arnold, 2001.
- Keiger, John. "Patriotism, politics and policy in the Foreign Ministry 1880-1914." In *Nationhood and nationalism in France : from Boulangism to the Great War, 1889 - 1918*, edited by Robert Tombs, 255-265. London: HarperCollins, 1991.
- Kissinger, Henry. *Diplomacy*. New York: Simon & Schuster, 1994.
- Kollmorgen, Raj. "Modernisierungstheoretische Ansätze." In *Handbuch Transformationsforschung*, edited by Raj Kollmorgen, Wolfgang Merkel and Hans-Jürgen Wagerner, 77-88. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2015.
- Kreis, Georg. *Frankreichs republikanische Großmachtpolitik 1870-1914: Innenansicht einer Außenpolitik*. Mainz: Zabern, 2007.

- Krell, Gert, and Peter Schlotter. "Weltordnungskonzepte in den Internationalen Beziehungen." In *Handbuch Internationale Beziehungen*, edited by Frank Sauer and Carlo Masala, 21-51. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2017.
- Kuhlmann, Sabine. "Vergleichende Verwaltungswissenschaft: Verwaltungssysteme, Verwaltungskulturen und Verwaltungsreformen in internationaler Perspektive." In *Vergleichende Regierungslehre: Eine Einführung*, edited by Hans-Joachim Lauth, 140-160. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010.
- Lauth, Hans-Joachim, and Jürgen Winkler. "Methoden der Vergleichenden Regierungslehre." In *Vergleichende Regierungslehre: Eine Einführung*, edited by Hans-Joachim Lauth, 39-72. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010.
- Lehning, James R. *To be a citizen: the political culture of the early French Third Republic*. Ithaca: Cornell University Press, 2001.
- Lembcke, Oliver. "Theorie demokratischer Repräsentationen." In *Zeitgenössische Demokratietheorie: Band 2: Empirische Demokratietheorie*, edited by Oliver Lembcke, Claudia Ritzi and Gary S. Schaal, 23-58. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2016.
- Lévêque, Pierre. *Histoire des forces politiques en France: 1: 1789-1880*. Paris: Colin, 1992.
- Levillain, Philippe. "Pacifisme et bellicisme : le grand débat entre les gauches et les droites et le phénomène boulangiste." *Opinion publique et politique extérieure en Europe. I. 1870-1915. Actes du Colloque de Rome (13-16 février 1980)*. Rome: École Française de Rome, 1981. 263-275.
- Liebowitz, Jonathan. "Rural support for protection: Evidence from the parliamentary inquiry of 1884." *French History* 7, no. 2 (June 1993): 163-182.
- Lippmann, Walter. *Public opinion*. Mineola, N.Y.: Dover Publications, 2004.
- Locke, Robert R. *French legitimists and the politics of moral order in the early Third Republic*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press, 1974.
- Manchuelle, François. "Origines républicaines de la politique d'expansion coloniale de Jules Ferry (1838-1865)." *Revue française d'histoire d'outre-mer* 75, no. 279 (1988): 185-206.
- Marcowitz, Reiner. "Attraction and Repulsion." In *A history of Franco-German relations in Europe: from "hereditary enemies" to partners*, edited by Carine Germond and Henning Türk, 13-26. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2009.
- Martin, Marc. "Médias, journalistes et pouvoir politique en France, des débuts de la Troisième République aux années 1980." *Communication. Information Médias Théories* 17, no. 2 (Dezember 1996): 216-245.

- Marx, Karl, and Friedrich Engels. *The 18th Brumaire of Louis Bonaparte*. London: Electric Book Co., 2001.
- Merkel, Wolfgang. "Eingebettete und defekte Demokratien." In *Zeitgenössische Demokratietheorie: Band 2: Empirische Demokratietheorien*, by Oliver W. Lembcke, Claudi Ritzl and Gary S. Schaal, 455-484. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2016.
- Merkel, Wolfgang, and Peter Thiery. "Systemwechsel." In *Vergleichende Regierungslehre: Eine Einführung*, by Hans-Joachim Lauth, 186-214. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010.
- Merriman, John. "Peasants into Frenchmen: The Modernization of Rural France, 1870-1914 (Book Review)." *The Journal of Modern History* 50, no. 3 (September 1978): 534-536.
- Moal, Frédéric Le. "L'analyse de la politique méditerranéenne de la France par l'Italie dans les années 1880." In *Les horizons de la politique extérieure française : Stratégie diplomatique et militaire dans les régions périphériques et les espaces seconds (XVIe - XXe siècles)*, edited by Frédéric Dessberg and Éric Schnakenbourg, 217-313. Bruxelles: Lang, 2011.
- Monnet, Sylvie. *La politique extérieure de la France depuis 1870*. Paris : Colin, 2000.
- Nolte, Paul. *Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart*. München : Beck, 2012.
- Nord, Philip. "Les origines de la Troisième République en France (1860-1885)." *Actes de la recherche en sciences sociales* 116, no. 117 (März 1997): 53-68.
- Nord, Philip. "The Third Republic." In *The French Republic: history, values, debates*, by Edward Berenson, Vincent Duclert and Christophe Prochasson, 44-55. Ithaca: Cornell University Press, 2011.
- Nouschi, André. "L'opinion publique française et les affaires coloniales (1880-1900): contribution au débat sur l'imperialisme." *Opinion publique et politique extérieure en Europe. I. 1870-1915. Actes du Colloque de Rome (13-16 février 1980)*. Rome: École Française de Rome, 1981. 357-365.
- Orgill, Nathan N. "Between Coercion and Conciliation." In *A history of Franco-German relations in Europe: from "hereditary enemies" to partners*, edited by Carine Germond and Henning Türk, 49-59. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2009.
- Palonen, Kari. "Political Times and the Rhetoric of Democratization." In *The Ashgate research companion to the politics of democratization in Europe : concepts and histories*, edited by Kari Palonen, 151-166. Farnham: Ashgate, 2008.
- Palonen, Kari, ed. *The Ashgate research companion to the politics of democratization in Europe*. Farnham: Ashgate, 2008.

- Passamore, Kevin. *The Right in France from the Third Republic to Vichy*. Oxford: Oxford University Press, 2012.
- Pickel, Gert. "Transitorische Demokratietheorie." In *Zeitgenössische Demokratietheorie: Band 2: Empirische Demokratietheorien*, edited by Oliver W. Lembcke, Claudia Ritzi and Gary S. Schaal, 427-454. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2016.
- Price, Roger. *A social history of nineteenth-century France*. London: Hutchinson, 1988.
- . *Napoleon III and the Second Empire*. London: Routledge, 1997.
- Rémond, René. *The Right Wing in France*. 2. Philadelphia: University of Pennsylvania Press, 1969.
- Renouvin, Pierre, and Jean-Baptiste Duroselle. *Introduction à l'histoire des relations internationales*. Paris: Pocket, 2007.
- Richards, Peter G. *Parliament and foreign affairs*. Toronto: University of Toronto Press, 1967.
- Roller, Edeltraut. "Konzeptualisierung von Demokratie. Robert Dahl, Larry Diamond und gängige Demokratiemessungen." In *Zeitgenössische Demokratietheorie: Band 2: Empirische Demokratietheorien*, edited by Oliver W. Lembcke, Claudia Ritzi and Gary S. Schaal, 337-364. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2016.
- Rosanvallon, Pierre. *Le sacre du citoyen: histoire du suffrage universel en France*. Paris: Gallimard, 1996.
- Roussellier, Nicolas. "Electoral Antipluralism and Electoral Pluralism in France, from the Mid-Nineteenth Century to 1914." In *Pluralism and the Idea of the Republic in France*, edited by Julian Wright, 140-160. London: Palgrave Macmillan, 2012.
- Rustow, Dankwart A. "Transitions to Democracy: Toward a Dynamic Model." In *Transitions to Democracy*, edited by Lisa Anderson, 14-42. New York: Columbia University Press, 1999.
- Saage, Richard. *Demokratietheorien: historischer Prozess, theoretische Entwicklung, soziotechnische Bedingungen; eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005.
- Schmidt, Manfred G. *Demokratietheorien- Eine Einführung*. 5. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2010.
- Schmitt-Beck, Rüdiger. "Seymour M. Lipset/Stein Rokkan (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York/London 1967." In *Schlüsselwerke der Politikwissenschaft*, edited by Steffen Kailitz, 251-255. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften, 2007.

- Sorensen, Theodore C. "Foreign Policy in a Presidential Democracy." *Political Science Quarterly* 109, no. 3 (July 1994): 515-528.
- Sowerwine, Charles. *France since 1870: culture, politics and society*. 3. London: Palgrave Macmillan, 2018.
- Steinbach, Christoph. *Die französische Diplomatie und das Deutsche Reich 1873 bis 1881: Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen der französischen Beurteilung der deutschen Politik und der Außenpolitik Frankreichs*. Bonn: Röhrscheid, 1976.
- Theis, Laurent. "Entre besoin de repos et désir de gloire." In *Histoire de la diplomatie française*, edited by Dominique de Villepin and Jean-Claude Allain, 511-622. Paris: Perrin, 2005.
- Thomson, David. *Democracy in France since 1870*. 5. London: Oxford University Press, 1969.
- Tombs, Robert. *France 1814-1914*. London: Longman, 1996.
- Varley, Karine. "Under the Shadow of Defeat: The State and the Commemoration of the Franco-Prussian War, 1871-1914." *French History* 16, no. 3 (2002): 323-344.
- Waschkuhn, Arno. *Demokratietheorien: Politiktheoretische und ideengeschichtliche Grundzüge*. München: R. Oldenbourg Verlag, 1998.
- Weber, Eugen. *Peasants into Frenchmen: the modernization of rural France 1870-1940*. London: Chatto & Windus, 1979.
- Whitehead, Laurence. *Democratization: theory and experience*. Oxford: Oxford University Press, 2002.
- Wilhelm, Andreas. *Außenpolitik- Grundlagen, Strukturen und Prozesse*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, 2006.
- Winkler, Jürgen. "Parteien und Parteiensysteme." In *Vergleichende Regierungslehre: Eine Einführung*, edited by Hans-Joachim Lauth, 215-236. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010.
- Woyke, Wichard. "Frankreich." In *Handbuch der Außenpolitik- von Afghanistan bis Zypern*, edited by Jürgen Bellers, Thorsten Benner and Ines Gerke, 77-87. München: R. Oldenbourg Verlag, 2001.

7. Abstract

Im Rahmen dieser Diplomarbeit wird erforscht, wie sich die Transition zu einem demokratischen System in der Außenpolitik der frühen Dritten Republik Frankreichs manifestiert hat, wobei die Untersuchungsperiode von der Ausrufung der Republik im September 1870 bis zum Sturz der Regierung Jules Ferrys im März 1885 reichen wird. Die Arbeit folgt einem mehrstufigen Aufbau: Im ersten Teil steht die Entwicklung eines demokratiethoretisch fundierten Analyseschemas im Vordergrund, das darauf abzielt, eine Demokratisierung im Feld der Außenpolitik in systematischer Art und Weise fassbar zu machen. Im zweiten Teil der Untersuchung soll der Prozess der demokratischen Transition nachgezeichnet werden, um ihn dann anschließend im dritten Teil mit der Außenpolitik zu verknüpfen. In diesem Zusammenhang wird auch die Wirkung der Demokratisierung in den bedeutenden außenpolitischen Institutionen zur Sprache kommen. Abschließend wird, wiederum basierend auf dem im ersten Teil der Arbeit entwickelten theoretischen Analyserahmen, die Rolle der öffentlichen Meinung als Garant für politische Responsivität untersucht.